

Impressum

Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5a, 30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-0
landesverband@paritaetischer.de

Vorstand

Christian Boenisch, Vorsitzender
Birgit Eckhardt, stellv. Vorsitzende

Registereintrag

Registergericht Hannover
Vereinsregister-Nummer 2156

Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord
25/206/21596

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BIC: BFSWDE33HAN
IBAN: DE73 2512 0510 0007 4495 00

Verantwortlich für den Inhalt:

Birgit Eckhardt, stellv. Vorsitzende

Redaktion

Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Anika Falke
Tel. 05 11 / 5 24 86-353
presse@paritaetischer.de

Druck

BenatzkyMünstermann Druck GmbH,
Hannover

Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften und Beiträgen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint viermal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Knusper, knusper, knäuschen ...

Wohlfahrtsmarke 2014 mit Märchenmotiv

Mit den Motiven der Wohlfahrtsmarken 2014 beginnt eine mehrjährige Serie zu „Grimms Märchen“: „Hänsel und Gretel“ erzählt die Geschichte zweier Geschwister, die im Wald von ihren Eltern ausgesetzt werden und sich dort von einer bösen Hexe befreien müssen. Wer kennt nicht die Frage der Hexe, als die Kinder an ihr Häuschen klopfen: „Knusper, knusper, knäuschen, wer knuspert an meinem Häuschen?“ Lassen Sie sich von den Wohlfahrtsmarken in die Welt der Märchen entführen.



Der Erlös aus dem Verkauf der Sonderpostwertzeichen fließt in die wichtige soziale Arbeit von Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Paritätischem Wohlfahrtsverband, Deutschem Roten Kreuz, Diakonie und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Die Marken sind bei der Post, den Wohlfahrtsverbänden sowie im Internet auf www.wohlfahrtsmarken.de erhältlich.

Ihre Adressdaten

Bitte Änderungen mitteilen!

Um unsere Mitgliederadressen auf dem neuesten Stand halten zu können, bitten wir um Ihre Unterstützung: Benachrichtigen Sie uns bei Änderungen folgender Angaben Ihrer Organisation:

- Anschrift
- Telefonnummer
- Faxnummer
- E-Mailadresse
- Wechsel Vorstand
- Wechsel Geschäftsführung
- Name/Rechtsform.

Senden Sie die Daten an das Sekretariat des Geschäftsbereichs Mitgliederförderung, Astrid Schöne, Tel. 05 11 / 5 24 86-397 Fax 05 11 / 5 24 86-333 astrid.schoene@paritaetischer.de

Ihr Beitrag

Parität Report sucht Artikel

- Möchten Sie die Arbeit Ihrer Organisation oder Einrichtung vorstellen?
- Können Sie Tipps oder Erfahrungen weitergeben?
- Veranstalten Sie ein Programm, das für andere offen und von Interesse ist?
- Suchen Sie neue Mitarbeiter/-innen oder einen Job?
- Haben Sie Kritik oder Lob?

Dann senden Sie Ihren Beitrag (wenn möglich mit Foto) einfach als Datei oder Ausdruck via E-Mail oder per Post an den Landesverband, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Kontaktdaten, siehe linke Spalte). Gerne sind wir bereit, Sie bei der Formulierung zu unterstützen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Titelseite dieser Ausgabe des Parität Reports zeigt eine sogenannte Schlagwortwolke, die sich auf den Koalitionsvertrag für Deutschland bezieht, der im November 2013 von den Regierungsparteien CDU, CSU und SPD unterzeichnet wurde. Die Wolke visualisiert, wie häufig Wörter in den knapp 190 Seiten der Vereinbarung Erwähnung finden. Dabei gilt: Jeder größer und prominenter ein Wort in der Wolke erscheint, desto häufiger wird es im Vertrag genannt (bestimmte Wörter wie die meisten Präpositionen, Konjunktionen, Artikel oder Hilfsverben, die grundsätzlich sehr oft im Deutschen genutzt werden, sind nicht dargestellt). Dass „Deutschland“ in dieser Wolke den größten Raum einnimmt und somit am häufigsten im Koalitionsvertrag vorkommt, überrascht kaum, und dass Schlagworte wie „Menschen“, „stärken“ und „unterstützen“ sich in großer Häufigkeit wiederfinden ist zu begrüßen.

Das Auge des Betrachters wandert nun von diesen großen, plakativen Buchstaben zu den mittelgroßen bis hin zu den immer kleiner werdenden... in welcher Größenordnung sind wohl soziale Belange zu finden? Suchen Sie doch beispielsweise einmal das Wort „Kinder“ in der Grafik. Ein Koalitionsvertrag, der mit „Deutschlands Zukunft gestalten“ betitelt ist, sollte doch das Thema Kinder, die ja nun einmal die Zukunft einer jeden Gesellschaft sind, entsprechend würdigen. Und, haben Sie das Wort gefunden? Falls nicht, geben wir Ihnen gern einen Tipp, denn man kann es leicht übersehen (das gilt im Übrigen nicht nur für die Grafik, sondern auch für den Koalitionsvertrag selbst). In der Schlagwortwolke finden Sie die „Kinder“ am Rand links oben, etwa „auf zehn Uhr“, in roter, sehr kleiner Schrift. Die „Größe“ des Wortes zeigt sehr anschaulich, wie wenig zum Thema Kinder im Koalitionsvertrag steht. Die eigentliche Zukunft des Landes wird in Relation zu anderen Themen kaum erwähnt. Das Wort „Kinderarmut“ beispielsweise kommt nicht ein einziges Mal im Koalitionsvertrag vor – ein blinder Fleck, der einem Skandal gleichkommt und vom Paritätischen und anderen Verbänden scharf kritisiert wird.



Andere soziale Themen werden nicht besser behandelt. Die „Frauen“ sind genauso klein wie die „Kinder“, die Schlagworte „soziale“ und „Integration“ nur unwesentlich größer. Manches sucht man vergebens: Wo ist die Inklusion versteckt? Auf den knapp 190 Vertrag kommt „Inklusion“ nur fünf Mal vor, das hat nicht einmal gereicht, um in der Schlagwortwolke überhaupt berücksichtigt zu werden. Deutlich häufiger genannt und deshalb entsprechend größer und besser in der Wolke zu erkennen: „Unternehmen“, „Wirtschaft“, „Innovation“ – was heißt das für unser Gemeinwesen? Welche Signale will die Koalition uns schicken?

Diese Koalition hat nun vier Jahre Zeit, ihren Absichtserklärungen, und seien sie noch so unscheinbar, Taten folgen zu lassen. „Vier Jahre Zeit“ ist ein Luxus, den sich viele Menschen nicht leisten können. Alte, kranke oder schwache Menschen etwa. Menschen, sowohl Erwachsene als auch Kinder, die an oder unter der Armutsgrenze leben. Menschen, die aufgrund einer Behinderung, ihres Sozialstatus, ihrer Herkunft, ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung oder aus anderen Gründen nicht in der Mitte der Gesellschaft willkommen geheißen werden sondern sich an ihrem Rand wiederfinden. Die Große Koalition kann es sich im Sinne des sozialstaatlichen Zusammenhalts nicht leisten, diese Menschen aus den Augen zu verlieren. Bestimmte Themen dürfen nicht an den Rand gedrängt werden, nicht in einer Schlagwortwolke und schon gar nicht in einer Koalitionsvereinbarung, die die Gestaltung der Zukunft zum Schwerpunktthema hat.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Boenisch
Vorsitzender

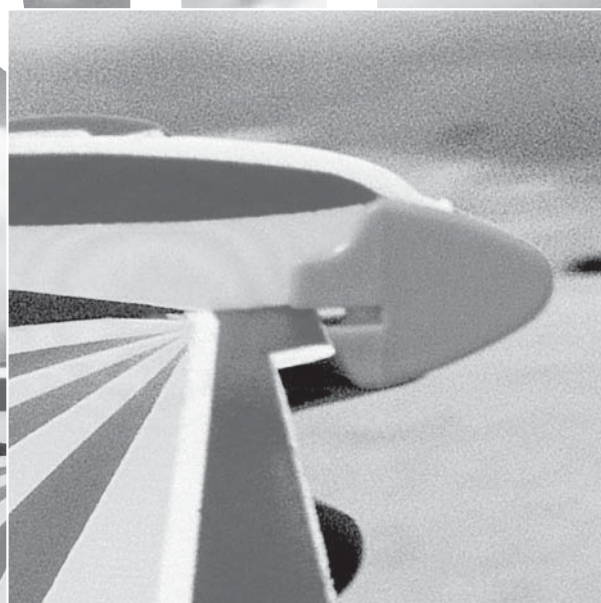
Birgit Eckhardt
stellv. Vorsitzende

www.spezial-kommunikation.de

transpari

ganz

nah



 DER PARITÄTISCHE
NIEDERSACHSEN

transpari – Bürgerstiftung
im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen

GandhisträÙe 5A
30559 Hannover

Telefon 0511/52 486 350
Telefax 0511/52 486 333

www.transpari.de

am Alltag
am Leben
am Menschen

Soziale Projekte starten – Spendenkonto 7 4102 00

Bank für Sozialwirtschaft Hannover · BLZ 251205 10

Ausgabe I-14

Impressum.....	2		
Editorial.....	3		
Bewertung des Koalitionsvertrages			
Bewertungen der sozialpolitischen Aspekte der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und SPD ...	6	Familienwochenenden und Elterntage.....	37
Ohne die Freie Wohlfahrtspflege geht es nicht!.....	6	AIDS-Aufklärung für Gehörlose.....	39
Weniger Beachtung für den sozialen Arbeitsmarkt als je zuvor	7	Positive für Positive.....	40
Paritätische Vorschläge für eine grundlegende Reform der Alterssicherung	9	„Sechs Richtige“: ein Filmprojekt der Heide-Werkstätten.....	41
Gesundheitspolitische Positionierung des Paritätischen	11	Junge Uslarer demonstrieren in Berlin.....	42
„Gesundheits-Selbsthilfe kommt leider so gut wie gar nicht vor“	13	Braunschweiger Aktionsjahr „Sucht“ endete	43
Psychiatrische Klinik Uelzen setzt auf Vernetzung...	14	Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehrsraum.....	44
Weg mit PEPP!.....	16	Digitale Krankenhausführung für Kinder	45
Das Thema Pflege im Koalitionsvertrag	16	Neue Broschüren des VAMV	46
Zeitgemäßer Personalschlüssel für Kitas ist notwendig	18	Infos zum Welt MS Tag 2014	47
Kommentar zum Passus Kinderbetreuung.....	18	Impulspapier der Lebenshilfe Niedersachsen.....	49
Brücken bauen zwischen den Generationen	19	Neue Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Niedersachsen im Porträt.....	49
Mehr erwartet: Aussagen zu Gewalt gegen Frauen..	21	Bunte Vielfalt sozial gestalten	
Kinder- und Jugendpolitik: Positive Ansätze und allgemeine Unverbindlichkeiten	22	Eröffnung der Tagespflege in Bad Pyrmont.....	51
Lesben und Schwule enttäuscht über Ignoranz	23	Neue Kita in Braunschweig eingeweiht.....	52
Zuwanderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ..	24	Karin und Rudolf Neugebauer Stiftung unterstützt Bau einer Wasseruhr.....	53
Die Große Koalition gegen Roma	26	Verabschiedung von Manfred Pfaus	54
Bekanntnis für neues Teilhabegesetz begrüßt	27	Professor Klaus Schüler erhält Ehrennadel.....	56
Taubblinde: Hoffnung keimt auf.....	28	Ehrenabzeichen für Söncke Sönnichsen	57
Bedeutung erkannt, Konkretes fehlt: Bürgerschaftliches Engagement im Koalitionsvertrag.....	29	Albert-Schweitzer-Familienwerk feiert Geburtstag des Namensgebers	57
Europapolitik: Ungleichgewicht zwischen Wirtschaft und Sozialem.....	30	15 Jahre MOBILE e.V. in Pattensen.....	59
		Neujahrsempfang des Paritätischen Hameln	59
		Gemeinsamer Spaß am Spiel.....	60
		Lauftreff der Lebenshilfe gestaltet Workshop	61
		Ehrungen.....	62
		Der Paritätische Stellenmarkt	63
Eine(r) für alles			
Paritätischer Sozialpreis: Überraschung für Uelzen..	31	Service	
Impressionen der Paritätischen Jahreskonferenz	32	Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen ...	68
Aus der Fachkonferenz für Flüchtlingsfragen.....	33	Fachbereiche des Paritätischen	69
Arbeitskreis Straffälligenhilfe im Gespräch mit der Sozialministerin	34	Abteilungsleitungen des Paritätischen	70
Schulprojekt mit überzeugenden Ergebnissen.....	36	Arbeitskreise des Paritätischen.....	70
		Mitglieder des Verbandsrats	71
		Verbandsadressen	72

Bewertung der sozialpolitischen Aspekte der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und SPD

„Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode“ – so lautet der Titel der Koalitionsvereinbarung, den die Große Koalition im November 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt hat und die die Politik der kommenden Jahre bestimmen soll. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat die sozialpolitischen Aussagen des knapp 190 Seiten starken Dokuments unter die Lupe genommen. Im Themenschwerpunkt dieser Ausgabe des Parität Reports kommentieren und diskutieren Referenten, Fachberater und Vertreter von Paritätischen Mitgliedsorganisationen die für sie relevanten Inhalte der Vereinbarung: Wo wurden Wahlversprechen in Kompromisse gewandelt, wo sind echte Innovationen erkennbar, wo bleibt der Vertrag hinter wichtigen Forderungen zurück und welche Auswirkungen ergeben sich gegebenenfalls speziell für Niedersachsen?

Ohne die Freie Wohlfahrtspflege geht es nicht!

Gesundheitswirtschaft als Leitmarkt im Koalitionsvertrag benannt

Weit vorne im Koalitionsvertrag, im ersten Kapitel „Wachstum, Innovation und Wohlstand“, wird die Gesundheitswirtschaft als wichtiger Leitmarkt genannt, dem „durch den demografischen Wandel eine besondere Bedeutung zukommt“. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) in Niedersachsen hat zu dieser Erkenntnis bereits Ende 2012 eine Studie zur Bedeutung der Sozialwirtschaft in Niedersachsen veröffentlicht. Diese macht deutlich, dass die Freie Wohlfahrtspflege ihre Verantwortung auch in den wenig lukrativen Bereichen der Sozialwirtschaft übernimmt und dass private Anbieter den spezifischen Anforderungen, die in der Pflege und im Gesundheitswesen im Zuge des demografischen Wandels insbesondere bei älteren Menschen entstehen, nicht angemessen begegnen können.

In der Studie wurde das Wirken der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege (AWO, Caritas, Diakonie,

DRK, Jüdische Wohlfahrt, Paritätischer) in Niedersachsen aus gesellschaftlicher und ökonomischer Sicht betrachtet. Die Erkenntnisse wurden unter drei Gesichtspunkten (Rahmenbedingungen, wirtschaftliche Bedeutung und Perspektiven der Freien Wohlfahrtspflege) zusammengefasst, deren grundlegende Betrachtungen hier kurz vorgestellt werden. Informationen zum Download der vollständigen Studie finden Sie am Ende des Textes.

„Zu diesen Leitmärkten gehören vor allem: [...] die Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik, denen durch den demografischen Wandel eine besondere Bedeutung zukommt.“

Koalitionsvertrag, S. 19

I. Rahmenbedingungen – Akteure, Organisation und Finanzierung der Sozialwirtschaft

Der sozio-demografische Wandel wird spürbare Auswirkungen auf die Sozialwirtschaft haben. Ein höherer Anteil älterer Menschen führt auch zu einer höheren Nachfrage an entsprechenden Gesundheits-

und Pflegeleistungen. Obwohl weniger Kinder geboren werden, steigt aufgrund gesetzlicher Regelungen und veränderter Familienstrukturen der Betreuungsbedarf für Kinder. Gleichzeitig verschärft sich der Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte auch in der Sozialwirtschaft.

Private Anbieter drängen primär in die für sie lukrativen Bereiche der Sozialwirtschaft. Diese Ökonomisierung wird den spezifischen Erfordernissen der sozialen und Gesundheits-Arbeit jedoch nicht gerecht. Die Freie Wohlfahrtspflege kann diesen Preiswettbewerb gar nicht in vollem Umfang führen, weil sie dabei die Flächendeckung und Qualität ihrer Arbeit sowie ihre ergänzenden, wirtschaftlich nicht attraktiven, oft defizitären Angebote gefährden würde.

Daher ist der Gesetzgeber gefordert, den freigemeinnützigen Trägern eine ausreichende Finanzierung ihrer gemeinwohlorientierten Arbeit zu ermöglichen.

2. Wirtschaftliche Bedeutung und Struktur der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen

Die niedersächsische Sozialwirtschaft zählt zu den größten Arbeitgebern im Land. Die Freie Wohlfahrtspflege ist mit einem Anteil von rund 40% an der niedersächsischen Sozialwirtschaft auch im gesamtwirtschaftlichen Maßstab ein bedeutender Akteur und beschäftigt insgesamt fast 300.000 Arbeitskräfte in Niedersachsen.

In den großen und wirtschaftlich bedeutsamen Tätigkeitsfeldern der Pflege, Krankenhäuser und Vorsorge-/Reha-Einrichtungen macht sich der verschärfte Wettbewerb deutlich bemerkbar. Privat-gewerbliche Träger übernehmen vielfach öffentliche Angebote.

3. Perspektiven der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen

Den spezifischen Anforderungen, die in der Pflege und im Gesund-

heitswesen im Zuge des demografischen Wandels insbesondere bei älteren Menschen entstehen, können private Anbieter nicht angemessen begegnen. Ohne die Freie Wohlfahrtspflege sind deren besondere Bedarfe nicht zu decken.

Im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte muss gute Arbeit auch angemessen bezahlt werden. Hierfür ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung insbesondere der Freien Wohlfahrtspflege notwendig. Die derzeitige Form der Finanzierung wird den umfassenden Aufgaben der Freien Wohlfahrtspflege nicht gerecht. Vielfach sind die privaten Anbieter in marktnahen Bereichen aktiv, so dass sich die verbliebenen Angebote in vielen Fällen nicht mehr kostendeckend bewältigen lassen. Doch gerade bei diesen handelt es sich in der Regel um die schwierigsten und aufwendungsintensivsten Aufgaben, deren Übernahme durch die freigemeinnützigen Träger die Gesellschaft vor

erheblichen sozialen und materiellen Kosten bewahrt. Der Staat ist daher gefordert, die Freien Wohlfahrtsverbände mit ausreichenden finanziellen Mitteln in langfristiger Perspektive auszustatten.

Um den besonderen Aufgaben im Sozialwesen gerecht zu werden, sollte der Wettbewerb künftig nicht über die Kosten, sondern über die Qualität der Arbeit ausgetragen werden. Die Diskussion über „soziales Unternehmertum“ trägt diesem Ansatz auch auf europäischer Ebene Rechnung.

Die ausführliche Version der Studie kann als Broschüre auf der Internetseite der LAGFW herunter geladen oder als Druckexemplar bestellt werden, Näheres dazu auf www.lag-fw-nds.de, Rubrik „Information“, Unterrubrik „Download“: Studie „Sozialwirtschaft in Niedersachsen“.

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen e.V.

Weniger Beachtung für den sozialen Arbeitsmarkt als je zuvor

Im Interesse der Langzeitarbeitslosen: Umdenken ist erforderlich!

Die hannoverschen Vereine Computer Systeme für Schulen e.V. (CSS), Werkstatt-Treff Mecklenheide e.V. (WTM) und der Sucht- und Jugendhilfeträger STEP gGmbH sind Mitglieder des Trägerverbundes AGH (Arbeitsangelegenheiten) Hannover, in dem 33 Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger organisiert sind. Im folgenden Beitrag kommentieren die drei paritätischen Einrichtungen die Aussagen des Koalitionsvertrags zum sozialen (öffentlich geförderten) Arbeitsmarkt.

Koalitionsvertrag

Der Koalitionsvertrag widmet dem Thema Langzeitarbeitslose nur wenige Sätze, wie: „Besonderes Augenmerk richten wir auf die Personengruppe langzeitarbeitsloser Menschen, die nur mit massiver Unterstützung Teilhabe und Integration am Arbeitsmarkt finden können. Dieses Ziel wollen wir u.a. durch ein ESF-Bundesprogramm für Langzeitarbeitslose und die Gewinnung von Arbeitgebern für die Gruppe arbeitsmarktferner Perso-

nen in den Vordergrund rücken.“ Die Aussage ist sehr wenig konkret und legt die Frage nahe, wie das sehr allgemein gehaltene Ziel nun erreicht werden kann, nachdem das auch in den zurückliegenden Jahren nicht gelungen ist.

Vorgesehen ist politisch offensichtlich eine Weiterführung des Instruments Bürgerarbeit (ESF-Mittel), also eine Maßnahme mit Sozialversicherungspflicht und Arbeitsentgelt, die bisher für besonders „arbeits-

marktnahe“ Personen ausgelegt war. Ein Großteil der langzeitarbeitslosen Personen hat multiple – also mehrfache und anhaltende – Vermittlungshemmnisse (wie etwa fehlender Schul- und/oder Berufsabschluss, erhebliche gesundheitliche Einschränkungen einschließlich psychischer Dispositionen, mangelnde Sprachkenntnisse und/oder Migrationshintergrund, Analphabetismus, Überschuldung, Suchtprobleme, Vorstrafen, Alter über 50 Jahre, besonders lange Dauer der Arbeitslosigkeit). Diese arbeitsmarktferne Personengruppe wurde und wird von dem Instrument Bürgerarbeit nicht erreicht. Es stellt sich außerdem die Frage, wer als Arbeitgeber angesprochen werden soll. Die Aufnahmefähigkeit des regulären Arbeitsmarktes für den Personenkreis der Langzeitarbeitslosen hat sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich verschlechtert. Welcher Arbeitgeber stellt Langzeitarbeitslose mit multiplen Vermittlungshemmnissen ein?

Weitere Ansätze zur Arbeitsmarktpolitik sind nicht erkennbar, damit wird dem sozialen Arbeitsmarkt politisch und gesellschaftlich weniger Beachtung geschenkt als jemals zuvor.

„Der Arbeitsmarkt ist aufnahmefähig wie selten zuvor. Das eröffnet Chancen bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Deswegen wollen wir hier einen Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik setzen.“

Koalitionsvertrag, S. 65

Arbeitsgelegenheiten (AGH)

Eine öffentlich geförderte Beschäftigung ist oft der einzige Weg für Langzeitarbeitslose mit multiplen Vermittlungshemmnissen, um am Arbeitsleben teilzuhaben und bei günstiger Entwicklung in den regulären Arbeitsmarkt zurückzukehren. Diese Personengruppe erlangt durch eine Beschäftigung mit niedrigschwelligen Tätigkeiten eine sinnvolle Tagedstruktur. Bisher stehen dafür die pädagogisch betreuten Arbeitsgelegenheiten (AGH)

zur Verfügung. Man kann den Erfolg dieser Maßnahme nicht daran messen, wie viele Personen einen Arbeitsvertrag auf dem ersten Arbeitsmarkt unterschrieben haben. Es geht bei diesem Teilnehmerkreis um soziale Ziele. Es genügt auch nicht, diese Teilnehmer „nur“ zu beschäftigen. Benötigt wird eine z.T. erhebliche sozialpädagogische Unterstützung, die der erste Arbeitsmarkt nicht leisten kann. Die Anzahl der sogenannten „Eintrittszahlen“ in Arbeitsgelegenheiten soll in diesem Jahr in der Region Hannover um dreißig Prozent gekürzt werden. Ursache dafür sind nicht nur geringe Finanzmittel für den sogenannten Eingliederungstitel sondern auch mangelnde Finanzierungsmittel im Verwaltungsbereich, die durch Mittel aus dem Eingliederungstitel beglichen werden. Hierdurch wird der ohnehin bereits zu niedrige Haushalt für den Eingliederungstitel noch einmal erheblich verringert.

Änderungen im SGB II

Der viel geschmähte Ein-Euro-Job ist derzeit das einzige Instrument, welches niedrigschwellig, vielfach erprobt und in großer Zahl zur Verfügung steht. Solange kein anderes und besseres Instrument zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen in größerem Umfang eingeführt wird, sind die Arbeitsgelegenheiten unverzichtbar. Dafür muss aber die durch die Instrumentenreform ab 01.04.2012 festgelegte zeitliche Begrenzung der Beschäftigung in AGH (SGB II, § 16d, 6) dringend überarbeitet werden. Die Einschränkung der Arbeitsgelegenheiten in Umfang und Dauer führt bei den betroffenen Teilnehmern zu langen Untätigkeitszeiten (sie dürfen innerhalb von fünf Jahren per Gesetz nur

Wer wir sind

Der **Computer Systeme für Schulen e.V. (CSS)** bietet jungen Menschen und Erwachsenen die Möglichkeit der Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung im Informations- und Kommunikationsbereich, um ihre Eingliederungs- bzw. Wiedereingliederungsmöglichkeiten in die Berufswelt zu verbessern. Der **Werkstatt-Treff Mecklenheide (WTM)** ist ein eingetragener, gemeinnütziger Verein. Er ist ein freier Träger, der seit 30 Jahren Langzeitarbeitslose in verschiedenen Arbeitsberei-

chen durch öffentlich geförderte Maßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt beschäftigt. Die Arbeitsprojekte des Sucht- und Jugendhilfeträgers **STEP gGmbH** bieten im Rahmen des Suchtthilfenetzwerkes der STEP seit 15 Jahren Arbeitsgelegenheiten vorrangig für Langzeitarbeitslose mit Suchthintergrund an. Von dem Trägerverbund AGH Hannover, dem alle drei Einrichtungen angehören, wurde bereits ein Positionspapier erarbeitet, um auf die katastrophale Lage der Langzeitarbeitslosen hinzuweisen.

insgesamt zwei Jahre in einer AGH arbeiten). Eine mühsam erarbeitete Strukturierung des Alltags geht hier verloren und es können psychosoziale Probleme entstehen, die sich z.B. in der Zunahme von Kriminalität und in der Verstärkung spezifischer Krankheitsbilder äußern.

Abhilfe kann geschaffen werden, wenn folgende Mindestforderungen im Interesse der betroffenen Langzeitarbeitslosen umgesetzt werden:

- Die zeitliche Begrenzung für die Teilnahme an Arbeitsgelegenheiten im SGB II muss abgeschafft werden (s.o.).
- Sowohl die Zusätzlichkeit als auch das öffentliche Interesse müssen im SGB II weiter gefasst werden, damit die Teilnehmer sinnvolle Tätigkeiten leisten können. Dabei würde es schon in Teilen ausreichen, die willkürliche Auslegung der Voraussetzungen durch die JobCenter wieder einzufangen bzw. auf ein erträgliches Maß zurück zu führen.
- Qualifizierungs- und Beschäftigungsanteile sollten, je nach Bedarf, den Langzeitarbeitslosen angeboten werden. Neben der Beschäftigung sollte es also möglich sein, z.B. Sprachkenntnisse oder einen Staplerschein zu erwerben. Die Wiedereinführung eines Qualifizierungsanteils von mindestens 10% sollte erfolgen.
- Die Mittel für den Eingliederungstitel dürfen nicht gekürzt werden. Öffentlich geförderte Beschäftigung muss im erforderlichen Umfang für alle Langzeitarbeitslosen angeboten werden. Ist die Vermittlung in den regulären ersten Arbeitsmarkt nicht möglich, dann muss es ein Angebot an öffentlich geförderter Arbeit geben. Anstatt ausgegrenzt zu werden, müssen Möglichkeiten eröffnet werden und bleiben, dass Langzeitarbeitslose an täglicher Beschäftigung und gesellschaftlichem Leben teilnehmen (soziale Inklusion).
- Es muss ein stabiler sozialer Arbeitsmarkt geschaffen werden. Personen, die aufgrund multiplexer Vermittlungshemmnisse nicht auf dem freien Arbeitsmarkt beschäftigt werden können, müssen langfristig bzw. dauerhaft in öffentlicher Beschäftigung gefördert werden.
- Der Versuch, Arbeit anstelle von Arbeitslosigkeit zu finanzieren, sollte gestartet werden, d.h. Leistungen zum Lebensunterhalt sollen zur Förderung von Beschäfti-

gungsverhältnissen umgewidmet werden (Aktiv-Passiv-Tausch, d.h. statt der Zahlung von Arbeitslosengeld sollte die Finanzierung einer öffentlich geförderten Stelle erfolgen).

Ausblick:

Wird die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen weiterhin stark zurückgefahren, ist dies sowohl für die Betroffenen als auch für die Gesellschaft katastrophal und eine Gefahr für den sozialen Frieden. Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose sind zwingend notwendig. Geeignete Träger stehen seit vielen Jahren auf dem Markt zur Verfügung, doch diese bekommen immer weniger öffentliche Mittel, um dem oben genannten Personenkreis eine soziale Teilhabe zu ermöglichen. Stattdessen werden die Personen sich selbst überlassen. Die Folge sind immense Kosten für die Gesellschaft u.a. im Gesundheitssystem. Der Region Hannover geht zudem über viele Jahre erworbene und nachgewiesene Kompetenz verloren. Im Interesse der Langzeitarbeitslosen muss ein Umdenken erfolgen!

Astrid Schubert

Werkstatt-Treff Mecklenheide e.V.

Alles aus einer Hand

Paritätische Vorschläge für eine grundlegende Reform der Alterssicherung

Die Vermeidung und Bekämpfung von Altersarmut gehört zu den drängendsten Aufgaben der Politik. Eine erfolgreiche Alterssicherungspolitik darf sich dabei nicht auf Leistungsverbesserungen in der Rentenversicherung beschränken. Die

Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) ist als Ausfallbürge für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen überfordert. Vorrangig geht es deshalb darum, wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen,

die es allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, auch im Alter vor Armut geschützt zu sein und sich einen Lebensstandard zu erhalten, der soziale Teilhabe gewährleistet. Mindestlöhne sind ein notwendiges, aber allein ebenfalls nicht

ausreichendes Element einer präventiven Alterssicherungspolitik. Die Förderung tariflicher, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, die bessere Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten, die Absicherung freiwilligen Engagements und ein Disability Mainstreaming (die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung als Querschnittsaufgabe) sind weitere Elemente einer solchen Strategie.

Eine vorsorgende Alterssicherungspolitik, wie sie der Paritätische fordert, besteht deshalb aus der Gewährleistung von Mindestlöhnen, dem Ausbau und der Sicherung sozialer Infrastruktur, dem Ausbau der freien Gesundheitsversorgung und einer engagierten Bildungs- und Familienpolitik. Sie ist darauf gerichtet, Versorgungslücken von Anfang an zu vermeiden oder, falls das nicht gelingen sollte, durch andere Faktoren weitestmöglich ausgleichen zu helfen.

Die Gesetzliche Rentenversicherung ist nach wie vor die zentrale Säule im deutschen System der Alterssicherung und die dominierende Einkommensquelle für ältere Menschen. Die Rentenversicherung bot einer Mehrheit der Versicherten in der Vergangenheit auskömmliche und lebensstandardsichernde Leistungen. Sie ist jedoch zunehmend weniger in der Lage, dies auch in Zukunft zu gewährleisten. Stattdessen steuert die Gesellschaft auf neue große Altersarmut zu.

Das Leitbild der Rentenversicherung ist nach wie vor die sogenannte Normalerwerbsbiografie, gekennzeichnet durch lange Beitragszeiten in der Gesetzlichen

Rentenversicherung bei auskömmlichem Einkommen und nur kurzen Phasen der Arbeitslosigkeit. Längere Phasen der Arbeitslosigkeit führen dagegen ebenso zu nicht auskömmlichen Rentenzahlungen wie Niedrigverdienste aus Niedriglöhnen oder aus Teilzeit. Dementsprechende Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt sind spätestens seit Mitte der 1990er Jahre mit dem Anwachsen der Zahl von Langzeit- und Mehrfacharbeitslosen zu beobachten. Seit 2000 kamen ein sich stark ausbreitender Niedriglohnsektor und ein Aufwuchs atypischer und prekärer Erwerbsverhältnisse hinzu. Die derzeitigen Parteikonzepte für unterschiedliche Varianten von Zuschussrenten setzen fast ausschließlich am Problem der Niedrigverdienste an, klammern jedoch die weiteren Probleme weitestgehend aus. Gleichwohl muss politisch dafür Vorsorge getroffen werden, dass mit Blick auf die Arbeitsmarktentwicklungen künftig verstärkt Menschen, die längere Zeit nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, in großer Zahl in den Ruhestand kommen.

„Das hohe Maß an sozialer Sicherheit im Alter, das wir heute in Deutschland haben, wollen wir auch in Zukunft erhalten.“

Koalitionsvertrag, S. 71

Hinzu kommen eine Reihe von Eingriffen in die Systematik der GRV, die faktisch auf Rentenkürzungen hinauslaufen: so die schrittweise Umstellung von Brutto- auf Nettolohnbezogenheit der Rentenberechnung, die Einführung des sogenannten Riesterfaktors in der Rentenformel und die schrittweise Einführung der Rente mit 67.

Es bedarf also einer grundlegenden Reform der gesamten Alterssicherung in Deutschland mit dem Ziel der Vermeidung von Altersarmut. Sowohl aus verfassungsrechtlichen Gründen, aber auch mit Blick auf Mentalitäten innerhalb der Bevölkerung stellen Radikalreformen und Systemwechsel bestenfalls theoretische Optionen ohne politische Durchsetzungschancen dar. Nicht nur, dass Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung einen eigentumsähnlichen Schutz genießen, auch findet der der gesetzlichen Rentenversicherung zugrunde liegende Leistungs-Belohnungs-Gedanke eine starke Entsprechung im Gerechtigkeitsempfinden weiter Teile der Erwerbstätigen und der Rentnerinnen und Rentner selbst.

Eine solche Reform der Alterssicherung zur Vermeidung der Altersarmut muss daher

- pragmatisch sein;
- Lösungen anbieten für die steigende Zahl von Menschen mit gebrochenen Erwerbsverläufen;
- eine Brücke schlagen zwischen dem Äquivalenz- und Leistungsprinzip der Rentenversicherung einerseits und dem fürsorglichen Prinzip der Bedarfsdeckung andererseits und dazu
- gleichermaßen an der Rentenversicherung wie an der Altersgrundsicherung ansetzen.

Armutsfeste Leistungen für alle „aus einer Hand“ lassen sich organisieren, wenn man die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert, die gesetzliche Rentenversicherung an die gewandelten Erwerbsbiografien anpasst und die bestehenden Systeme der Alters-



sicherung im Sinne der Betroffenen unbürokratisch verzahnt. Die nachfolgenden Vorschläge des Paritätischen als Maßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung gewährleisten ein solches Alterssicherungssystem aus einer Hand:

- Rentenniveau stabilisieren,
- Stärkere Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung und Pflege,
- Höherwertung von Zeiten der Erwerbslosigkeit,
- Rente nach Mindestentgeltpunkten wiedereinführen,
- Flexible Anwartschaften ermöglichen,

- Vorsorge durch freiwillige Rentenbeiträge ermöglichen und
- Leistungen für Erwerbsgeminderte verbessern.

Mit den oben genannten Reformvorschlägen wird der Anstieg der Altersarmut in Deutschland zwar wirksam bekämpft werden können, gleichwohl werden jedoch weiterhin Menschen auf Altersgrundsicherung angewiesen sein, auch solche die durchaus geringe Renten beziehen oder anders Altersvorsorge geleistet haben. Gerade mit Blick auf diesen Perso-

nenkreis sind Reformen auch bei der Altersgrundsicherung dringend angezeigt. Der Paritätische schlägt daher folgende Maßnahmen in der Altersgrundsicherung vor:

- Erhöhung der Regelsätze,
- Freibeträge für eigene Vorsorge gewährleisten sowie
- administrative Verzahnung statt Doppel- und Mehrfachbürokratie.

*Der Paritätische
Gesamtverband e.V.*

Chancengleichheit in der Versorgung

Gesundheitspolitische Positionierung des Paritätischen

Im Koalitionsvertrag werden Änderungen in der gesundheitlichen Versorgung angekündigt, die zum Beispiel die Prävention sowie die ambulante und stationäre Versorgung betreffen. Der Paritätische hat eine gesundheitspolitische Positionsbestimmung vorgenommen, die das Ergebnis intensiver Debatten im „FORUM chronisch kranker und behinderter Menschen“ und in den beteiligten Arbeitskreisen ist. Somit konzentriert sie sich auf die Problemfelder aus zwei Perspektiven – zum einen aus der Perspektive der Nutzer/-innen und zum anderen aus der Perspektive der Leistungserbringer. Dabei orientiert sie sich an den vier großen Herausforderungen der Gesundheitspolitik:

- Nutzung der Potenziale von Prävention und Gesundheitsförderung, insbesondere zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen,

- Zugang zu einer hochwertigen und vollständigen Krankenversorgung,
- Qualität und Nutzerorientierung der Versorgung und
- einer solidarischen Finanzierung des Gesundheitswesens.

Deutschland verfügt über ein gut ausgebautes gesundheitliches Versorgungsangebot. Demgegenüber steht jedoch, dass ein umfassender Krankenversicherungsschutz und die damit verbundenen Leistungen nicht für alle Menschen in Deutschland gleichermaßen zugänglich sind.

„Im Zentrum unserer Gesundheitspolitik stehen die Patientinnen und Patienten und die Qualität ihrer medizinischen Versorgung.“

Koalitionsvertrag, S. 75

So erhalten etwa Leistungsbezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nur staatlich bezahlte

medizinische Leistungen. Eine angemessene medizinische Versorgung Traumatisierter oder chronisch Kranker ist somit kaum gewährleistet. Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus nehmen medizinische Leistungen oft nicht in Anspruch, da sie damit rechnen müssen, dass ihre Daten an die Ausländerbehörden übermittelt werden und ihnen aufenthaltsrechtliche Konsequenzen drohen. Eine Ausnahme besteht nur, wenn sie als unabweisbarer Notfall in einem Krankenhaus aufgenommen werden. Aber auch Migrant/-innen, die sich hier legal aufhalten, haben teilweise keinen Krankenversicherungsschutz. Dies kann z.B. am Fehlen eines Krankenversicherungsschutzes im Herkunftsland liegen oder daran, dass ihnen in Deutschland trotz Vorliegen der Voraussetzungen der Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung verwehrt oder mit unzumut-

baren Barrieren nahezu unmöglich gemacht wird.

Die gesundheitliche Basisversorgung von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten in der Bundesrepublik Deutschland wird während der Unterbringung in einer Justizvollzugsanstalt bzw. staatlichen Einrichtung für Sicherungsverwahrung durch den Staat sichergestellt. Nach der Entlassung tritt jedoch bei diesen Menschen häufig eine zeitliche Versicherungslücke auf, bis sie wieder kranken- bzw. pflegeversichert sind. Die Hintergründe hierfür sind z.B. Lücken in den Unterlagen und in der Folge ein verzögertes Antragsverfahren bei Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) oder die Anrechnung des Überbrückungsgeldes auf diese Leistungen. Die Sicherstellung einer nahtlosen medizinischen Versorgung bis zum Abschluss einer Versicherung ist daher zu gewährleisten.

Des Weiteren wird das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, nach dem die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung beim Abschluss von Versicherungen unzulässig ist, immer noch unzureichend umgesetzt. Dies betrifft insbesondere den Abschluss von privaten Kranken- und Pflegeversicherungen, die jedoch mit der Tendenz des Gesetzgebers, immer mehr Risiken zu „privatisieren“, zunehmend an Bedeutung gewinnen. Bis

heute liegen keine konkreten Daten für eine Risikokalkulation vor, die sich auf die Fragen beziehen, ob eine Behinderung überhaupt relevant ist oder welche Auswirkungen diese haben könnte. Somit wird Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung der Abschluss von privaten Kranken- und Pflegeversicherungen pauschal verwehrt oder nur mit unbezahlbaren Risikozuschlägen ermöglicht. Dies hat zur Folge, dass sie einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind, wenn sich bei ihnen ein für Menschen ohne Behinderung versicherbares Risiko verwirklicht.

Hinzu kommen Menschen, die sich in persönlichen Notlagen befinden und ihre Beiträge für die Krankenversicherung nicht mehr zahlen können. Im Bereich der Privaten Krankenversicherung gehören dazu beispielsweise Selbstständige, die auf Grund einer schweren Erkrankung oder eines Unfalls ihren Beruf nicht mehr ausüben können oder Frauen, die durch ihren verbeamteten Ehepartner durch die Beihilfe gut abgesichert waren und nach einer Trennung sich privat krankenversichern. Diese Frauen verfügen über keinerlei Altersrückstellungen und werden sich auch keinen Tarif leisten können, der mögliche Vorerkrankungen mit absichert. Diese Personengruppen müssen zu den Bedingungen der gesetzlichen Krankenversicherung in der privaten Krankenversicherung bleiben können und dürfen bei der Leis-

tungsgewährung nicht schlechter als gesetzlich Versicherte gestellt werden.

Der Paritätische fordert:

- Chancengleichheit für eine umfassende Gesundheitsversorgung ist in Deutschland für alle Menschen gleichermaßen sicherzustellen,
- unabhängig davon, ob sie ausländische Bürger/-innen mit oder ohne Aufenthaltsstatus sind,
- unabhängig davon, ob sie strafgefangene oder sicherungsverwahrte Bürger/-innen sind,
- unabhängig davon, ob sie chronisch krank oder behindert sind und
- unabhängig davon, ob sie sich in persönlichen Notlagen befinden.
- Die Nutzung von gesundheitlichen und medizinischen Versorgungsangeboten darf nicht von der Zahlungsfähigkeit der Patient/-innen dominiert werden.

In seiner „Gesundheitspolitischen Positionierung“ stellt der Paritätische auch Forderungen zu den Themen „Prävention und Gesundheitsförderung“, „Qualität der Versorgung“ und „Finanzierung des Gesundheitswesens) auf. Das vollständige Papier ist beim Paritätischen Gesamtverband erhältlich, Informationen bei Claudia Zinke, Abteilungsleiterin Rehabilitation und Gesundheit, unter Telefon 030/24636 oder per Mail an gesundheit@paritaet.org.

Der Paritätische
Gesamtverband e.V.

Der Paritätische Medien-Service (PMS)

immer aktuell im Internet: Rubrik Presse auf www.paritaetischer.de oder

im E-Mail-Abo – schreiben Sie an presse@paritaetischer.de

„Gesundheits-Selbsthilfe kommt leider so gut wie gar nicht vor“

Stärkere Einbeziehung und Entbürokratisierung dringend erforderlich



Dorothea Pitschnau-Michel.

Foto: DMSG, Bundesverband e.V.

Interview mit Dorothea Pitschnau-Michel, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft Bundesverband e.V. und Verbandsratsvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. zum Thema Selbsthilfe im Koalitionsvertrag.

Laut Vertrag sollen künftig auch Kommunen die Möglichkeit haben, Medizinische Versorgungszentren zu gründen. Welche Folgen könnten sich daraus für die bereits etablierte Selbsthilfelandchaft vor Ort ergeben? Wird eher eine Konkurrenzsituation entstehen oder zum Wohle der Patienten eng kooperiert?

Im Hinblick auf medizinisch unterversorgte Regionen könnte sich hier eine positive Entwicklung anbahnen. Voraussetzung ist jedoch, dass die bereits vorhandenen Versorgungsebenen und die kommunalen Versorgungszentren

komplett vernetzt werden. Ich befürchte allerdings, dass solche kommunalen Versorgungszentren neben und zusätzlich zu den vorhandenen Anbietern installiert werden und dass hier nicht die ärztlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen im Vordergrund stehen, sondern kommunale Interessen. Daher muss es Aufgabe des Paritätischen sein, sich frühzeitig auf der Regionsebene in die Planung solcher kommunaler Gesundheitszentren einzubringen.

„Die strukturierten Behandlungsprogramme für chronisch Kranke werden weiterentwickelt; neue Programme sollen entwickelt werden für die Behandlung von Rückenleiden und Depressionen.“

Koalitionsvertrag, S. 77

Der Koalitionsvertrag stellt in Aussicht, dass strukturierte Behandlungsprogramme für chronisch Kranke weiterentwickelt werden. Rückenleiden und Depressionen werden als Beispiele für neue Programme genannt. Wie ist diese Ankündigung zu bewerten?

Es ist prinzipiell richtig, dass bei vielen chronischen Erkrankungen strukturierte Behandlungsprogramme zu einer verbesserten, leitlinien-gerechten Versorgung führen können. Allerdings muss sehr darauf geachtet werden, dass diese Programme von den Kostenträgern nicht dazu genutzt werden, Leistungen auszuschließen und so zu Lasten der Behandlung Kosten zu sparen. Außerdem sollte jeder Pa-

tient immer die Wahl haben, ob er sich in derartige Programme einschließen lässt oder seine Behandler selbst wählt, ohne dass er Nachteile hat. Bei allen Disease-Management-Programmen ist eine Voraussetzung unabdingbar: Sie müssen sorgfältig wissenschaftlich evaluiert werden, damit man ihren Erfolg auch klar beurteilen kann.

Wie sehen Sie den Bereich „Selbsthilfe“ allgemein im Vertrag repräsentiert? Welche Forderungen der Selbsthilfe spielen im Vertrag eine zu kleine Rolle und müssten dringend angepasst werden?

Der Bereich der Gesundheits-Selbsthilfe kommt leider wieder einmal so gut wie gar nicht im Koalitionsvertrag vor. Ich hätte mir gewünscht, dass insbesondere drei Punkte enthalten sind:

1. Eine stärkere Einbeziehung von Patientenbefragungen zur Messbarkeit der Qualität der ambulanten und stationären Versorgung, insbesondere wenn die sektorübergreifende Qualitätssicherung in Krankenhäusern durch die Gründung eines Institutes in Angriff genommen werden soll. Dass lediglich ganz kurz auf Patientenbefragungen eingegangen werden soll, ist dürftig.
2. Wir brauchen dringend die Stimmberechtigung der Patientenvertreter beim Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA), um eine gleichberechtigte Entscheidungssituation herzustellen. Die Arbeit der Patientenvertreter muss

zusätzlich auch finanziell unterstützt werden, damit sie ihre Arbeit, genau wie die anderen stimmberechtigten Vertreter in G-BA, einbringen können, ohne auf eine unterstützende Struktur zu verzichten.

3. Die Förderung der Selbsthilfe durch die Krankenkassen muss dringend entbürokratisiert wer-

den, um auch kleineren Patientenorganisationen größere Chancen bei der Förderung einzuräumen und Hürden abzubauen. Darüber hinaus muss in den Förderrichtlinien verankert werden, dass die Entscheidung über Inhalte der geförderten Projekte ausschließlich den Organisationen und Selbsthilfegruppen über-

lassen bleibt, da es nicht Aufgabe der Krankenkassen ist, Thema und Projekte festzulegen.

Wir danken für das Gespräch.

Die Fragen stellte Anika Falke, Referentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Wege aus der Krise zurück ins Leben

Die Psychiatrische Klinik in Uelzen setzt auf Vernetzung

„Eine flächendeckende Krankenhausversorgung gehört zu den wesentlichen Elementen der Daseinsvorsorge“, heißt es auf Seite 78 im Koalitionsvertrag. Die Versorgung soll auch in ländlichen Regionen wohnortnah gesichert sein. Wie dies gut funktioniert, zeigt die paritätische Mitgliedsorganisation Die Brücke e.V. Der Paritätische Gesamtverband hat die Arbeit des Uelzener Vereins in seinem Verbandsmagazin vorgestellt, der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. dankt dem freien Journalisten Bernd Schüler, dass er seinen Text auch dem Parität Report zum Abdruck zur Verfügung gestellt hat.

In einem ländlich geprägten, dünn besiedelten Gebiet dennoch eine wohnortnahe sozialpsychiatrische Versorgung zu gewährleisten, klingt nach einer großen Herausforderung. Die Brücke e.V. hat sie im Nordosten Niedersachsens gemeistert. Über Jahrzehnte hin hat der Verein ein breites, aber eng vernetztes Angebot an Therapie- und Betreuungsformen aufgebaut. Dazu gehört auch die Behandlung in der Psychiatrischen

Klinik in Uelzen. So individuell wie möglich auf die Bedürfnisse der Patienten eingehen – das ist für den Träger stets der Königsweg, um Menschen mit seelischen Erkrankungen und psychischen Behinderungen in ihrer Genesung zu unterstützen.

„Nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch in ländlichen Regionen muss die wohnortnahe Krankenhausversorgung der Bevölkerung gewährleistet sein.“
Koalitionsvertrag, S. 79

Schon das Licht-Konzept ist beeindruckend. Eine große verglaste Fläche im Dach lässt Helligkeit ins Foyer – ein weiter, schlichter, aber einladend wirkender Raum. Bis zum Boden hinabreichende Fenster ermöglichen Blicke ins Freie. Wer drinnen ist, ist daher immer auch verbunden mit der Welt draußen: mit dem nahen Stadtwald, der Wohnsiedlung gegenüber und mit dem Himmel.

„Uns war ganz wichtig, dass niemand das Gefühl bekommt, eingesperrt zu sein“, sagt Kurt Spannig, Geschäftsführer der Psychiatrischen

Klinik in Uelzen und stellvertretender Verbandsratsvorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. Deshalb wurden für den 2007 eingeweihten Neubau Architekten ausgewählt, die diese Außenbeziehungen herzustellen wussten. Ein Symbol dafür, wie umsichtig der Träger der Klinik bemüht ist, auf die Bedürfnisse psychiatrisch erkrankter Menschen einzugehen. Dr. Ulrike Buck, seit zweieinhalb Jahren Chefärztin des 116-Betten-Hauses, beschreibt ihre erste Erfahrung damit so: „In den Kliniken, in denen ich früher beschäftigt war, war der Blick auf die Zahlen sehr wichtig, auch für Ärzte. Hier dagegen fragen Geschäftsführer und Vorstand auch, was unser Handeln für die Patienten bringt. Man merkt die Gemeinnützigkeit. Insofern ist die Arbeit von einem besonderen Geist geprägt.“

Alternative Angebote geschaffen

Entstanden ist dieser Geist in den 1960er Jahren in Hamburg, als Angehörige zusammen mit Behörden-Mitarbeitern nicht länger

hinnehmen wollten, wie schlecht psychisch erkrankte Menschen versorgt wurden. Man gründete Die Brücke e.V. und schuf alternative Begleit-Angebote für Menschen in seelischer Not. Nachdem der Verein eine Immobilie in Lüneburg übernehmen konnte, wurde ein Wohnprojekt ins Leben gerufen. Zugleich baute man eine gemeindenahere Versorgung auf. So entstand auch ein überschaubares Fachkrankenhaus. Dessen Träger ist auch heute noch der Verein Die Brücke – Verein zur Wiedereingliederung psychisch Erkrankter e.V. Inzwischen hat die Klinik den Versorgungsauftrag für 150.000 Menschen, die in den Landkreisen Uelzen und Lüchow-Dannenberg leben, einer ländlich strukturierten Region im Nordosten Niedersachsens. Weil Uelzen mehr in der Mitte des Versorgungsgebiets liegt und damit für Betroffene und Angehörige besser erreichbar ist, beschloss der Verein, das Fachkrankenhaus in die 36.000 Einwohner zählende Stadt zu verlagern. Die Klinik bietet eine Regelversorgung in allen klassischen psychiatrischen Behandlungsfeldern, ausgenommen Forensik und Kinder- und Jugendpsychiatrie. Drei Oberärzte und zwölf Ärztinnen und Ärzte kümmern sich zusammen mit dem Pflegepersonal und den Fachtherapeuten auf fünf Stationen sowie in den Tageskliniken und der Ambulanz um Menschen mit Psychosen, demenziellen Erkrankungen oder Depression ebenso wie um Patienten, die von Burnout oder Angststörungen betroffen sind. Dafür gibt es ein breit gefächertes Therapieangebot. „Wir arbeiten auf der Grundlage der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse“, sagt Dr. Ulrike Buck, Fachärztin für Psychiatrie, Psycho-

therapie und Neurologie. „Nicht umsonst gelten wir auch in Hamburg oder in Hannover als ein gutes Krankenhaus.“

Vielfalt ambulanter Einrichtungen

Dass die Klinik – zusammen mit der angeschlossenen Institutsambulanz und den Tageskliniken mit je zwölf Plätzen – so erfolgreich arbeiten kann, liegt auch an einem besonderen Umstand: Sie ist eines von mehreren Angeboten der Brücke e.V. Diese hat in der Region zugleich eine Vielfalt von ambulanten Einrichtungen geschaffen. Dazu zählen einerseits Sozialpsychiatrische Dienste und Beratungsstellen, zum Beispiel für Suchterkrankte. Andererseits gibt es diverse Formen von Eingliederungshilfen wie Wohngruppen und psychiatrische Tagesstätten. „Das Angebot ist kontinuierlich gewachsen“, erklärt Kurt Spannig, seit 19 Jahren Geschäftsführer des Vereins und Gestalter des Konzepts. „Und es wird sich weiterentwickeln“, ergänzt der diplomierte Sozialarbeiter, Betriebswirt und Sozialmanager. „Denn der Vorstand des Vereins ‚Die Brücke‘ will, dass wir weiterhin passgenaue Angebote für unsere Klientel kreieren.“

So viele unterschiedliche Versorgungsmöglichkeiten unter dem Dach eines Trägers zu haben, ist aus Sicht der Chefärztin für die Klinik ein großes Plus: „Dadurch können wir wirklich vernetzt arbeiten. Das beginnt damit, dass die Fachkräfte aus unterschiedlichen Bereichen gemeinsam Fortbildung oder Supervision machen“, sagt Dr. Ulrike Buck. So kennen sich die Kollegen und stehen im Austausch. „Anderswo ist es viel aufwendiger, Vernetzung zu organisieren.“



Kurt Spannig und Dr. Ulrike Buck vor der Psychiatrischen Klinik Uelzen.

Foto: Bernd Schüler

Wichtige Impulse

Das gute Zusammenspiel wirkt sich an vielen Stellen günstig aus. So könnten sich zum Beispiel unterschiedliche Perspektiven ergänzen, sagt Kurt Spannig. Während eines Klinikaufenthaltes etwa lernen Ärzte Patienten oft zunächst in einer sehr schlechten Verfassung kennen. Ganz anders die Mitarbeiter, die den Betroffenen vorher schon ambulant betreut haben: Sie kennen ihn auch aus besseren Phasen – und können die Klinikkollegen auf Fähigkeiten hinweisen, die grundsätzlich vorhanden, aber gerade verschüttet sind. „Ein wichtiger Impuls, um die weitere Betreuung des Patienten gezielt zu planen“, so Spannig.

Die unterschiedlichen Formen und Angebote in Therapie und Betreuung können so auch besser ineinander greifen. Müssen Patienten langfristig begleitet werden, können sich die Angestellten gemeinsam abstimmen: Kann jemand allein wohnen und eine Tagesstätte

besuchen? Ist er oder sie in einer Wohngruppe besser aufgehoben? Und auch wenn ein Klient keine Leistungen mehr nach Sozialgesetzbuch V erhält, sondern in den Bereich des Sozialgesetzbuchs XII fällt, wirken die jeweils zuständigen Sozialarbeiter zusammen. Für Dr. Ulrike Buck ist das „gelebte integrierte Versorgung“.

Kontinuität der Betreuung

Aus ihrer Sicht ist es von enormer Bedeutung, die Kontinuität der Betreuung zu gewährleisten. Deshalb kümmert man sich in der Klinik etwa frühzeitig darum, Termine beim niedergelassenen Facharzt zu or-

ganisieren – so wie man überhaupt mit allen lokalen Versorgungsstrukturen, vom niedergelassenen Arzt, über das Pflegeheim bis zur Beratungsstelle, eng zusammenarbeitet. Sollte der Facharzt keine Zeit haben, kann der Patient weiter in der Institutsambulanz versorgt werden. Manchen Patienten hilft es, in der Klinik stets dieselben Ärzte anzutreffen. Etwa acht Prozent von jährlich 1.300 stationär behandelten Patienten werden unter Zwang eingewiesen, weil befürchtet wird, dass sie sich selbst oder andere gefährden. „Wenn sie aber auf der Station unsere Ärztinnen oder Pfleger wiedererkennen,

fühlen sie sich schneller in vertrauten Händen – und stimmen dann dem Klinikaufenthalt oft selbst zu“, berichtet Dr. Ulrike Buck. Das macht für das subjektive Erleben der Patienten einen großen Unterschied: Es ist nicht dasselbe, ob sie freiwillig oder gezwungenermaßen auf der Station sind.

Sorgen bereitet Geschäftsführer Kurt Spannig zurzeit die anstehende Änderung des Entgelt-Systems. Es soll, nach dem Vorbild der somatischen Krankheiten, auch in der Psychiatrie Fallpauschalen geben. „Eine kleine Klinik wie uns belastet das sehr“, sagt er. Nicht nur, dass in Fachkreisen angezweifelt wird, dass ein solches System den Bedürfnissen der Patienten gerecht wird. Man brauche auch ein neues Software-System, externe Berater und weitere Codier-Fachkräfte – ein enormer zusätzlicher Aufwand an Kosten und Bürokratie sei da zu leisten, sagt Spannig. „Natürlich müssen unsere Ärzte dokumentieren. Aber statt zusätzlich Codes einzugeben, sollen sie bei uns so viel Zeit wie möglich mit den Patienten verbringen.“

*Bernd Schüler
freier Journalist*

Weg mit PEPP!

Der Paritätische hat sich bereits mehrfach gegen die Umsetzung des Pauschalierenden Entgeltsystems Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) in den Kliniken ausgesprochen. Im Koalitionsvertrag wird nun angekündigt, dass Veränderungen im Vergütungssystem in der Psychiatrie und Psychosomatik vorgenommen werden, so dass schwerst psychisch Erkrankte

nicht benachteiligt und die sektorenübergreifende Behandlung gefördert werden. Der Paritätische begrüßt ausdrücklich, dass erkannt wurde, dass mit dem bisherigen Psychiatrie-Entgeltssystem (PEPP) die Verzahnung ambulanter und stationärer Leistungen nicht erreicht werden kann und erwartet die Schaffung eines Entgeltes, das den tatsächlichen Bedarf abbildet.

Viele richtige Ideen – aber auch die Kraft zur Umsetzung?

Das Thema Pflege im Koalitionsvertrag

Quantität garantiert noch keine Qualität, aber der Umfang des Themas „Pflege“ im Koalitionsvertrag zeigt, dass die Regierungsparteien die Brisanz der Pflege thematik für die Gesellschaft anerkannt haben. Die wichtigste Aussage zur Pflege

im Koalitionsvertrag lautet: „Wir wollen den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff auf der Grundlage der Empfehlungen des Expertenbeirats in dieser Legislaturperiode so schnell wie möglich einführen.“ Allerdings weckt der Plan, „die mit

dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einhergehende Begutachtungssystematik auf ihre Umsetzbarkeit und Praktikabilität hin erproben und wissenschaftlich auswerten“ zu wollen, erhebliche Skepsis hinsichtlich des Tempos. Der Zweifel,

ob der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff in dieser Legislaturperiode endlich wirklich eingeführt werden wird, erhält zusätzliche Nahrung aufgrund der finanziellen Planungen: Zwar soll der Beitrag zur Pflegeversicherung erhöht werden, aber erst zum 01.01.2015 um 0,3 Prozentpunkte und zu einem späteren, nicht konkret benannten Zeitpunkt um weitere 0,2 Prozentpunkte. Da aber die Mittel der ersten Erhöhung komplett für die kurzfristigen Leistungsverbesserungen und den Aufbau eines Pflegevorsorgefonds verbraucht werden, dürften die weiteren 0,2 Prozentpunkte Erhöhung nicht ausreichen, um die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs zu finanzieren, zumal ja kein Leistungsbezieher schlechter gestellt werden soll.

Persönlich bin ich wenig optimistisch, dass bis zum Ende der Legislaturperiode tatsächlich der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt sein wird und ich habe auch niemanden gefunden, der im Rahmen einer Wette dagehalten mag.

Für die Zwischenzeit haben die Koalitionäre eine Reihe von Leistungsverbesserungen beschlossen:

- Die Betreuungsleistungen in der stationären Pflege sollen weiter ausgebaut werden. Zum einen sollen sie nun allen Bewohnern zugute kommen, zum anderen soll der Betreuungsschlüssel von 1:24 auf 1:20 verbessert werden.
- Die ambulante Pflege soll gestärkt und die Leistungen im ambulanten und stationären Bereich einander angeglichen werden. So sollen etwa die Zuschüsse für wohnumfeldverbessernde Maßnahmen und die Anschubfi-

nanzierung für ambulant betreute Wohngemeinschaften ausgebaut werden. Vielleicht ist auch das Niedersächsische Heimgesetz bis dahin dergestalt geändert, dass sich mehr Menschen an Wohngemeinschaften herantrauen ohne die Sorge, mit unerfüllbaren Auflagen des Heimgesetzes konfrontiert zu sein.

- Durch die Einführung von Budgets sollen Verhinderungs-, Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege sowie unterschiedliche Betreuungsformen besser und flexibler aufeinander abgestimmt werden.

„Wir wollen die Pflegebedürftigkeit besser anerkennen, um die Situation der Pflegebedürftigen, von Angehörigen und Menschen, die in der Pflege arbeiten, zu verbessern.“

Koalitionsvertrag, S. 83

- Zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sollen die Gesetze zur (Familien)Pflegezeit nachgebessert werden. Die zehntägige Freistellung beim Eintritt einer neuen Pflegebedürftigkeit in der Familie soll mit einer Lohnersatzleistung gekoppelt werden. Dies entspricht einer alten Forderung des Paritätischen, da es vielen Menschen nur so überhaupt finanziell möglich ist, diese Auszeit zur Organisation der Pflege in Anspruch zu nehmen.
- Die Pflegetransparentvereinbarung soll weiterentwickelt werden mit dem Ziel, Qualitätsunterschiede bei den Einrichtungen für Laien ersichtlich zu machen.
- Eins der Hindernisse für junge Menschen, die Pflegeausbildung in Erwägung zu ziehen, soll endgültig aus der Welt geschafft werden: Die Pflegeausbildung soll für jeden Azubi kostenlos sein. Hier

ist das Land Niedersachsen mit seiner entsprechenden freiwilligen Leistung schon vorbildlich vorangegangen.

- Hinsichtlich der Zusammenführung der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflegeausbildung in einer generalistischen Pflegeausbildung ist die Formulierung des Koalitionsvertrags deutlich weniger bestimmt als die der vorausgehenden Entwürfe, die ohne Umschweife die Einführung der generalistischen Pflegeausbildung angekündigt hatten. Nun heißt es, dass „mit einem Pflegeberufegesetz ein einheitliches Berufsbild mit einer gemeinsamen Grundausbildung und einer darauf aufbauenden Spezialisierung für die Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege etabliert“ wird. Da über die Finanzierung keine Silbe verloren wird, dürfte auch hier noch längst keine endgültige Richtungsentscheidung getroffen sein.

Und schließlich finden sich im Koalitionsvertrag eine Reihe von Prüfanfordernissen. Hier wird sich erst zeigen müssen, ob tatsächlich Taten folgen. Geprüft werden soll

- ob die Anrechnung von Pflegezeiten bei der Rente verbessert werden kann;
- die Schnittstellenproblematik zwischen SGB V und SGB XI, um den Verschiebebahnhöfen eine Ende zu bereiten;
- ein verbindliches Verfahren zur Refinanzierung der Ausbildungskosten, um die Kostenbeteiligung aller Einrichtungsträger zu gewährleisten (also offenbar eine Art Umlage);

- wie die Rolle der Kommunen gestärkt und ausgebaut werden kann. Dies betrifft vor allem deren Steuerungs- und Planungskompetenz für die regionalen Pflegestrukturen.

Auch will sich die Regierung „im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten“ für Personalmindest-

standards einsetzen. Was mit dieser verschwurbelten Formulierung gemeint sein mag, bleibt ein Geheimnis der Verfasser des Koalitionsvertrags, denn die gewählten Abgeordneten haben ja die Gesetzgebung in der Hand. Für Bewohner wie für Einrichtungen wäre ein Ende der defizitären Personalsituation ein Segen.

Mein Fazit: Der Koalitionsvertrag hat viele gute Ansätze, die aber der Konkretion und vor allem der Realisierung bedürfen, um die intendierte positive Wirkung zu entfalten.

*Barbara Heidrich
Abteilungsleiterin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.*

Forderung nach Veränderung nicht erfüllt

Zeitgemäßer Personalschlüssel für Kitas ist notwendig

Eine geförderte Regelgruppe mit 15 Kindern wird gemäß § 4 Abs. 2 und 3 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) von

einer sozialpädagogischen Fachkraft und einer geeigneten Fach- oder Betreuungskraft betreut. Die Fachkraft-Kind-Relation liegt

somit bei 1:7,5. Bei dieser personellen Ausstattung ist aus wissenschaftlicher Sicht die frühkindliche Bildung gefährdet, gerade vor dem

Undifferenzierte Erklärungen

Kommentar zum Passus Kinderbetreuung im Koalitionsvertrag

Im Koalitionsvertrag ist festgelegt, dass die Qualität der Kindertagesbetreuung weiter vorangetrieben werden soll. Diese Absichtserklärung ist nicht so neu und undifferenziert. Der Paritätische Wohlfahrtsverband setzt sich seit Jahren auf Landes- und Bundesebene für eine Verbesserung der Qualitätsstandards in Kindertagesstätten ein und hat dazu mehrfach Konkretisierungen und klare Vorstellungen geäußert und in die öffentliche und politische Diskussion eingebracht, so z.B. zur Landtagswahl in Niedersachsen im Januar 2013.

Strukturverbesserungen in den Kindertagesstätten sind überfällig. Absichtserklärungen helfen wenig, wenn, wie auch auf Landesebe-

ne, Taten in die Zukunft verschoben werden. Bei allen Veränderungen sollten die Freien Träger, die in Niedersachsen und auch bundesweit über zwei Drittel der Einrichtungen tragen, bei der Entwicklung verbesserter Strukturbedingungen beteiligt werden.

Die im Vertrag ebenfalls enthaltene Ankündigung eines weiteren Investitionsprogramms ist ebenso undifferenziert. Anders als bei Vorhaben an anderen Stellen und bei anderen Bevölkerungsgruppen, für die Regelungen in der Vereinbarung enthalten sind, fehlen konkrete Zahlen.

Diese unverbindlichen Zielformulierungen lassen die Befürchtung

aufkommen, dass, nachdem Leistungen, die für andere Bevölkerungsgruppen konkret beschrieben sind und die auch schon in der politischen Beschlussfassung realisiert sind, für tatsächliche Verbesserungen in der Kinderbetreuung kein Geld mehr in der Kasse ist. So ist nicht einmal die Streichung des Betreuungsgeldes vorgesehen. Die dadurch frei werdenden Mittel könnten in den Ausbau und die qualitative Verbesserung der Kindertagesbetreuung investiert werden.

*Klaus-Dieter Fortmeyer
Fachberater Elementarerziehung
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Hintergrund gestiegener Anforderungen an die Pädagogen. Die EU-Norm empfiehlt eine Relation von 1 : 4, dies entspricht den Forderungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.

Der Waldorfkindergarten am Maschsee e.V. ist ein Kindergarten mit fünf Regelgruppen, eine davon arbeitet integrativ. Seit dem 1. September 2013 haben wir unser Betreuungsangebot um eine Krippe erweitert, die bereits den räumlichen Anforderungen der Inklusiven Krippe entspricht. Unsere Konzeption beinhaltet den inklusiven Gedanken. Die Teilhabe aller Kinder an frühkindlicher Bildung muss durch Strukturveränderungen wie z.B. den Personalschlüssel umgesetzt werden. Erst wenn Krippen personell gut ausgestattet

sind, kann auch Inklusion gelingen. In unserer Krippe werden täglich von 7.30 bis 14.30 Uhr bis zu zehn Kinder im Alter von anderthalb bis drei Jahren betreut. Eine Erzieherin und eine Kinderpflegerin sowie eine zusätzlich neu eingestellte weitere Betreuungskraft sind hier in Vollzeit gemeinsam tätig. So ist uns die Implementierung einer Fachkraft-Kind-Relation von sogar 1:3 gelungen. Allerdings wird unsere dritte pädagogische Fachkraft nicht bezuschusst. Um die Qualität in der Krippe zum Wohle des kleinen Kindes zu verbessern und dauerhaft auszubauen muss das Ziel daher ein angemessener Personalschlüssel sein.

„Wir wollen die Kindertagespflege und ihr Berufsbild weiterhin stärken.“

Koalitionsvertrag, S. 97

Der Vertrag der Großen Koalition sieht zwar vor, die Qualität in der Kindertagesbetreuung hinsichtlich Personal, Qualifikation und Weiterbildung zu verbessern, realisiert werden soll jedoch vorrangig der Ausbau der Ganztagsbetreuung. Eine wirkliche Qualitätsverbesserung ist im Koalitionsvertrag nicht festgehalten. Auch das Thema Inklusion in Krippe und Kindergarten findet nicht genügend Berücksichtigung. Es stellt sich nun wieder die Frage: Wie lange müssen wir in Krippe und Kindergarten auf eine Veränderung des Personalschlüssels per Gesetz warten?

Silke Gerike

Waldorfkindergarten am Maschsee e.V.

Austausch zwischen Alt und Jung

Brücken bauen zwischen den Generationen: Ein Besuch im MGH Langenhagen

Doris Biscan ist auf der Suche nach kreativen Vorschlägen. Sie möchte ein paar große, gemusterte Stoffstücke zu einem Kleid nähen – nur wie, nach welchem Schnittmuster, in welchem Stil? Um inspirierende Antworten zu erhalten, hat sie den Stoff mit zu ihrer Nähgruppe genommen, einem der vielen regelmäßigen Treffs, die täglich im Mehrgenerationenhaus (MGH) Langenhagen angeboten werden. In der Nähgruppe versammeln sich Frauen, die Spaß und Freude an der Handarbeit haben und so als Expertinnen Nähtipps geben können. Doch für Doris Biscan ist es vor allem die große Altersspanne der Besucherinnen, die das Angebot so in-

teressant macht: Von Mitte 30 bis 90 Jahre alt sind die Frauen, die zum Treff kommen. „Und jede hat, je nach Alter oder Herkunft, andere Ideen, da kann ich aus dem Vollen schöpfen und mir den besten Vorschlag aussuchen“, sagt sie.

„Wir bauen Brücken zwischen den Generationen. Den Erfahrungsschatz der älteren Menschen wollen wir dabei stärker zur Entfaltung bringen.“

Koalitionsvertrag, S. 96

Während die Nähgruppe im hinteren Bereich des Hauses ihrer Arbeit nachgeht, ist im vorderen großen Gruppenraum Klönen und Genießen angesagt. Hier findet bei-

nahe täglich ein Frühstück statt, das immer von einer jüngeren und einer älteren Frau gemeinsam organisiert wird. In der Runde am Tisch tauschen sich die Generationen aus. Zwischen belegten Brötchen und Kaffee gibt es Haushaltstipps, Rezepte und verschiedene Problemlösungen für den Alltag. Und dazwischen immer wieder die Fragen an das jeweilige Gegenüber: „Wie war das damals bei euch?“ Und: „Wie macht ihr das heute?“

Das generationsübergreifende Miteinander und der gegenseitige Erfahrungsaustausch sind zwei Ziele, die sich die Große Koalition auf die Fahne geschrieben hat und entspre-

chend im Koalitionsvertrag würdigt. In Mehrgenerationenhäusern ist das schon seit langem gelebter Alltag. Das Mehr-Generationen-Haus Mütterzentrum Langenhagen e.V., eine Mitgliedsorganisation des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., wurde 1986 als selbst organisiertes Nachbarschaftszentrum gegründet und im Februar 2004 eines der ersten Mehrgenerationenhäuser (MGH) in Niedersachsen. „Hier treffen sich vielseitig interessierte Menschen, die gerne lernen, egal, wie alt sie sind. Es ist ein Ort der Vernetzung, des gegenseitigen Austauschs“, fasst Gundula Ruge, Gründungsmitglied des Vereins und Vorstandsmitglied, zusammen. Für viele Besucher und Besucherinnen sei das MGH aber weit mehr als „nur“ ein Treffpunkt. „Für viele ist es eine Art Familienersatz, die Möglichkeit, mit anderen Generationen zusammenzukommen“, sagt Gundula Ruge.

Ein Beispiel dafür ist das Projekt Wunschgroßeltern, das im MGH Langenhagen stark nachgefragt wird. „Zu uns kommen junge Familien, die

vielleicht örtlich getrennt von ihren eigenen Eltern oder Großeltern leben oder keine älteren Angehörigen mehr haben“, erklärt Gabriele Lagemann, die das Projekt mit Cornelia Nicolay betreut. Interessierte Senioren und Seniorinnen, die vielleicht keine eigenen Enkel haben oder allgemein mehr Zeit mit jüngeren Familien verbringen möchten, werden mit diesen zusammen gebracht und so zur „Wunschoma“ oder zum „Wunschopa“ – eine Aufgabe, die keineswegs als Babysitting zu betrachten sei: „Es geht nicht um Betreuung, sondern um den Aufbau einer stabilen Beziehung zwischen den Generationen“, sagt Cornelia Nicolay. „Das ist ein Geben und Nehmen. Die jüngeren suchen vielleicht eine mütterliche Freundin und helfen ihrer Wunschoma dann bei anderen Dingen, etwa dem Erledigen größerer Einkäufe. Der Austausch ist sehr vielseitig.“

Nachmittags, wenn die Schule vorbei ist, sind auch Jugendliche im MGH anzutreffen. Mindestens zwei Praktikanten von der benachbarten Integrierten Gesamtschule sind

regelmäßig bei den Seniorennachmittagen und Gesprächskreisen dabei, oft bringen sie noch Freunde mit. Gerade der Gesprächskreis „Der Mensch braucht Heimat“ sei bei den Jugendlichen sehr beliebt. „Die Teenager sind immer sehr beeindruckt, wenn die Älteren von ihren Erlebnissen aus der Kriegs- oder Nachkriegszeit erzählen“, sagt Gundula Ruge. Vorurteile, dass Jugendliche an Erzählungen der älteren Generation kein Interesse haben, kann sie nicht bestätigen. „Diese Gespräche sind immer von gegenseitiger Anerkennung geprägt. Die Jugendlichen haben Achtung vor dem Erfahrungsschatz der Älteren, und die Senioren behandeln die Jugendlichen nicht abwertend, nur weil sie jünger und vielleicht unerfahrener sind.“

Für die ganz kleinen Besucher des MGH gibt es im hinteren Bereich zwei Spielzimmer. Mariam Faiz ist eine der Betreuerinnen, die sich um die Kinder kümmert, während die Mütter frühstücken, andere Angebote des MGH nutzen oder in der benachbarten Volkshochschule am Deutschkurs teilnehmen. „Das ist ein bisschen wie mein zweites Zuhause hier“, sagt Mariam Faiz. Seit vier Jahren hilft die 45-Jährige im MGH mit, am Anfang sprach sie kaum Deutsch. „Meine älteren Kollegen hier haben mir sehr geholfen, die Sprache zu lernen“, erzählt die gebürtige Afghanin. „Wir helfen uns hier immer gegenseitig, alle. Ich fühle mich sehr wohl.“

Anika Falke
 Pressereferentin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.



Erfahrungsaustausch in Sachen Handarbeit: Gundula Ruge (stehend) besucht die Nähgruppe, die sich regelmäßig in wechselnder Besetzung im Mehrgenerationenhaus Langenhagen trifft. Doris Biscan (links) sucht Ideen zur Verarbeitung ihres Stoffs.

Eindeutig mehr erwartet

Aussagen zu Gewalt gegen Frauen im Koalitionsvertrag

Gewalt gegen Frauen soll konsequent bekämpft, Schutz und Hilfe für alle Betroffenen gewährleistet und Lücken im Hilfesystem geschlossen werden – soweit der kurze Absatz in der Koalitionsvereinbarung zum Thema „Gewalt gegen Frauen, Frauenhäuser“. Hier haben wir eindeutig mehr erwartet. So fordert der Paritätische seit geraumer Zeit einen Rechtsanspruch für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder auf Schutz und Zuflucht sowie Beratung und Unterstützung unabhängig von Einkommen, Wohnort und Aufenthaltsstatus. Auch in Niedersachsen sind Frauenhäuser nicht finanziell abgesichert. Die Schutz- und Beratungseinrichtungen finanzieren sich über freiwillige Zuwendungen des Landes und über Kommunen, einige über Tagessätze, und alle sind auf Spenden angewiesen. Die Bemühungen des Landes Niedersachsen wie auch fördernder Kommunen werden geschätzt und anerkannt, aber sie decken überwiegend nicht den angezeigten Bedarf der Schutz- und Beratungseinrichtungen ab.

Die Notwendigkeit und der Bedarf eines flächendeckenden Netzes an Angeboten zum Schutz und Unterstützung Gewaltbetroffener ist unbestritten. Aber ein ausreichend ausgestattetes und verlässliches Hilfesystem kann das Finanzierungsmodell in Niedersachsen nicht leisten. Zur Sicherstellung des Schutzes und der Hilfe für alle von häuslicher und sexualisierter Gewalt betroffenen Frauen und Kinder ist es grundlegend wichtig und

erforderlich, einen einzelfallunabhängigen Rechtsanspruch auf staatlichen Schutz und Unterstützung zu schaffen.

Hilfe und Unterstützung für von Gewalt Betroffene darf keine freiwillige Leistung sein, die je nach Haushaltslage zur Disposition gestellt werden kann. Sie muss gewaltbetroffenen Frauen mit einer multiplen Fachlichkeit und qualifiziert, mit verschiedenen Angeboten ausreichend, wohnortnah und zu jeder Zeit zur Verfügung stehen.

„Wir werden Gewalt an Frauen und Kindern konsequent bekämpfen und Schutz und Hilfe für alle Betroffenen gewährleisten.“

Koalitionsvertrag, S. 104

Neben der Forderung nach einer bundeseinheitlichen Finanzierung der Schutz- und Beratungseinrichtungen bedarf es auch der Implementierung bundesweiter Standards für die Ausstattung und fachliche Arbeit von Frauenhäusern. Auf dieser Grundlage sind die Schutz- und Beratungseinrichtungen angemessen mit Personal- und Sachmitteln auszustatten. Die Politik ist gefordert, diese Rahmenbedingungen herzustellen. Auch wenn die Große Koalition es in ihrer Koalitionsvereinbarung nicht niedergeschrieben hat, so haben wir dennoch die Erwartung, dass der Anspruch gewaltbetroffener Frauen und ihrer Kinder auf Schutz und Unterstützung auf eine verbindliche, gesetzliche Grundlage gestellt wird und Schutz- und Beratungseinrichtungen eine adäqua-

te Ausstattung mit Personal- und Sachmittel erhalten.

Andrea Zerrath

Fachberaterin Frauen und Familien

Expertise des Gesamtverbands



Der Paritätische Gesamtverband e.V. hat zu diesem Thema eine Expertise veröffentlicht, in der er auf die schwierige Situation der Frauenhäuser in Deutschland hinweist und die bestehenden Rahmenbedingungen massiv kritisiert. Die finanzielle und personelle Ausstattung der Frauenhäuser und Beratungsstellen sei absolut unzureichend und werde weder dem tatsächlichen Bedarf noch den fachlichen Anforderungen gerecht. Die Broschüre „Paritätische Anforderungen – Bundesweite Standards für die notwendige Ausstattung und fachliche Arbeit von Frauenhäusern“ finden Sie im Internet auf www.paritaet.org in der Rubrik „Veröffentlichungen“.

Positive Ansätze und allgemeine Unverbindlichkeiten

Kinder- und Jugendpolitik im Koalitionsvertrag

Fast 100 Mal kommt das Stichwort „Jugend“ im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vor, an vielen unterschiedlichen Stellen der Vereinbarung wird auf die Interessen und Problemlagen junger Menschen eingegangen. „Wir wollen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen auf ein gutes Aufwachsen ermöglichen“ – das verspricht die neue Bundesregierung. Doch wie soll dieses Ziel umgesetzt werden? Positive Ansätze und Zielsetzungen in der Kinder- und Jugendpolitik sind im Koalitionsvertrag durchaus vorhanden. Vieles bleibt aber eher allgemein und unverbindlich. Und so fallen die Reaktionen aus der Jugendarbeit, den Jugendverbänden und dem Kinder- und Jugendschutz eher verhalten aus.

Blinder Fleck: Kinderarmut

Aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerks ist der Vertrag „unter dem Strich enttäuschend“. Es seien nur wenige Verbesserungen für Kinder und Jugendliche zu verzeichnen. Bei zentralen kinder- und familienpolitischen Themen wie der Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz oder der Bekämpfung der Kinderarmut Punkten habe die Große Koalition kaum etwas zu bieten: „Das Wort Kinderarmut kommt im Koalitionsvertrag nicht einmal vor. Das ist angesichts von 2,8 Millionen Kindern und Jugendlichen, die in Deutschland von Armut betroffen sind, nicht hinnehmbar“, betont Anne Lütkes, Vizepräsidentin des Deutschen Kinderhilfswerkes. Auch Ulrich Schneider, Hauptge-

schäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands e.V., kritisiert die Versäumnisse des Koalitionsvertrages beim Thema Kinderarmut und fordert überzeugende Programme zur Bekämpfung: „Wir brauchen eine kräftige Erhöhung der Kinderregelsätze, eine echte schulische Bildungsoffensive sowie einen Rechtsanspruch für einkommensschwache Kinder auf Teilhabe – vom Sportverein über die Musikschule bis zur Ferienfreizeit mit dem Jugendclub.“

„Wir unterstützen die Selbstorganisation Jugendlicher in Jugendverbänden. Sie sind unverzichtbar für eine lebendige Demokratie.“

Koalitionsvertrag, S. 101

Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe

„Der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe wird im Koalitionsvertrag ein erheblicher Raum gewidmet“, stellt Dr. Wolfgang Hammer, Vorsitzender des Fachausschusses Jugend, Bildung und Beruf der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ e.V.), in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „FORUM – Jugendhilfe“ fest. Allerdings würden dort keine konkreten Vereinbarungen getroffen, dafür aber komplexe Prüf- und Gestaltungsaufträge formuliert, bei denen Leitziele vorgegeben werden. Im Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und die SPD vereinbart, dass geeignete Finanzierungsmodelle an den Schnittstellen von SGB VIII, SGB XII und den Schulträgern entwickelt werden sollen. Neben „starken Ju-

gendämtern“, deren Steuerungsinstrumente deutlich verbessert werden sollen, werden die „freien Träger“ als wichtige Kooperationspartner in der Kinder- und Jugendhilfe aufgeführt. Angekündigt wird ein „Qualitätsdialog“ zwischen allen Beteiligten, um die Kinder- und Jugendhilfe weiterzuentwickeln.

„Eigenständige Jugendpolitik“: Freiräume und Beteiligung für junge Menschen

Schon in der letzten Legislaturperiode hat die damalige Bundesregierung die Einrichtung einer „Allianz für die Jugend“ angekündigt und betont, dass die Jugendpolitik ein zentrales und ressortübergreifendes Politikfeld werden soll. Dieser Prozess soll nun fortgesetzt werden. Die „eigenständige Jugendpolitik“ auf Bundesebene eröffnet dabei die Chance, die Interessen junger Menschen auch auf Landes- und Kommunalebene wieder verstärkt in den Vordergrund zu rücken. Unter dem Stichwort „Bürgerbeteiligung“ finden sich weitere Aussagen zur Stärkung der Teilhabe und Partizipation junger Menschen. Konkret wird ein „Jugend-Check“ angekündigt, der gemeinsam mit den Jugendverbänden entwickelt und mit dem „Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation“ überprüft werden sollen.

Insgesamt wird den Jugendverbänden und der Jugendarbeit im Koalitionsvertrag eine große Rolle zugesprochen. Doch auch der Deutsche Bundesjugendring bleibt trotz der starken Betonung der Ju-

gendverbände eher verhalten und abwartend: Man begrüße, dass die Jugendverbände als wichtiger Partner wahrgenommen werden. Man sehe aber auch „kritische Vorschläge und Vorhaben“ die man „entsprechend kommentieren und kritisieren“ werde, wenn sie in „reale Politik umgesetzt werden sollten“.

Jugendsozialarbeit: Chancengleichheit und Jugendgarantie

Die Jugendsozialarbeit, so die Koalition, leistet einen wichtigen Beitrag zur „Teilhabe und Integration junger Menschen“. Allen jungen Menschen in Deutschland soll „Zugang zu einer ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechenden Ausbildung“ ermöglicht werden. Im Rahmen der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ sollen deshalb die Sozialpartner und Länder eingebunden werden, um eine Ausbildungsgarantie umzusetzen. Eine gesetzliche Verankerung eines Rechts auf Ausbildung wurde allerdings im Koalitionsvertrag nicht aufgenommen. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit fordert deshalb die Bundesregierung auf, eine solche bindende Garantie einzuführen.

Aussagen zur Schulsozialarbeit und zur Ausgestaltung von Ganztagschulen fehlen im Koalitionsvertrag gänzlich. Der Paritätische Gesamtverband hatte im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen gefordert, dass die durch das auslaufende Bildungs- und Teilhabepaket gefährdeten Schulsozialarbeiterstellen gesichert werden müssen und durch einen gemeinsamen Aktionsplan von Bund, Ländern und Kommunen der flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit vorangetrieben werden sollte. Auch der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat sich für einen solchen Aktionsplan stark gemacht: „Ziel ist es, dass künftig an allen allgemeinbildenden Schulen ausreichend sozialpädagogische Fachkräfte zur Unterstützung von gelingenden Bildungs- und Sozialisationsprozessen zur Verfügung stehen“, erklärte Birgit Eckhardt vom Vorstand des Paritätischen Niedersachsen.

Fazit

Auch wenn der Koalitionsvertrag im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik vieles im Unverbindlichen lässt und nur wenig konkrete

Schritte und Vorhaben ankündigt, so gibt er doch jugendpolitische Ziele vor, die in die richtige Richtung gehen: Mehr Partizipation und Freiräume für Jugendliche, gleiche Chancen auf Bildung, Ausbildung und gesellschaftliche Teilhabe und die Unterstützung benachteiligter Jugendlicher sind Ziele, die auch das Paritätische Jugendwerk in seinen jugendpolitischen Forderungen aufstellt. Nun wird es darauf ankommen, ob und wie die Bundesregierung diese Ziele in den nächsten Jahren in konkrete Schritte und Maßnahmen umsetzen wird. Der 15. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag, der unter dem Motto „viel wert. gerecht. wirkungsvoll.“ im Juni in Berlin stattfindet, bietet der neuen Familienministerin Manuela Schwesig die Gelegenheit, die Ziele und konkreten Vorhaben der Bundesregierung einem großen Fachpublikum aus der Kinder- und Jugendhilfe vorzustellen und sie mit ihnen zu diskutieren.

*David Janzen
Jugendbildungsreferent beim
Paritätischen Jugendwerk*

Was wurde aus „100 % Gleichstellung nur mit uns“?

Lesben und Schwule enttäuscht über gebrochene Versprechen und Ignoranz

Vor der Bundestagswahl am 22. September 2013 warb die SPD mit dem Slogan „100 % Gleichstellung nur mit uns“ um die Stimmen von Lesben und Schwulen. Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hisste in Berlin die Regenbogenfahne und lobte die Arbeit des Regenbogenfamilienzentrums in Berlin.

Nach der Wahl ist vor der Wahl, heißt es. Das ändert sich, wenn eine Partei voller großer Forderungen und Vorstellungen mit einer anderen Partei in Koalitionsverhandlungen tritt, die mit nichts außer einer Personalie in den Wahlkampf gezogen ist. Bei diesem ungleichen Anspruch bleiben soziale Aspekte als

erstes auf der Strecke. Plakatiert ein schwuler ehemaliger Außenminister, jetzt müsse die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften vorangetrieben werden, was während seiner Regierungsbeteiligung wohl nicht möglich war, wird auch mit einer offen lesbischen Umweltministerin kein Richtungswechsel passie-

ren. Die Enttäuschung ist groß unter Lesben und Schwulen über das gebrochene Versprechen der SPD und die Ignoranz der Union.

„Wir werden darauf hinwirken, dass bestehende Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und von Menschen auf Grund ihrer sexuellen Identität in allen gesellschaftlichen Bereichen beendet werden.“

Koalitionsvertrag, S. 105

Nach der steuerlichen Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften durch das Bundesverfassungs-

gericht sind fast alle Unterschiede und Nachteile beseitigt. Es ist an der Zeit, die Lebenspartnerschaft vollständig mit der Ehe gleichzustellen. Diese Auffassung vertreten führende Verfassungsrechtler und vertrat auch die SPD. Auch das Verbot der gemeinsamen Adoption durch ein homosexuelles Paar ist völliger Unsinn, der sich allein durch die bereits geltende Stiefkind- bzw. Sukzessivadoption entlarvt. Lesben und Schwule ziehen bereits Kinder auf, die in ihrer Entwicklung und ihrem Sozialverhalten nachweislich nicht schlechter stehen. Lediglich in der

rechtlichen Absicherung werden sie benachteiligt – von den amtierenden Regierungsparteien.

Es bleibt abzuwarten, was während der aktuellen Legislaturperiode von den Regierungsparteien inhaltlich für Lesben und Schwule getan wird. Es steht zu vermuten, dass auch weiterhin nur das Diktat der Gerichte umgesetzt werden wird. Gestalten geht anders!

Benjamin Rottmann

*Lesben- und Schwulenverband (LSVD)
Niedersachsen-Bremen e.V.*

Zuwanderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Der Koalitionsvertrag: Kommentierung aus dem Fachbereich Migration

Unter dem Titel „Deutschlands Zukunft gestalten“ legen die Parteien von CDU, CSU und SPD im Rahmen ihres Koalitionsvertrags für die 18. Legislaturperiode ihre Verhandlungsergebnisse zu den einzelnen fachlichen Bereichen dar. Dabei werden Migrations- und Integrationsprozesse als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe beschrieben, die als Querschnittsaufgabe von allen Fachbereichen ernst genommen werden muss und eine große Herausforderung für alle – also Aufnahmegesellschaft und Zugewanderte – darstellt. Zu den von den Parteien ausgehandelten Verhandlungsergebnissen gehören auch solche, die schon seit langem von Seiten der Freien Wohlfahrtspflege und auch des Paritätischen Wohlfahrtsverbands eingefordert wurden. Mit Blick auf die aktuelle Situation in Niedersachsen sollen hier einige wesentliche Aspekte beispielhaft kommentiert werden.

Optionspflicht/Doppelte Staatsbürgerschaft

Aktuell müssen sich alle in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern aufgrund der Optionspflicht bis zum 23. Geburtstag zwischen ihrem deutschen Pass und dem ihrer Eltern entscheiden. Dies kann zu Identitätskonflikten, Auseinandersetzungen mit den Eltern und bürokratischen Problemen, z.B. bei der notwendigen Entlassung aus der Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes, führen und ist eine Zumutung für die betroffenen jungen Menschen. Durch die von den Parteien geplante Abschaffung der Optionspflicht sollen die Rechte der Jugendlichen gestärkt und deren „Mehrstaatigkeit“ in Zukunft ohne größere Umstände akzeptiert werden. Im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. werden junge Menschen durch die Beratung von Jugendmigrationsdiensten über ihre Rechte und Pflichten in Zusammenhang mit

der Optionspflicht aufgeklärt und entsprechend begleitet. Deutsche Staatsbürger mit mehreren „Muttersprachen“ und verschiedenen „Heimaten“ werden durch die Abschaffung der Optionspflicht selbstverständlicher, was auch mit Blick auf die allgemeine Erleichterung von Einbürgerungsprozessen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist.

Integrations- und Beratungsangebote

Die Integrations- und Beratungsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund sollen in Zukunft besser aufeinander abgestimmt und vernetzt werden. Dies macht aus fachlicher Sicht durchaus Sinn, um den Beratungsprozess gezielter zu gestalten, die Kunden an andere Stellen weitervermitteln zu können und sich vor Ort gemeinsam für gute integrationspolitische Rahmenbedingungen einzusetzen. In Niedersachsen werden Beratung und

Unterstützung für Migranten u.a. von den Jugendmigrationsdiensten (JMD), den Migrationsberatungsstellen für erwachsene Zuwanderer (MBE), den landesgeförderten Integrationsberatungsstellen und anderen Einrichtungen freier Träger geleistet. Bezogen auf die in der Koalitionsvereinbarung angesprochene Vernetzungsstruktur ist die Situation in Niedersachsen allerdings ausgesprochen gut, alle im Beratungs- und Migrationsprozess Beteiligten sind durch das Netzwerk der „Kooperativen Migrationsarbeit Niedersachsen (KMN)“ miteinander verbunden. Landesweit existieren zehn Regionalverbände, die sich regelmäßig vor Ort treffen und auch landesweite Verbandsitzungen werden in Kooperation mit dem Sozialministerium organisiert. Dies garantiert einen guten fachlichen Austausch zwischen allen Beteiligten. Trotz der sinnvollen Zusammenarbeit sollte aber eine Zusammenlegung der verschiedenen Programme nicht angestrebt werden, da sie unterschiedliche Zielgruppen, Aufgabenspektren und Konzeptionen verfolgen.

Migrantenselbstorganisationen

Die Migrantenselbstorganisationen (MSO) werden von den Parteien auch weiterhin als wichtiger Partner und Brückenbauer bei Migrationsprozessen gesehen. Aus diesem Grund sollen bundesweit tätige Migrantenselbstorganisationen zukünftig beim Aufbau ihrer Strukturen gefördert werden. Wichtig ist, dass diese Mittel zusätzlich zur Verfügung gestellt werden und nicht bei anderen Integrationsmaßnahmen gekürzt wird. Auch in Niedersachsen existieren verschiedene Aktivitäten, um Migrantenselbstorganisationen besser zu fördern. Dazu gehört die Entwicklung von MiSO, einem Netzwerk, das aus

rund 30 MigrantInnenSelbstOrganisationen besteht und auch im Rahmen des Bundesförderprogramms unterstützt werden soll. Das Land Niedersachsen hat eine Richtlinie „Teilhabe und Vielfalt“ entwickelt. Bei der Umsetzung von förderfähigen Projekten ist die Kooperation mit MSO und die Berücksichtigung von Migranten eine wesentliche Voraussetzung für die Genehmigung der Projekte. Die stärkere Einbeziehung von MSO in die Verbandsarbeit und deren Strukturen ist auch ein wichtiges Anliegen des Paritätischen Niedersachsen, um sie beim Aufbau ihrer Netzwerke und bei der Akquise von Projektmitteln zu unterstützen. Darüber hinaus beteiligt sich der Paritätische an einem beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beantragten gemeinwesenorientierten Tandem-Projekt, das in Kooperation mit landesweit tätigen Migrantenselbstorganisationen durchgeführt werden soll.

„Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir begreifen Zuwanderung als Chance, ohne die damit verbundenen Herausforderungen zu übersehen.“

Koalitionsvertrag, S. 105

Residenzpflicht

Die räumliche Bewegungs-Beschränkung für Asylbewerber und Geduldete soll grundsätzlich nicht mehr nur auf den Landkreis, sondern auf das jeweilige Bundesland ausgeweitet werden. Aus Sicht des Paritätischen ist dies grundsätzlich zu begrüßen, da die Residenzpflicht eine un gerechtfertigte Einschränkung der Bewegungsfreiheit und unzumutbare Auflage für Betroffene bedeutet. In Niedersachsen wurde die Residenzpflicht bereits auf das Bundesland ausgeweitet und entsprechende Vereinbarungen mit Bremen getrof-

fen. Die komplette Abschaffung der Residenzpflicht wäre deshalb das Ziel, um die bundesweite Mobilität von Asylbewerbern und Geduldeten zu gewährleisten.

Aufenthaltsrecht

Der Koalitionsvertrag enthält eine Vereinbarung, nach der gut integrierte Ausländer aus Drittstaaten und deren Familien demnächst unabhängig vom Tag ihrer Einreise ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen können. Damit sollen Menschen, die sich mit ihren Familien hier integriert haben, eine berechtigte Aussicht auf eine Langzeitperspektive in Deutschland haben. Die Beurteilung für den Erhalt eines dauerhaften Bleiberechts soll sich v.a. danach richten, wie gut sich die Menschen innerhalb eines Zeitraums von sechs (Familien mit kleinen Kindern) bzw. acht Jahren integriert haben. Im Vorgriff auf diese geplante stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung hat der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius bereits Mitte Januar die Ausländerbehörden des Landes angewiesen, alle Ausländer, die von dieser Regelung profitieren könnten, nicht abzuschieben und in diesem Zusammenhang auch auf die beabsichtigte Neuregelung des § 25a AufenthG hingewiesen, demzufolge auch Familienangehörige (Eltern und minderjährige Geschwister) gut integrierter Jugendlicher bis zu deren Volljährigkeit aufenthaltsrechtlich begünstigt werden können.

Neben diesen zu begrüßenden Vereinbarungen in der Koalitionsvereinbarung fehlen uns deutlichere Hinweise und Positionierungen, z.B.

- bezgl. der zahlenmäßigen Aufstockung des Resettlement-Programms,

- der Entwicklung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für traumatisierte Flüchtlinge sowie
- der notwendigen Weiterentwicklung in Richtung eines Dublin-III-Vertrages.

In Niedersachsen wurden u.a. diese Themen ausführlich auf der Niedersächsischen Fachkonferenz für Flüchtlingsfragen diskutiert, für die im Jahr 2013 der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

die Federführung hatte (siehe Bericht Seite 33).

Regina Krome

Referentin Migration Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Die Große Koalition gegen Roma

Oder: Warum für Roma auf einmal alles sicher ist

„Wir wollen (den) Aufenthalt von Angehörigen der sicheren Herkunftsländer Bosnien und Herzegowina, EJR Mazedonien und Serbien in Deutschland schneller beenden“ (aus dem Koalitionsvertrag, Dez. 2013)

„Die Diskriminierung der Roma und anderer Minderheiten ist etwa in Serbien so umfassend, dass einem Großteil der Betroffenen der Zugang zu Arbeit, zu Bildung, zu medizinischer Versorgung, zu regulären Wohnungen und oft gar zu sauberem Trinkwasser verwehrt bleibt.“ (Pro Asyl, November 2013)

Die beiden Eingangzitate zeigen die deutliche Diskrepanz zwischen einem Vertrag, der dem Wohle des Volkes dienen soll und der Erkenntnis einer Menschenrechtsorganisation. Und tatsächlich werden Roma aus Serbien und Mazedonien seit geraumer Zeit meist schon nach zwei Monaten abgeschoben. Das juristische Hilfsmittel hierbei: Die Herkunftsländer wurden kurzerhand als für Roma sicher eingestuft. Hätte man keinen Kontakt zu Betroffenen, sowohl hier als auch in jenen sogenannten sicheren Herkunftsländern, dann wüsste man nicht, was man denken soll.

Gut also, dass es engagierte Betroffene gibt, die Auskunft erteilen können.

Zum Beispiel der für Roma-Fragen zuständige serbische Ombudsmann Saša Janković. Ihm zufolge gibt es 2013 zwar gewisse Fortschritte im Bereich der Bildung und Gesundheitsversorgung. Allerdings seien „die grundlegenden normativen, institutionellen, personellen und materiellen Voraussetzungen, [die nötig sind,] um die Ziele der Strategie [zur Integration der Roma] zu erreichen, noch nicht geschaffen“ worden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf eine Umfrage, die sein Amt unter Roma durchführte. Von insgesamt 500 Personen, die an der Umfrage teilnahmen, gaben 82% an, dass sich ihre Lebensbedingungen in den vergangenen fünf Jahren, (also seit Beginn der europäischen Roma-Dekade), nicht verbessert hätten.¹

Oder Ajrije Demir aus einem Roma-Ghetto im serbischen Tosin Bunar, einem Vorort von Belgrad: „Da oben wohnen die Serben. Manchmal werfen sie nachts Flaschen und Steine auf uns hier im

Ghetto herunter. Manchmal auch Molotow Cocktails.“²

Dies aber scheinen nicht die Quellen zu sein, aus denen die Bundesregierung ihr Wissen zieht. Sie beruft sich lieber auf das EASO, das European Asylum Support Office, das sich mit den Asylanträgen aus den westlichen Balkanstaaten beschäftigt. Das EASO meint, „die EU-Staaten wie auch die Herkunftsländer sind sich einig, dass die Asylanträge der Roma ökonomische Gründe haben.“³ Interviews mit den Betroffenen haben die Autoren allerdings nicht geführt – dies liege „außerhalb der zur Verfügung stehenden Ressourcen“ der EASO, heißt es in dem Papier.

Sinn macht die ministerielle Ignoranz gegenüber Diskriminierung und Antiziganismus nur vor dem Hintergrund der sogenannten Westbalkanstrategie. Mit ihr will Europa den Beitritt der Balkankandidaten begleitet wissen von der Möglichkeit, unliebsame Flüchtlinge problemlos dorthin wieder abschieben zu können. Vorbereitet und koloriert wird diese „Westbalkanstrategie“ von einem mehr oder minder offenen rassistischen

Diskurs über die Roma, der den ohnehin verbreiteten Antiziganismus in Deutschland wie in anderen EU-Staaten weiter bestärkt. Wohlfeile Erklärungen von Seiten der Beitrittsstaaten, garniert mit einer passenden Stimmung hierzu, das Boot sei voll, sollen also helfen, das Ziel im Koalitionsvertrag zu erreichen.

Bedenklich nur, dass es am Ende der Schlussfolgerungen des EASO-Papiers selbst in wenigen Zeilen heißt, dass sich kumulative Diskri-

minierung zu rassistischer Verfolgung summieren kann und darum eine individuelle Prüfung der Asylanträge aus den genannten Staaten erforderlich sei. So weisen Belgien oder die Schweiz im ersten Halbjahr 2013 Schutzquoten für Roma aus Serbien von über zehn Prozent aus. In Deutschland liegt diese im selben Zeitraum nahe null. Der pauschalen Ablehnungspraxis sollen nun durch die Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als „sichere Herkunftsländer“ die höheren Weihen verliehen werden.

Stefan Klingbeil
Göttinger Arbeitskreis zur
Unterstützung von
Asylsuchenden e.V.

¹ aus: Dr. Karin Waringo, Serbien – ein sicherer Herkunftsstaat von Asylsuchenden in Deutschland? Eine Auswertung von Quellen zur Menschenrechtssituation

² aus: Katrin Schnieders, Elvira Ajvazi „Von Belgrad bis Skopje“, Münster 2012

³ European Asylum Support Office: Support is our mission. Asylum applicants from the western balkans, comparative analyses of trends, push-pull factors and responses“

Bekanntnis für neues Teilhabegesetz begrüßt

„GroKo“ beschließt Reform der Eingliederungshilfe im Koalitionsvertrag

Mit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) im Jahre 2009 hat die Konvention bindenden Charakter für alle Rechtsebenen in Deutschland. Dies bedeutet auch, dass alle bestehenden Rechtsgrundlagen wie die Sozialgesetzbücher auf ihre Anwendbarkeit und Passung im Bezug auf die in der UN-BRK formulierten Menschenrechte für Menschen mit Behinderung überprüft werden müssen. Hinzu kommt, dass bereits vor der Ratifizierung von verschiedenen Seiten seit langem eine Überarbeitung der Eingliederungshilfe eingefordert wurde. Die große Koalition („GroKo“) trägt dem im Rahmen des Koalitionsvertrages an verschiedenen Stellen Rechnung:

- Es soll ein modernes Teilhaberecht unter Einbeziehung der

Bund-Länder-Finanzbeziehungen entwickelt werden.

- Die Kommunen sollen mit einem Bundesteilhabegesetz finanziell entlastet werden.

„In allen Bereichen des Lebens sollen Menschen mit Behinderungen selbstverständlich dazugehören – und zwar von Anfang an.“

Koalitionsvertrag, S. 110

- Im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes soll eine jährliche Entlastung von 5 Milliarden Euro erfolgen.
- Bereits vor Verabschiedung – ohne Haushaltsvorbehalt – soll eine Entlastung von 1 Milliarde Euro den Kommunen zugutekommen.
- Menschen mit einer wesentlichen Behinderung sollen aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ herausgeführt werden.

- Die Leistungen sollen sich am persönlichen Bedarf orientieren auf der Grundlage eines bundeseinheitlichen (Hilfepan-)Verfahrens.
- Die Einführung eines Bundesteilhabegeldes soll geprüft werden.

Die Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e.V. begrüßt die Berücksichtigung und damit das Bekanntnis der Bundesregierung für ein neues Bundesteilhabegesetz. Gleichzeitig bewerten wir sehr kritisch, dass mit der Neuorganisation der Teilhabeleistungen keine neue Ausgabendynamik entstehen soll. Diese Vorgabe stellt viele der fachlich richtigen Aussagen in Frage und wird damit zur Nagelprobe für die Einführung neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen.

Eine zentrale Forderung der Lebenshilfe, die Eingliederungshilfe

aus der Sozialhilfe herauszulösen und unabhängig von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen des Einzelnen zu erbringen, könnte sich ergeben mit der Aussage aus dem Vertrag, die Teilhabe am Leben aus dem „Fürsorgesystem“ herauslösen zu wollen. Damit wäre die Eingliederungshilfe keine Sozialhilfeleistung mehr und die Prinzipien der „Bedürftigkeit“ fänden keine Anwendung mehr. Die Lebenshilfe Niedersachsen würde dies außerordentlich begrüßen.

Die Ausgestaltung des Bundesteilhabegeldes ist mit dem formulierten Prüfauftrag noch völlig offen. Die Lebenshilfe fordert hier einen Betrag von 130 Euro. Dieses Geld soll nicht angerechnet werden auf andere Leistungen, sondern dem einzelnen Leistungsberechtigten zum Ausgleich individueller Nachteile dienen, die durch die bestehenden

Hilfen nicht gedeckt sind. Die aktuellen Nachrichten aus Berlin zeigen, dass ein neues Bundesteilhabegesetz doch nicht so schnell kommen wird, wie es noch vor der Bundestagswahl aussah. Gleichwohl wird die Diskussion um die zukünftige Ausgestaltung weiter geführt werden.

In Niedersachsen zeichnet sich aktuell eine beginnende Diskussion um eine Reform der Sozialhilfeverwaltung ab. In einer paritätisch besetzten Arbeitsgruppe des Sozialministeriums mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, der Freien Wohlfahrt und des Ministeriums wird aktuell eine Bewertung des bestehenden Systems in Niedersachsen vorgenommen, um anschließend Handlungsbedarfe daraus abzuleiten. Für die Lebenshilfe Niedersachsen sind hierbei zentral folgende Forderungen:

- kein Flickenteppich, wie wir ihn

zur Zeit bei ambulanten Leistungen erleben,

- ein Ansprechpartner für den Leistungsberechtigten – kein Verweisen auf andere Zuständigkeiten und
- unabhängige Beratung durch die klare Trennung von einer Budgetverantwortung.

Dafür braucht es aus Sicht der Leistungsberechtigten starke Fürsprecher, damit die Reformen am Ende nicht alleine unter dem Aspekt knapper Haushalte umgesetzt werden. Die Lebenshilfe Niedersachsen wird sich auch zukünftig zusammen mit Partnern für die Interessen von Menschen mit Behinderung einbringen und die politische Diskussion offen und kritisch zugleich begleiten.

*Holger Stolz
Lebenshilfe Landesverband
Niedersachsen e.V.*

Hoffnung keimt auf

Stellungnahme zum Hinweis auf Taubblindheit im Koalitionsvertrag

Wohl zum ersten Mal werden taubblinde Menschen, die äußerst kleine Untergruppe einer Minderheit, ausdrücklich im Rahmen eines Koalitionsvertrages genannt. Sind die Sensibilität und das Engagement der Politiker für Menschen, die ohne Hilfe von außen chancenlos sind, damit gestiegen?

Die unermüdliche politische Detailarbeit der Interessensverbände der Taubblinden, zu denen beispielsweise der Gemeinsame Fachausschuss Hörsehbehindert/Taubblind (GFTB), die Bundesarbeitsgemein-

schaft Taubblinder (BAT), die Arbeitsgemeinschaft der Einrichtungen und Dienste für taubblinde Menschen (AGTB) und der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV) gehören, scheint nun Früchte zu tragen. Dies lässt Hoffnung aufkeimen, dass man damit beginnt, dringende und längst überfällige Veränderungen der Gesetzeslage für Behinderte umzusetzen, wie eine Reform der Eingliederungshilfe und die Erarbeitung eines Bundesleistungsgesetzes verbunden mit der Prüfung zur Einführung eines Bundesteilhabegesetzes.

Dass zusätzlich sowohl die Menschen mit Behinderung als auch deren Interessensvertreter an diesen Prozessen beteiligt werden sollen, ist ein zielführender Weg zur Schaffung einer verbesserten Chancengleichheit für taubblinde und hörsehgeschädigte Menschen durch effektive Nachteilsausgleiche.

Doch ist ungebremste Euphorie an dieser Stelle wirklich angemessen? Leider mussten wir in den vergangenen Jahren erleben, dass allein die Einführung des Merkzeichens für taubblinde Menschen (TBL-



Merkzeichen) für den Schwerbehindertenstatus sich, trotz anfänglicher schneller Einigung in der Sozialministerkonferenz im Jahre 2012, bis heute im gesetzgeberischen Schwebezustand befindet und somit abschließend immer noch nicht umgesetzt wurde. Dass Papier geduldig ist, ist einerseits eine Binsenweisheit und andererseits traurige Wahrheit, gerade im politischen Umfeld.

Die Bundesregierung wird sich an den tatsächlich erreichten Ergebnissen messen lassen müssen. Exakt an dieser Stelle können die Politiker ihre Glaubwürdigkeit unter

„Der leichtere Zugang für Menschen mit Behinderungen zu Transportmitteln, Informationen und Kommunikation sowie zu Einrichtungen und Diensten ist unabdingbar. Die Lebenssituation taubblinder Menschen werden wir dabei besonders berücksichtigen.“

Koalitionsvertrag, S. 110

Beweis stellen und dafür sorgen, dass die Ankündigungen zur Schaffung neuer Gesetze für behinderte Menschen und somit die Realisierung der UN-Behindertenrechtskonvention kein Lippenbekenntnis bleiben. In diesem Kontext sollte nun die neue Regierungskoalition ihre Priorität auf die avisierten

Themen setzen und sich vorzugsweise stark machen für diejenigen Menschen, die zwingend auf die Hilfe Dritter angewiesen sind.

Ob den Worten auch wirklich Taten folgen werden, bleibt abzuwarten. Zweifellos wird es an einer aktiven Unterstützung und Mitarbeit der Betroffenen sowie der Interessensverbände der Taubblinden zur Umsetzung der vereinbarten Absichten aus dem Koalitionsvertrag nicht mangeln.

Rainer Freitag-Schlaugat
Deutsches Taubblindenwerk gGmbH

Bürgerschaftliches Engagement im Koalitionsvertrag

Wichtige Bedeutung erkannt, konkrete Erklärungen zur Finanzierung fehlen

„Unser Gemeinwesen ist auf die Zivilgesellschaft und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen.“ So beginnt im Koalitionsvertrag des Bundes der Passus zum bürgerschaftlichen Engagement. Man könnte nun vermuten, dass dieser Präambel ein ausführlicher, inhaltlich versierter Abschnitt folgt. Schließlich ist die grundlegende wichtige Bedeutung, die dem bürgerschaftlichen Engagement entgegen gebracht wird, klar herauszuhören. Doch die dem Einstieg folgende Erklärung, die sich auf eine halbe DIN A4 Seite beläuft, hat nicht viel konkreten Inhalt zu bieten – das bürgerschaftliche Engagement wird in dem Koalitionsvertrag wenig behandelt.



Unternehmerisches Engagement am Hamelner Freiwilligentag.

Möglichkeiten des Engagements sollen grundsätzlich weiter gefördert werden, doch auf die Erklärung der genauen Umsetzung wird verzichtet. Offen bleibt, wie der Bund bei

der Förderung die Grenzen des Föderalismus überwinden will und eine Stärkung auf kommunaler und regionaler Ebene erreichen kann. Ein einheitliches Engagementförderkonzept könnte in Form eines Bundesgesetzes zur nachhaltigen Förderung der Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen beitragen.

„Unser Gemeinwesen ist auf die Zivilgesellschaft und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Ihre Möglichkeiten zum Engagement wollen wir weiter fördern.“ Koalitionsvertrag, S. 111

Das Land Niedersachsen hat gerade die Förderung der Freiwilligenagenturen erhöht und erkannt, dass ehrenamtliche Arbeit langfristig nur mit professioneller Unterstützung gesichert werden kann. Ein Anfang ist gemacht.

Freiwilligenagenturen können den Puls der gesellschaftlichen Verän-

derungsprozesse, die relevant für die Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort sind, aufnehmen und umsetzen. Sie haben den direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. Die Umsetzung neuer Ideen und Aufgaben vor Ort kosten allerdings Zeit und Geld. Freiwilligenagenturen und Zentren, die unter den schwierigs-

ten wirtschaftlichen Bedingungen oft um die Existenz kämpfen müssen, verlieren Ressourcen für die Weiterentwicklung des wichtigen bürgerschaftlichen Engagements.

Nadja Kunzmann
 Paritätischer Hameln
 Freiwilligen Agentur

Ungleichgewicht zwischen Wirtschaft und Sozialem

Bewertung der europapolitischen Aussagen im Koalitionsvertrag

Der großen Bedeutung, die heute die Europapolitik für die nationalen Regierungen hat, trägt der Koalitionsvertrag immerhin insofern Rechnung, als dort in großer Ausführlichkeit auf die europäischen Belange und Themen eingegangen wird. Dabei stehen jedoch Themen wie „Herausforderungen – Europas Weg aus der Krise“, „Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion“ und „Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ sehr im Mittelpunkt, während der Bereich „Soziale Dimension stärken, Beschäftigung schaffen, Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen“ zwar auch behandelt, aber gleichzeitig „mit Blick auf die primäre Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für Sozialpolitik...“ die Grenzen in diesem Bereich sofort aufgezeigt werden. Das ist aus Sicht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., der sich für die Interessen der sozial Benachteiligten einsetzt, deutlich zu wenig.

Nun kann sicher nicht sofort eine Zuständigkeit der EU auch für soziale Themenfelder eingefordert

werden. Nach den derzeitigen Regelungen bleibt es aber bei dem massiven Ungleichgewicht zwischen europäischen Maßnahmen für Wirtschaftsbelange auf der einen Seite und sozialen Themen auf der anderen Seite. Solange in Europa wichtige Bereiche im Sozialen ausgeklammert bleiben, Gelder aus der EU-Förderung zum übergroßen Teil an die gewerbliche Wirtschaft fließen, während die Sozialwirtschaft darauf nur sehr eingeschränkten Zugriff hat, solange müsste die Bundesregierung dieses Ungleichgewicht bemängeln und versuchen, hier zumindest Fördermöglichkeiten einzufordern.

„Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Krise in Europa zu überwinden und einen neuen Aufbruch für ein politisch und wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa zu schaffen.“

Koalitionsvertrag, S. 156

Es zeigt sich jedoch, dass die Große Koalition den Schritt der EU, die Sozialwirtschaft stärker zu berücksichtigen, noch nicht mitgemacht hat. Während sich der-

zeit auf EU-Ebene viele Veranstaltungen und Publikationen mit der Sozialwirtschaft insgesamt, Sozialunternehmern und sozialen Innovationen beschäftigen, klammert der Koalitionsvertrag diese Bereiche im Europabezug weitgehend aus. Die Europäische Union ist hier also deutlich weiter als die Regierungsfractionen.

Abschließend bleibt festzustellen, dass der Koalitionsvertrag zum sozialpolitischen Europa nur sehr allgemeine Feststellungen enthält. Ambitionierte Weichenstellungen zum Vorteil sozial benachteiligter Menschen sind dagegen nicht zu finden.

Annette von Pogrell
 Europa-Referentin
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e.V.

Überraschung für Uelzen

Paritätische Jahreskonferenz 2014 und Paritätischer Sozialpreis 2013

„Herausforderungen des Demografischen Wandels für den Paritätischen Niedersachsen“ lautete das Thema, zu dem der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. auf seiner diesjährigen Paritätischen Jahreskonferenz (PJK) am 22. und 23. Januar 2014 gearbeitet hat. Die von der Glücksspirale geförderte Veranstaltung fand in Barsinghausen statt. An beiden Arbeitstagen standen neben Impulsreferaten vor allem die Arbeit und Diskussion in Kleingruppen zu Teilaspekten des Oberthemas an. So wurden in einer Gruppe Nachbarschaftsmodelle und das Prinzip der Dorfmoderation vorgestellt und besprochen, in einer anderen über „Migranten und demografischer Wandel“ informiert.

Nach der Eröffnung der PJK durch Christian Boenisch, Vorsitzender des Paritätischen Niedersachsen, stand ganz unvermittelt der Kreisverband Uelzen im Mittelpunkt des Geschehens. Geschäftsführer Stefan Müller-Teusler durfte, stellvertretend für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den Paritätischen Sozialpreis 2013 entgegen nehmen. Mit dem mit 1500 Euro dotierten Paritätischen Sozialpreis bringt der Landesverband jedes Jahr seine hohe Anerkennung und seinen Dank für das beispielhafte soziale Engagement zum Ausdruck.

Mit dem Projekt „Veerßer Straße“ hat der Paritätische Uelzen die Idee für ein Sozialzentrum entwickelt, in dem die Mitgliedsorganisationen gemeinsam mit den verbandseigenen Diensten die Herausforderungen des demografischen Wandels angehen. In



Christian Boenisch (rechts) und Abteilungsleiter Harald Fischer (links) überreichten den Paritätischen Sozialpreis 2013 an Stefan Müller-Teusler.

dem neuen Sozialzentrum im Gebäude der ehemaligen Landwirtschaftsschule sind neben der Palette der ambulanten Dienstleistungen (Ambulante Pflege, Hausnotruf, Mahlzeitendienst, Beförderungsdienst, Assistenzdienstleistungen) neun barrierefreie Wohnungen und eine teilstationäre Tagespflege entstanden. Mitgliedsorganisationen haben die Möglichkeit, sich hier zu treffen, sich auszutauschen und ihre Dienste aufeinander abzustimmen. Professionelle und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergänzen sich mit ihren Kompetenzen und Fähigkeiten und tragen so dazu bei, dass alte und Menschen mit Behinderungen ihrem Wunsch entsprechend zu Hause wohnen bleiben können. Das Projekt sei beispielgebend auch für

andere Paritätische Kreisverbände, erklärte Christian Boenisch in seiner Laudatio.

Stefan Müller-Teusler nahm den Preis entgegen und dankte auch seiner Amtsvorgängerin Gudrun Schwarz. „Wir haben damit überhaupt nicht gerechnet und freuen uns nun umso mehr“, sagte der überraschte Geschäftsführer. Das Preisgeld wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kreisverband Uelzen zugute kommen. „Wir werden damit diese Auszeichnung alle gemeinsam gebührend feiern“, sagte Stefan Müller-Teusler.

Anika Falke
 Pressereferentin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.



Von links: Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer Paritätischer Gesamtverband, Dorothea Pitschnau-Michel, Verbandsratsvorsitzende und Kurt Spannig, stellv. Verbandsratsvorsitzender Paritätischer Niedersachsen, und Birgit Eckhardt, stellv. Vorsitzende Paritätischer Niedersachsen.



1 Der Vorsitzende Christian Boenisch, die Verbandsratsvorsitzende Dorothea Pitschnau-Michel und die stellv. Vorsitzende Birgit Eckhardt (von links, alle Paritätischer Niedersachsen) begrüßen Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, der auf der PJK zum Thema „Sozialpolitische Forderungen im Kontext des Demografischen Wandels“ referierte.



2 Christian Boenisch bei seiner ersten Eröffnung einer Paritätischen Jahreskonferenz.

3 Friederike Husherr von der Demografie-Agentur für die Niedersächsische Wirtschaft bei ihrem Vortrag zu Betrieblichen Handlungsfeldern.



4 Sympathisch und lebensnah vorgetragen: Renate Barthel vom Seniorenbeirat Uelzen erntete viel Applaus zu ihren Ausführungen unter dem Motto „Alt werden ist nichts für Feiglinge – aber es lohnt sich!“

5 Tipps zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften gab Gabriele Blüm in ihrem interaktiven Vortrag mit Gruppenworkshops am zweiten Veranstaltungstag.



Niedersächsische Fachkonferenz für Flüchtlingsfragen

Federführung des Paritätischen im Jahr 2013

Die Niedersächsische Fachkonferenz für Flüchtlingsfragen ist ein auf Landesebene tätiges Gremium von ExpertInnen zu Asyl- und Flüchtlingsfragen. Es wurde Ende der achtziger Jahre gegründet, um einen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen RechtsanwältInnen und den in Flüchtlingsfragen engagierten Verbänden und Organisationen zu gewährleisten. So verlieren AnwältInnen und RechtsberaterInnen nicht den praktischen Bezug zu Problemen der Flüchtlingssozialarbeit und umgekehrt werden die MitarbeiterInnen aus der Praxis von kompetenter Seite über rechtliche Aspekte unterrichtet.

Die Fachkonferenz tagt vier Mal im Jahr, wobei die Federführung jährlich unter den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege wechselt. Im Jahr 2013 war der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. für die Federführung zuständig und hat an der Vorbereitung der Fachtagung in der Evangelischen Akademie Loccum in Niedersachsen mitgewirkt. Inhaltlich wurden 2013 die wesentlichen Aspekte der niedersächsischen Flüchtlingspolitik sowohl aus rechtlicher wie aus fachlicher Sicht diskutiert. Dazu gehörten vor allem:

Die Situation in den Landesaufnahmeeinrichtungen (Friedland, Bramsche, Braunschweig)

Aufgrund der Zunahme der Flüchtlingszahlen sind die Landesaufnahmeeinrichtungen gut ausgelastet. Die Flüchtlinge kommen vor allem im Rahmen des festgelegten Kon-

tingents (10.000 syrische Flüchtlinge aus dem Libanon), im Rahmen des bundesweiten Resettlement-Programms (die dauerhafte Neuansiedlung besonders gefährdeter Flüchtlinge in einem zur Aufnahme bereiten Drittstaat, seit 2012 jährlich 300) oder auf eigene Faust als Asylbewerber nach Deutschland. Niedersachsen nimmt nach dem Königsteiner Schlüssel 9,3 % aller Flüchtlinge bundesweit auf und bereitet diese zunächst in zweiwöchigen „Wegweiskursen“ auf das Leben in Deutschland vor. Die rot-grüne Koalition in Niedersachsen verfolgt das Ziel, die Landesaufnahmeeinrichtungen nicht mehr als Gemeinschaftsunterkünfte zu führen, sondern nur noch als Erstaufnahmeeinrichtungen und Beratungsanstalten. Das heißt, dass der Aufenthalt der Flüchtlinge in der Regel weit unter drei Monaten liegen soll und eine schnelle dezentrale Unterbringung in den Kommunen angestrebt wird. Dies wiederum führt in vielen Kommunen zu Unterbringungsschwierigkeiten, da neue Flüchtlingsheime gebaut und andere Immobilien als Wohnstätten für Flüchtlinge umgerüstet werden. Neben Auseinandersetzungen und Konflikten mit der Bevölkerung haben sich aber auch vielerorts Gruppen und Initiativen gegründet, um die Flüchtlinge Willkommen zu heißen und sie nach Kräften zu unterstützen.

Asylbewerberleistungsgesetz
Lange war es üblich, im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes den Anspruchsberechtigten Gutscheine auszuhändigen, mit denen

sie in bestimmten Läden ihre Einkäufe erledigen und den Bedarf an notwendigen Dingen decken konnten. Diese diskriminierende Form der Leistungserbringung wurde auch von der Wohlfahrtspflege als unmenschlich und würdelos kritisiert. Bereits Ende Februar 2013 wurde vom Niedersächsischen Ministerium ein Erlass veröffentlicht, mit dem diese Handhabung abgeschafft werden sollte: Den Leistungsbehörden und Kommunen wird es nunmehr überlassen, die Leistungen zur Deckung des physischen Existenzminimums auch in Form von Geldleistungen zu gewähren. Mittlerweile haben fast alle Kommunen in Niedersachsen auf das System der Bargeldleistungen umgestellt. Ungeklärt ist dagegen zur Zeit noch das Problem, dass viele Flüchtlinge Schwierigkeiten haben, ein Konto zu eröffnen, was viele Betroffene ebenfalls als diskriminierend empfinden. Entsprechende Verhandlungen mit den Sparkassen sind seitens der Landesregierung geplant.

Härtefallkommission (HFK)

Das Härtefallverfahren ist eine im Aufenthaltsgesetz verankerte, aber nicht justiziable Sonderregelung, um individuelle Lebensumstände von Flüchtlingen und Asylbewerbern berücksichtigen zu können. Es wurde für Fälle geschaffen, in denen ein Aufenthaltsrecht nach den rechtlichen Vorschriften nicht gewährt werden kann, aber aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen gewährt werden sollte. Darüber zu entscheiden ist Aufgabe der HFK, an die sich

jeder mit einer Eingabe wenden kann. Die LAG Freie Wohlfahrtspflege hatte Ende 2012 ihre Mitarbeit in der Niedersächsischen Härtefallkommission aufgekündigt, weil aus ihrer Sicht die damals zugrunde liegende HFK-Verordnung dem Anspruch auf einen humanitären Umgang mit den Flüchtlingen nicht gerecht wurde. Durch die mittlerweile erfolgten Änderungen insbesondere in Bezug auf die Nichtannahmegründe, auf das Quorum und insgesamt auf die Zusammensetzung und die Verfahrensweise der Härtefallkommission hat die LAG FW ihre Mitarbeit wieder aufgenommen und Vertreter für die HFK benannt. Auch aus dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat und dem öffentlichen Gesundheitswesen sind jetzt Mitglieder in der HFK vertreten. Um die Qualität der Eingaben weiter verbessern zu können, wurde die Arbeitshilfe im Umgang mit der Antragsstellung seitens der LAG FW überarbeitet und veröffentlicht.

Das Dublin-System in der EU (Dublin II)

Die Aufnahme von Flüchtlingen bzw. die Durchführung eines Asylverfahrens geschieht in Europa in dem Land, in dem der Flüchtling das erste Mal die EU betritt. Dies regelt das sogenannte Dub-

lin-System. Mittlerweile gibt es ein breites gesellschaftliches Bündnis (darunter auch der Paritätische Wohlfahrtsverband), das eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Flüchtlingspolitik fordert. Im Kern geht es dabei um eine Änderung des Dublin-Systems, also um die Frage, welcher Staat für die Prüfung der Asylanträge zuständig ist. Als Alternative zum derzeitigen System (Dublin II) sollen die Flüchtlinge zukünftig u.a. selbst über das Land entscheiden, in dem sie leben und das Asylverfahren durchführen möchten (Dublin III). Die freie Entscheidung, sich dort niederzulassen, wo z.B. bereits andere Angehörige oder Bekannte leben, trägt im Interesse aller zu besserer und schnellerer Integration der Flüchtlinge bei.

Flüchtlinge aus Syrien

Vor dem Hintergrund der anhaltenden gewalttätigen Auseinandersetzungen im syrischen Bürgerkrieg hat die Bundesregierung entschieden, ein Kontingent von mittlerweile 10.000 syrischen Flüchtlingen aufzunehmen. Diese kommen in Deutschland alle in Hannover an, werden über die Niedersächsischen Landesaufnahmeeinrichtungen Friedland und Bramsche aufgenommen und dann auf die verschiedenen Bundesländer verteilt. Die Auswahl

der Flüchtlinge geschieht vor Ort in Kooperation mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR, wobei die meisten aus dem Libanon kommen, da die Situation dort zur Zeit besonders prekär ist und das Land mit der Aufnahmesituation komplett überfordert ist. Weiterhin soll es für die in Deutschland bereits lebenden Syrer erleichtert werden, ihre Familien und weitere Angehörige – über das geplante Kontingent hinaus – nach Deutschland zu holen. Mittlerweile sind dazu von den meisten Bundesländern, so auch von Niedersachsen, Aufnahmebedingungen erlassen worden. Die Angehörigen müssen in der Regel eine Verpflichtungserklärung unterschreiben, in der sie die räumlichen und finanziellen Ressourcen zur Unterbringung der Angehörigen offenlegen. Allerdings werden im Vergleich zu anderen Ländern in Niedersachsen die geringsten Anforderungen an die Bonitätsprüfung im Rahmen der Verpflichtungserklärung gestellt. Unklar ist derzeit noch, ob auch die Krankenversicherungskosten für die Flüchtlinge von der Landesregierung Niedersachsen übernommen werden, wie es in vielen anderen Ländern bereits geklärt ist.

*Regina Krome
Referentin Migration*

Plädoyer für ambulante sozialpädagogische Maßnahmen

Arbeitskreis Straffälligenhilfe im Gespräch mit der Sozialministerin

Niedersachsen verfügt derzeit noch über ein flächendeckendes Netz von sogenannten ambulanten sozialpädagogischen Projekten für straffällig gewordene Jugendli-

che, allein im Jahr 2012 erreichten diese Maßnahmen mehr als 6000 Jugendliche. Dieses Netzwerk ist, wie viele andere soziale Projekte auch, akut von Unterfinanzierung

bedroht, einzelne Projektträger sehen bereits keine Möglichkeiten mehr, ihre Angebote auch zukünftig unter den derzeitigen finanziellen Bedingungen aufrecht zu er-

halten. Vor diesem Hintergrund traf sich der Arbeitskreis Straffälligenhilfe des Paritätischen Anfang Februar 2014 mit Sozialministerin Cornelia Rundt zu einem Gespräch, um auf diese Situation aufmerksam zu machen.

Dabei stellten die Vertreter der ambulanten Maßnahmen im Arbeitskreis, Frido Ebeling vom Lüneburger Albert-Schweizer-Familienwerk und Thomas Tugendheim von Kwabsos e.V. in Hildesheim, die Arbeit ihrer Einrichtungen vor und wiesen im Anschluss darauf hin, dass es 2003 eine Kürzung der Finanzmittel um 300.000 Euro gegeben habe und man seitdem von Landesseite keinerlei Erhöhung in diesem Bereich erfahren habe. Zwar sei die Finanzierung der verschiedenen Projektträger sehr heterogen, die ersten Träger überlegten aber, aufgrund der massiven finanziellen Probleme, ihre Angebote ganz einzustellen. Damit wäre das flächendeckende Netz, auf das Niedersachsen zu Recht seit gut 30 Jahren stolz ist, zerstört.



Von links: Arbeitskreis (AK)-Vorsitzender Hans-Dieter Abele, AK-Mitglieder Henning Voss und Frido Ebeling, Ministerin Cornelia Rundt, Abteilungsleiterin Lara Sebo sowie die AK-Mitglieder Marian Goiny und Thomas Tugendheim.

Ministerin Rundt, der die finanzielle Notlage der Einrichtungen noch aus ihrer Zeit als Vorstand des Paritätischen Niedersachsen bestens bekannt ist, äußerte großes Verständnis für die Situation der Träger und sagte eine Prüfung aller Möglichkeiten zu. Allerdings wies sie gleichzeitig auf den engen finanziellen Spielraum der Landesregierung hin.

Weitere Themen, die angesprochen wurden, waren die Ausstat-

tung der Projekte für die Arbeit mit Tätern häuslicher Gewalt, die besondere Lage von straffällig gewordenen jungen Erwachsenen, die immer öfter nicht die benötigten Angebote erhalten können, sowie die Frage der Mitarbeit im neuen Landesjugendhilfeausschuss.

Annette von Pogrell
 Fachreferentin Straffälligenhilfe

Größter Interessenverband der Rentner, Sozialversicherten, behinderten Menschen

- Rat
- Hilfe
- Rechtsschutz

für Mitglieder in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN



www.endlichhandeln.de

Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V.
 Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg
 Telefon: 0441-210290, Telefax: 0441-2102910
 eMail: niedersachsen-bremen@vdk.de

www.vdk.de/niedersachsen-bremen

Schulprojekt mit überzeugenden Ergebnissen

Präventions- und Bildungsprojekt „Jedem Kind (s)eine Chance geben“

Das Zentrum für integrative Lerntherapie e.V. (ZiL) unterstützt seit über 30 Jahren Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Lern- und Leistungsstörungen, schwerpunktmäßig Legasthenie und Dyskalkulie. Die vielfältigen Erfahrungen und Erfolge im Umgang mit Kindern mit Teilleistungsstörungen bezogen auf das Lesen, Schreiben und Rechnen, die immer wieder notwendigen Diskussionen über Nachteilsausgleich, Chancengerechtigkeit und Möglichkeiten und Grenzen schulischer Förderung haben uns ermutigt, ein Projekt zu entwickeln, das Ideen aus der Lerntherapie in Schule übertragen kann. Über dreieinhalb Jahre haben wir Kinder, Eltern und Lehrerinnen begleitet und mit ihnen gemeinsam eine Weiterentwicklung der individuellen Förderung am Beispiel der Rechtschreibung professionell umgesetzt.

Was war das Ziel?

Ziel des vorliegenden Präventions- und Bildungsprojektes war der Nachweis, dass eine gezielte, individuell abgestimmte Förderung in Anlehnung an die integrative Lerntherapie zu einem möglichst frühen Zeitpunkt (Beginn 2. Schuljahr) sich als besonders effektiv erweist. Zusätzlich sollte gezeigt werden, dass Kinder mit Migrationshintergrund von diesem Vorgehen besonders profitieren. Als Kontrollgruppen standen eine weitere Grundschule sowie die vierten Klassen der beiden Experimentalschulen zur Verfügung.

Wie war das Vorgehen?

Insgesamt 144 Kinder der 2. Klassen wurden nach einer Eingangstestung,

ergänzt durch Entwicklungsberichte der Lehrerinnen, in vier Förderstufen eingeteilt. Die besonders förderbedürftigen Kinder wurden in Kleingruppen (3 Schüler) zusätzlich zum regulären Unterricht einmal



Szene der integrative Lerntherapie.

wöchentlich eine Schulstunde lang durch angeleitete Kräfte gefördert (ZiL-Förderung). Zusätzlich wurden die Lehrkräfte der Experimentalschulen fortgebildet und beraten und Eltern durch Sprechstunden und Themen-Eltern-Abende einbezogen.

Welche Ergebnisse wurden erzielt?

Nach zwei Jahren zeigten die ZiL-Förderkinder hoch signifikante Verbesserungen in ihrer Rechtschreibleistung, die Migrationskinder scheinen dabei in besonderem Maße zu profitieren. Die Schüler der Experimentalgruppen zeigten in der Verlaufsmessung bessere Rechtschreibleistungen als die Schüler der Kontrollgruppe. Die Diagnostik, Einstufung und gezielte, ganz individuell zugeschnittene Förderung rechtschreibschwacher Kinder zu Beginn

der 2. Klasse in der Schule hat sich als effektiv erwiesen. Hilfreich war dabei insbesondere die Differenzierung nach vier Förderstufen (adaptives Förderkonzept), nämlich

1. binnen differenzierend im Unterricht (individuelle Förderung einzelner Lernender innerhalb der gesamten Gruppe),
2. in einer individualisierten schulischen Fördergruppe,
3. in zusätzlich installierten Kleingruppen mit angeleiteten Fachkräften und
4. in der außerschulischen Lerntherapie in Kooperation von Schule und Jugendhilfe.

Inwieweit haben die Kolleg/-innen profitiert?

In einer Zwischenbilanz an beiden Experimentalschulen ein Jahr nach Projektstart wurden als besonders hilfreiche Aspekte des Präventions- und Bildungsprojektes die Schärfung des Blickes auf die Probleme, die Diagnostik mit qualitativer Fehleranalyse als Basis für eine adäquate Förderung, gutes Fördermaterial, zusätzliche Kleingruppenförderung durch angeleitete Studentinnen zur Entlastung und Fallbesprechungen im Team genannt.

Welche Fragen bleiben (noch) offen?

Die einhergehende zusätzliche Qualifizierung aller LehrerInnen hat sich offensichtlich positiv ausgewirkt. Die ressourcenorientierte Haltung und die systemische Arbeit unter Einbezug der LehrerInnen und Eltern haben zu den Erfolgen beigetragen. Offen bleibt, welche konkreten Auswirkungen

diese Aspekte auf die Ergebnisse hatten.

Die abschließenden Interviews mit den SchulleiterInnen zeigen, dass die folgenden Ziele im Sinne von Nachhaltigkeit erreicht wurden: regelmäßige Testung und Analyse, gezielte Zuordnung des Förderbedarfs in den Lernentwicklungskonferenzen, Nutzung des lerntherapeutischen Konzeptes in der Schule, gemeinsame Nutzung von Fördermaterial für die individuelle Passung, Lerntherapie im Angebot der Offenen Ganztagschule.

Als Bedingungen für eine erfolgreiche Förderung im Sinne adaptiver Indikation in der Schule wurden folgende Aspekte bestätigt:

- Gute therapeutische Beziehung – offene, ressourcenorientierte Haltung,
- Adäquate Qualifikation für Diagnostik und Förderung,
- Einbeziehung aller Schüler/-innen (→ Inklusionsgedanke),
- Genügend Förderstunden und ein flexibler Umgang damit,
- Ressourcen für kollegiale Fallbesprechung.

Dieses Projekt wurde durch die finanzielle Unterstützung von vier Braunschweiger Stiftungen ermöglicht. Es profitieren betroffene Kinder, ihre LehrerInnen und Eltern und letztlich die Gesellschaft, weil diesen Kindern eine ihren Fähigkeiten angemessene Schullaufbahn eröffnet wird. Aktuell haben drei weitere Braunschweiger Grundschulen ihr Interesse an einer entsprechenden Weiterqualifizierung bekundet, die zeitnah umgesetzt werden wird.

*Synöwe Kauer und Angelika Nühlig
Zentrum für integrative
Lerntherapie e.V. (ZiL)*

Familienwochenenden und Elterntage

Ein Projekt des Kinderschutzbundes Cloppenburg

Der Deutscher Kinderschutzbund Kreisverband Cloppenburg e.V. führt seit 2008 jährlich fünf Familienwochenenden durch, aus denen sich zwei jährliche Elterntage entwickelt haben. Das Angebot ist kostenlos und richtet sich an alle Familien, die vom Kinderschutzbund im Rahmen der Jugendhilfemaßnahme Sozialpädagogische Familienhilfe (SpFH) betreut werden und an befreundete oder bekannte Familien. Dieses Angebot als Kombination von SpFH, erlebnispädagogischem Freizeitangebot und der Möglichkeit, sich über Erziehungsfragen auszutauschen, ist bundesweit einmalig. Das Konzept ist aus der praktischen Arbeit heraus von den Mitarbeitern des Kinderschutzbundes entwickelt worden. Es wird jährlich evaluiert und den Bedürfnissen der Familien angepasst.

Ziel der Familienwochenenden ist es, durch positive Familienerlebnisse



Ziel der Familienwochenenden ist es, durch positive Familienerlebnisse und sinnvolle Freizeitgestaltung die Kommunikation in der Familie zu stärken und Wege für ein gewaltfreies und medienunabhängiges Miteinander aufzuzeigen.

se und sinnvolle Freizeitgestaltung die Kommunikation in der Familie zu stärken und Wege für ein gewaltfreies und medienunabhängiges Miteinander aufzuzeigen. An jedem Wochenende nehmen drei bis fünf Familien teil. Zusammen mit dem Team ergibt sich eine Teilnehmerzahl zwischen 18 und 26 Personen. Der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) spricht mit den Familien-

wochenenden Familien an, die im Rahmen von Sozialtherapeutischer Familienhilfe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DKSB betreut werden. Sie leben meistens in angespannten finanziellen Verhältnissen, auch ist die Wohnsituation häufig beengt. Sie gehören zu den randständigen Gruppen unserer Gesellschaft und bekommen nur wenig oder selten soziale Anerken-

nung. Kinder und Jugendliche sind im besonderen Maße von einer derartigen sozialen Lage betroffen. Ihre gesellschaftliche Teilhabe ist eingeschränkt, was sie in ihrer sozioemotionalen Entwicklung behindert und ihr ohnehin schon geringes Selbstwertgefühl negativ beeinflusst. Das führt zu einer Stigmatisierung aller Familienmitglieder, die eine hohe Alltagsbelastung darstellt.

Dadurch, dass sich die Familienmitglieder in einer nicht alltäglichen Umgebung begegnen, sind sie für neue Erfahrungen offen und erleben sich und ihre Familien in einem positiven Situationskontext. Daraus entstehen untereinander veränderte Beziehungs- und Kommunikationsstrukturen. Sie bekommen eine positiv veränderte Wahrnehmung ihrer eigenen Person und Familie. Aus dieser heraus bekommen sie neue Motivation, mit der sie, begleitend und unterstützt von den Mitarbeitern des Kinderschutzbundes, ein besseres Selbstwertgefühl und Veränderungen im Alltagsleben ihrer Familie entwickeln können.

Die Durchführung der Familienwochenenden orientiert sich an den Prinzipien des helfenden Handelns, die für alle Mitarbeiter des Kinderschutzbundes verbindlich sind: Transparenz, Wertschätzung, Ressourcenorientierung und Partizipation. Durch die Zusammensetzung der Teilnehmer wird auch ein innerdeutscher/multinationaler kultureller Austausch möglich. Das Miteinander-Leben an einem Wochenende fördert so das gegenseitige Verständnis und die Integration.

Zwei Kurzberichte der Familienwochenenden (FWE) im Jahr 2013 sol-

len hier beispielhaft die Erfahrungen der Teilnehmer wiedergeben:

- März 2013, Bissel, Thema „Spätrechtsschlafengehen“, Teilnehmer (TN) sieben Erwachsene, zehn Kinder, 5 Teammitglieder: Das Frühlingserwachen und das bewusste Wahrnehmen der kommenden Jahreszeit wurde durch die Wetterbedingungen ein wenig erschwert. Das, was das Wetter nicht schaffte, wurde durch die Offenheit und gute Stimmung der TN ausgeglichen. Die bewährten Strukturen ermöglichten allen TN, sich in einem oder mehreren Angeboten bestätigt zu fühlen. Emotional gestaltete Programmpunkte (Lichterpyramide) bewirken ein großes Maß an Offenheit und Bereitschaft, diese Zeit miteinander zu gestalten. Eine großer Wunsch nach Gesprächen spiegelte den vertrauensvollen Umgang untereinander und zum Team wieder. Eine durch das Wetter bedingte Improvisation wurde beibehalten: die Reflexionen des FWE finden seitdem gemeinsam statt und ergeben gute konstruktive Spiegelungen für die Familien.
- Juni 2013, Soesteheim Friesoythe, Thema: „Sommer der Schmetterlinge“, Teilnehmer acht Erwachsene, elf Kinder, vier Teammitglieder: Das Selbstversorgerhaus erforderte eine größere Einbeziehung der TN in die Alltagsstruktur. Neben den spielerischen und kreativen Bereichen muss hier auch der Versorgungsbereich sichergestellt werden. Die TN sind gerne bereit, sich in diesen Bereich einzubringen. Dadurch, dass nun konstant mehr Väter bzw. Le-

benspartner an den FWE teilnehmen, erweitert sich auch das Kreativangebot. Neue Techniken und Werkstoffe reizen nicht nur die Männer, sondern fordern ebenso Frauen und Jugendliche heraus, sodass in Teamarbeit so manches gemeinsame Werk entsteht, das dann die gemeinsamen Wohnung zierte und über das Wochenende hinaus gemeinsame Stärken und eigene Fähigkeiten sichtbar macht. Die nachhaltige Wirkung darf nicht unterschätzt werden.

Aus den Familienwochenenden hat sich der Elterntag entwickelt. Ziel ist, dass die teilnehmenden Mütter und Väter ihre Erziehungsfähigkeiten erkennen, nutzen und weiterentwickeln können. Die beiden Elterntage 2013 wurden zu den Themen „Umgang mit pubertierenden Jugendlichen“ und „Gewalterfahrungen in der Partnerschaft und in der Erziehung der Kinder“ abgehalten.

Das Familienwochenende und der Elterntag ist für die Teilnehmer kostenlos. Der Landkreis Cloppenburg finanziert 85 % der Kosten, der Rest muss durch Spenden finanziert werden. Die Termine für das Jahr 2014 sind:

Familienwochenenden:
21. bis 23.3.2014,
23. bis 25.5.2014,
18. bis 20.7.2014,
10. bis 12.10.2014 und
12. bis 14.12.2014;

Elterntage:
21.6.2014 und 22.11.2014.

*Dr. Irmtraud Kannen
Deutscher Kinderschutzbund
Kreisverband Cloppenburg e.V.*

AIDS-Aufklärung für Gehörlose

Hildesheimer AIDS-Hilfe und LBZH stellen neues Medium vor

Dass die allgemeine Aufklärung über AIDS für die Schülerinnen und Schüler des Landesbildungszentrums für Hörgeschädigte (LBZH) wichtig ist, darüber waren sich die PädagogInnen und die MitarbeiterInnen der paritätischen Mitgliedsorganisation Hildesheimer AIDS-Hilfe e.V. schon lange einig. Und bei ihren Präventionsveranstaltungen arbeitet die AIDS-Hilfe auch bei Hörenden gern mit Piktogrammen. Diese zeigen verschiedene Situationen aus dem Lebensalltag und laden dazu ein, sich mit dem Thema „Risiko und Schutz“ auseinanderzusetzen. Insofern konnten die Gruppen des LBZH immer auch mit Bildern arbeiten. Trotzdem fehlte Aufklärungsmaterial, das in einfachen Worten und Bildern die Grundbegriffe (Was ist AIDS?) erklärt, die Übertragungswege des HI-Virus beschreibt, die richtige Anwendung von Kondomen zeigt und das gleichzeitig für hörgeschädigte Jugendliche und junge Erwachsene geeignet ist. Anfragen bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA, Köln) und der Deutschen AIDS-Hilfe (DAH e.V., Berlin) ergaben, dass die Herstellung von entsprechenden Medien in absehbarer Zeit nicht geplant war.

So kam es, dass die Hildesheimer AIDS-Hilfe vor zwei Jahren kurzerhand selbst eine Power-Point-Präsentation „für den Hausgebrauch“ erstellte. Dafür entnahm sie einige Abbildungen aus einer 1996 von der DAH herausgegeben Broschüre „Informationen (nicht nur) für gehörlose Schwule“. Gleichzei-

tig fasste sie den Vorsatz, Gelder zu akquirieren, um mit einem professionell erstellten Medium arbeiten zu können, das auch anderen AIDS-Hilfen zur Verfügung stehen könnte. Im Juni 2012 begann die Zusammenarbeit mit Simo-



ne Mörsch, Pädagogin im LBZH, und Jörg Apel, Modellbauer und nebenbei u.a. Stadtführer für Gehörlose und Webmaster des Allgemeinen Gehörlosenvereins von 1898 zu Hildesheim e.V. Als erstes Ergebnis wurde die Power-Point-Präsentation verbessert. Das bedeutete zunächst: Die Anregungen der beiden Fachleute und einer kleinen Gruppe von SchülerInnen in Bezug auf einfachere Sprache und unmissverständliche Bilder wurden von der AIDS-Hilfe aufgenommen und umgesetzt

Bei den gemeinsamen Besprechungen lernten die beiden MitarbeiterInnen der Hildesheimer AIDS-Hilfe, worauf es bei der Wissensvermittlung an Hörgeschädigte und Gehörlose ankommt. Ein großes Glück war, dass sie mit ihrem Anliegen bei Simone Mörsch

und Jörg Apel auf großes Interesse und besonderes Engagement trafen. Durch die vielfältigen Fähigkeiten von Jörg Apel ist dann aus dem vorhandenen Material eine DVD entstanden, an deren Inhalt er konzeptionell mitgearbeitet hat, deren Texte er gebärdet und sich dabei aufgenommen und alles in einer ansprechenden Form gestaltet hat. Dabei kam es allen Beteiligten darauf an, in relativ kurzer Zeit über ein Medium zu verfügen, das sie bei ihrer Arbeit in der Schule und im Verein leicht einsetzen können.

Auch andere Einrichtungen, die Hörgeschädigte über AIDS aufklären, können mit der neuen DVD arbeiten. Die beiden Filme ersetzen aber keine Präventionsveranstaltung; denn sie stellen nur einen Ausschnitt aus dem großen Thema HIV und AIDS dar. Die Hildesheimer AIDS-Hilfe empfiehlt, ihre Vorführung mit einem Besuch bei der regionalen AIDS-Hilfe zu verbinden, damit Fragen gleich beantwortet werden können und weitere verschiedene Aspekte zum Leben mit AIDS beleuchtet werden können.

Einen ersten Eindruck vermitteln die Videoclips, die auf dem YouTube-Kanal der Hildesheimer AIDS-Hilfe zu sehen sind (Kanal „AidsHilfeHildesheim“). Die DVDs sind bei dem Verein direkt erhältlich, weitere Auskünfte telefonisch (051 21 / 13 31 27) sowie auf www.hildesheimer-aids-hilfe.de.

Karin Cohrs
Hildesheimer AIDS-Hilfe e.V.

Positive für Positive

HIV-Infizierte gründen landesweites Netzwerk PRO+

Erstmals schließen sich landesweit HIV-Positive zusammen, um gemeinsam mehr gesellschaftliche Akzeptanz und weniger Diskriminierung zu erreichen. Sie setzen sich für ein neues Bild von HIV und Aids ein, frei von Angst und Vorurteilen. Dazu gründet eine Gruppe von 15 Positiven das Netzwerk „PRO+ Netzwerk Positiv in Niedersachsen“.

Ohne die Diagnose „HIV positiv“ und gemeinsame Erfahrungen mit Stigmatisierung und Diskriminierung hätten sich ihre Wege vermutlich nicht gekreuzt: 15 positive Frauen und Männer aus ganz Niedersachsen stehen jetzt auf, nehmen ihr Anliegen selbst wahr, entscheiden sich für ein Leben ohne Scham und Schuldgefühle und zeigen öffentlich ihre Gesichter. Sie haben sich zusammengeschlossen und Positiven das Netzwerk „PRO+ Netzwerk Positiv in Niedersachsen“ gegründet, um gemeinsam mehr gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. Sie setzen sich für ein neues

Bild von HIV und Aids ein, frei von Angst und Vorurteilen.

„Dank der medizinischen Behandlungsmöglichkeiten unterscheidet sich unsere Lebenserwartung kaum noch von derjenigen der Allgemeinbevölkerung: Aids ist zur chronischen Krankheit geworden“, sagt Jean-Luc Tissot, Mitglied von PRO+ und fügt hinzu: „Die Mehrheit der Positiven kann ein weitgehend normales und erfülltes Leben führen. Und sofern die Viruslast seit mindestens sechs Monaten unter der Nachweisgrenze liegt, sind positive Frauen und Männer nicht mehr infektiös.“

Das moderne Bild von Aids ist noch nicht in der Gesellschaft angekommen. Die öffentliche Wahrnehmung von HIV ist heute noch von Bildern der 1980er Jahre geprägt, als „Infektion“ mit „Krankheit“ und „Aids“ mit „Tod“ gleichgesetzt waren. Menschen mit HIV und Aids sind noch viel zu oft Leidtragende eines

Klimas von Skepsis und Ablehnung, das nicht der heutigen Realität entspricht. Der Weg ist offen für ein neues Bild von Menschen mit HIV und Aids: in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Medizin, in den Schulen.

PRO+ steht für einen offenen Umgang mit HIV und Aids. Die Initiatoren bauen ein Netzwerk von Kontakten für Positive auf, um einen Austausch von Lebenserfahrungen zu ermöglichen. Sie laden zu einem ersten landesweiten Positiventreffen im Oktober 2014 ein. Sie werden einen Kalender 2015 mit Namen und Gesichtern von Menschen mit HIV und Aids aus Niedersachsen veröffentlichen. Sie arbeiten sowohl mit örtlichen Aidsorganisationen als auch darüber hinaus mit anderen Akteuren zusammen. Mehr Informationen unter www.pro-plus-niedersachsen.de.

Marian Künzel
Hildesheimer AIDS-Hilfe e.V.

Unsere Gemeinschaft macht Sie stark.

- Wir beraten und vertreten unsere Mitglieder bei Fragen zur Rente, Pflege, Gesundheit, Hartz IV, Behinderung und mehr!
- Wir bieten unseren Mitgliedern ein geselliges Vereinsleben mit Vorträgen, Fahrten und ehrenamtlichem Engagement vor Ort.
- Wir machen der Politik Druck!



SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31 | 30159 Hannover | Tel. 05 11 / 70 148 - 0
Weitere Informationen im Internet unter: www.sovd-nds.de

SoVD
Sozialverband
Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.

Kinofilm „Sechs Richtige“

Ein Filmprojekt der Heide-Werkstätten e.V.

Entstehungsgeschichte/ Hintergründe

Nach dem erfolgreichen Musical „Dschungelbuch“ im Jahre 2009, welches unsere Theatergruppe in eindrucklicher Weise in Walsrode aufgeführt hatte, entstand die Idee, einen Kinofilm zu drehen – wieder mit der bereits eingespielten Theatergruppe der Heide-Werkstätten e.V. (anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen in Walsrode) unter der künstlerischen Leitung des Regisseurs Peter Tenge. Der Film sollte aus dem Leben behinderter und nichtbehinderter Menschen berichten und deren Wünsche und Ängste widerspiegeln. Bei der Suche nach einem geeigneten Thema fand sich schnell die Idee eines Lottogewinns: Es ist ein Thema, das viele Menschen berührt und an dem sich die besonderen Lebensumstände von Menschen mit Handicap sehr anschaulich verdeutlichen lassen. „Sechs Richtige“ ist der entsprechend doppelbödig gemeinte Titel des Films.

Inhalt des Films

Sechs behinderte Menschen, Arbeitskollegen aus den Heide-Werkstätten e.V., wollen gemeinsam Lotto spielen. Dabei geschieht das Unglaubliche, sie knacken den Jackpot und gewinnen. Der Film erzählt die Geschichte, wie die Lottogewinner trotz aller Schwierigkeiten an ihr Geld kommen, es schließlich wieder verlieren und trotzdem alle ihren ganz persönlichen Traum durchleben. Dabei spielen die besonderen Lebensumstände behinderter Menschen eine Rolle. So gibt es einige, die kein eigenes Konto ha-

ben und andere, die nicht ohne weiteres über ihr Geld verfügen dürfen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch nette zuverlässige Menschen, die hilfreich zur Seite stehen. Es werden Werte wie Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit und Treue transportiert und auch die Frage aufgeworfen, ob Geld tatsächlich glücklich macht.



Das Team

Zu Beginn des Projekts, das insgesamt von 2011 bis 2013 lief, mussten geeignete Kooperationspartner gefunden werden, die trotz des engen Budgetrahmens einen professionellen Anspruch an das Filmprojekt verwirklichen sollten. Die Crew bestand schließlich aus: Peter Tenge (Regie, Drehbuch und künstlerische Leitung), Benedikt Rauterberg (Ton, Schnitt und Kamera), Heidi Vollprecht (zweite Kamera), Ohelia und Gerold Wassmann (Filmmusik), Korula Berger-Wrobel (Begleitung der Schauspieler, Mitwirkende) sowie Lars Kunze (Begleitung der Schauspieler, Mitwirkender). Die Haupt-

rollen in „Sechs Richtige“ übernahmen Rita Viereck, Toni Schulze, Kathi Maren Anderseck, Jürgen Ehlers, Christine Cichacki, Jens-Uwe Wasik und Jasmin Humann.

Die Dreharbeiten

Es waren ursprünglich 30 Drehtage vorgesehen. Dank guter Planung und bester Zusammenarbeit unter allen Beteiligten konnte das Projekt in den Jahren 2011 und 2012 mit 32 Drehtagen und verhältnismäßig kleinem Budget realisiert werden. Im Anschluss daran wurden aus den über 60 Stunden Rohmaterial 108 Minuten Endfassung des Films zusammen geschnitten und mit eigens dafür komponierter Filmmusik unterlegt. Der Regisseur, Peter Tenge, verstand es ausgezeichnet, das Vokabular unserer Beschäftigten und Betreuten in das Drehbuch einfließen zu lassen, was mehr Identifikation mit den jeweiligen Charakteren ermöglichte und damit dem Film einen besonderen Charme verleiht.

Dank an die vielen Helfer

Besonders hervorzuheben ist die spontane Bereitschaft vieler ansässiger Geschäftsleute und Institutionen in Walsrode und im gesamten Heidekreis, unsere Dreharbeiten räumlich und persönlich zu unterstützen. Auch wenn nicht alles ganz glatt ablief: So ergab es sich, dass es während der Dreharbeiten in einem Autohaus, trotz höchster Vorsicht unserer Akteure, durch ein Kamerastativ mit „Eigenleben“ zu einem Schadensfall kam (an einem feuerroten Ferrari!). Abschließend können wir sagen, dass sich die Mühen gelohnt haben und alle einer mögli-

chen Fortsetzung entgegen fiebern.

„Sechs Richtige“ feierte am 5. März 2014 im Walsroder Capitol-Theater Premiere. Die DVD wird ab Herbst 2014 im Werkstattladen und Online Shop der Heide-Werkstätten erhält-

lich sein, Neuigkeiten dazu dann auf der Homepage der Einrichtung (www.heide-werkstaetten.de, dort ist u.a. auch der Filmtrailer verlinkt). Wer Interesse daran hat, den Film in anderen örtlichen Kinos zu sehen, kann nötige Details direkt mit dem Pädagogischen

Leiter Lars Hansen besprechen. Er ist telefonisch unter 051 61 198 23 52 sowie per E-Mail an l.hansen@heide-werkstaetten.de erreichbar.

Lars Hansen
Heide-Werkstätten e.V.

Gegen Gewalt: Junge Uslarer demonstrieren in Berlin

Gelebte politische Bildung im Albert-Schweitzer-Kinderdorf

Zur Demonstration zum dritten Jahrestag der ägyptischen Revolution am 25. Januar 2014 sind acht junge Leute aus dem Betreuten Jugendwohnen des Albert-Schweitzer-Familienwerks e.V. nach Berlin gereist. Gemeinsam mit Aktivisten von Amnesty International stellten sich die jungen Uslarer hinter die Ägypterinnen und Ägypter, die sich unermüdlich für die Achtung der Menschenrechte stark machen. Unter dem Motto „Für Ägyptens Zukunft: Gewalt stoppen, Kritik zulassen“ sendeten sie mit fast 300 anderen engagierten Menschen in der Hauptstadt ein buntes Zeichen der Solidarität nach Ägypten. Nach der Auftaktkundgebung am Brandenburger Tor zog die Demo mit 500 Bannern und einer Trommelgruppe zur Abschlussaktion vor die

ägyptische Botschaft. Die Transparente hatten die Jugendlichen an einem Kreativwochenende im Jugendcamp gestaltet.

Es gehört zum Konzept der Einrichtung, durch die interdisziplinären Methoden von Kunst, Literatur und Theater den Jugendlichen wesentliche individuelle und gesellschaftliche Themen nahe zu bringen. Durch die Grundzüge des Spielens und Experimentierens mit den verschiedenen Aspekten der eigenen Persönlichkeit, innerhalb eines geschützten Rahmens, soll der Glaube an die Kreativität verbunden mit den eigenen Potenzialen und Stärken, sowie das Arbeiten im Hier und Jetzt geübt werden und in den Alltag übertragen werden. Sabine Böker ist die Leiterin

des betreuten Jugendwohnens: „In Berlin haben wir das Ziel verfolgt, Öffentlichkeitsarbeit im Sinne von gesellschaftspolitischer Positionierung analog mit den Freiheitsgedanken der uns anvertrauten Jugendlichen zu präsentieren. Zufrieden und stolz auf das Durchhaltevermögen, das Engagement und die Gemeinschaftsfähigkeit der Jugendlichen, kehrte die Gruppe mit dem Fernbus zurück nach Uslar.“

Ein 17-jähriger Jugendlicher war empört über die eingeschränkten Frauenrechte. Er hatte zuvor noch nie davon gehört, dass Frauen in Saudi-Arabien nicht einmal Autofahren dürfen und Zwangsehen in vielen Ländern gesellschaftsfähig sind. Demo-Teilnehmer waren unter der Leitung von Künstlerin Uschi Theiß, Sozial- und Literaturpädagogin Sabine Böker, Sozial-, Spiel- und Theaterpädagogin Andrea Schlemme sowie Sozialpädagogen Samir Faziki die Jugendlichen Jesco Wodtke, Florian Zimmermann, Elly und Conny Wittkuhn, Selviye Izlamaj, Jessie Turowski, Maren Hensel und Lidwina Legouté.

Jörg Grabowsky
Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V.



Jugendliche Männer und Frauen demonstrierten in Berlin für die Achtung der Menschenrechte.

Erfolgreiches Braunschweiger Aktionsjahr „Sucht“ endete

Drogen sowie Glücksspiel- und Mediensüchte bleiben „Dauerbrenner“

Unter dem Motto „Klar, unabhängig, löwenstark“ ist das Braunschweiger Aktionsjahr „Sucht“ 2013 zu Ende gegangen. Zum Finale wurden Evaluationsergebnisse vorgestellt, Vorträge gehalten, eine Fotodokumentation und ein Filmbeitrag präsentiert, in dem ein Rückblick auf die 20 Einzelveranstaltungen und Projekte sowie die gemeinsame Großveranstaltung auf dem Kohlmarkt in Braunschweig geworfen wurde. Braunschweigs Sozialdezernent Ulrich Markurth, Rainer Schubert von der Stadt Braunschweig (zuständig für die Gesundheitsplanung), Petra Bunke, Leiterin der Jugend- und Drogenberatung Drobs, Fachberaterin Sucht beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., Mitglied des Arbeitskreises Sucht und Mitorganisatorin des Aktionsjahres, sowie Raphaela Harms von der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz zogen eine ausgesprochen positive Resonanz.

„Mit dem Aktionsjahr haben wir ein breites Spektrum aufgemacht. Wir wollten die Jugendlichen als bestimmte Zielgruppe erreichen,



Die Organisatoren, von links Rainer Schubert von der Stadt Braunschweig, Petra Bunke, Leiterin der Drobs, Raphaela Harms von der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz und Braunschweigs Sozialdezernent Ulrich Markurth, zogen eine positive Bilanz zum Abschluss des Aktionsjahres.

sensibilisieren, auf Gefahren hinweisen, die Institutionen bekannter machen und die jetzt schon sehr gute Vernetzung weiter vorantreiben. Das ist uns gelungen. Dazu beigetragen haben die Einrichtungen und Organisationen mit einem hohen Engagement und einem großen Maß an Professionalität“, sagte Ulrich Markurth. Sein besonderer Dank galt auch den Stiftungen: „Uns ist es erstmals gelungen, dass sich mehrere Stiftungen gleichrangig hinter einem Thema versammelt haben, um dieses zu unterstützen.“ 100.000 Euro wurden für

die Realisierung aller Veranstaltungen benötigt. Zwei Drittel übernahm die Stadt, ein Drittel davon haben die Stiftungen finanziert.

Zwanzig Veranstaltungen, darunter das Planspiel Cannabis, das Theaterstück „Schwefelgelb“, der große Aktionstag auf dem Braunschweiger Kohlmarkt mit rund 800 Schülerinnen und Schülern und 200 Erwachsenen, eine Podiumsdiskussion oder auch ein Vortrag zum Thema Glücksspielsucht zeigten viele Facetten zum Thema Sucht.

Suchtprävention bleibt eine Daueraufgabe. Dabei haben sich drei Themenbereiche während des Aktionsjahres besonders herauskristallisiert. Zum einen geht es nach wie vor um die Risikolust von Jugendlichen, das Thema Cannabis sowie Hilfen für Kinder aus suchtbelasteten Familien. Cannabis ist inzwischen vermehrt an Schulen ein Problem. Dabei kommen häufiger auch künstliche Cannabinoide auf den Markt. Deren Wirkung

Henning Eschemann neuer Sprecher der AG Braunschweiger Wohlfahrtsverbände



Am 27. Januar 2014 wechselte turnusgemäß für zwei Jahre der Sprecher der AG Braunschweiger Wohlfahrtsverbände (AGW). In den nächsten zwei Jahren übernimmt diese Aufgabe Henning Eschemann (Foto), Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Braunschweig. Henning Eschemann löst damit Christian Blümel vom Deutschen Roten Kreuz ab.

sei deutlich stärker und unberechenbarer, berichtete Petra Bunke von der Drobs. Deshalb werde es in Zukunft verstärkt darum gehen, Aufklärungs- und Präventionsarbeit zu leisten.

Zum Abschluss wurden zwei Aktionen des Suchtjahres mit dem

Braunschweiger Präventionspreis 2013 prämiert. Der Fokus richtete sich dabei auf das Thema „Kinder aus suchtkranken Familien“, das in Zukunft verstärkt in die Öffentlichkeit gerückt werden soll. Den Preis erhielten die Guttempler mit ihrer Infoveranstaltung zum Thema „Kinder aus suchtblasteten

Familien“ sowie das Projekt „Trampolin“, des Lukas-Werk SuchthilfegmbH.

Anke Meyer
 Gemeinnützige Gesellschaft für
 Paritätische Sozialarbeit
 Braunschweig mbH

Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehrsraum

Schulungen für ehrenamtliche Berater beginnen 2014

Wenn in Städten und Gemeinden im öffentlichen Verkehrsraum neu gebaut oder vorhandener Baubestand umgestaltet wird, wenn für alte oder junge oder Menschen mit Behinderungen die Mobilität im öffentlichen Raum nicht oder nur eingeschränkt möglich ist, sind sie gefragt: ehren- oder hauptamtlich Tätige aus Behindertenbeiräten, Behinderten- und Sozialverbänden. Sie beraten die Kommunen, Bauträger und Planer in der Umsetzung der barrierefreien Gestaltung. Die von der Bundesregierung unterzeichnete UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat das Recht auf Barrierefreiheit und Teilhabe für alle entscheidend gestärkt. Die Verwaltungen sind oftmals gewillt, dieses Recht auch umzusetzen – allerdings fehlt ihnen trotz existierender Regelwerke zur Umsetzung eines barrierefreien Verkehrsraumes häufig das notwendige Know-how, um vor Ort die Bedürfnisse aller behinderten Menschen zu berücksichtigen. Deswegen sieht die Behindertenrechtskonvention vor, dass Menschen mit Behinderungen in alle Planungen mit einbezogen werden.

Die Materie selbst ist allerdings nicht immer einfach. Die Anforderungen von Rollstuhl- und Rollatornutzer/-innen müssen ebenso bedacht werden wie die von blinden, sehbehinderten und gehörlosen Menschen, von Personen mit geistiger Behinderung, von Passanten mit Kinderwagen, Fahrradanhängern/Spezialrädern, von Senioren und Kindern. Um die Beratungskompetenz der einzelnen Vertreter zu stärken und auf ein für ganz Niedersachsen einheitliches Niveau zu bringen, hat der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V. (BVN) gemeinsam mit weiteren Verbänden wie dem Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., der Selbsthilfe Körperbehinderter Niedersachsen, dem Gehörlosenverband, dem Niedersächsischen Landesrat für Menschen mit Behinderungen, dem Landesseniorenrat, der Lebenshilfe, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., den Sozialverbänden SoVD und VdK sowie mit Unterstützung aus der Politik ein Bündnis zur Schaffung von Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehrsraum initiiert. In

Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern haben die Verkehrsplanerin Tanja Aurich und die Architektin Andrea Heppner einen Schulungsplan sowie barrierefreies Schulungsmaterial entwickelt.

In den Jahren 2014 und 2015 werden in zehn Städten Niedersachsens unter der Leitung von Tanja Aurich und Andrea Heppner mindestens elf viertägige Schulungen durchgeführt. In neun Modulen werden in praxisbezogenen Simulationseinheiten im Rollstuhl, mit dem Rollator, unter der Augenbinde und unter der Simulationsbrille behinderungspezifische Beeinträchtigungen vermittelt. In theoretischen Blöcken geht es um das Fachwissen zur barrierefreien Gestaltung, über bestehende Normen und Regelwerke sowie um eine korrekte Erstellung schriftlicher Stellungnahmen. Ziel ist es, Betroffene aus Behinderten- und Sozialverbänden sowie Mitglieder aus Behindertenbeiräten und Behindertenbeauftragte für die Belange von Barrierefreiheit so zu schulen, dass diese gegenüber Planern und Gemeinden als für alle Behinderungsarten kom-



petenten Ansprechpartner auftreten können.

Die Schulungen beginnen im Frühjahr 2014. Aufgrund der Förderung durch Aktion Mensch können die Schulungen bis zum Projektende (August 2015) kostenfrei angeboten werden.

Anmeldung und weitergehende Informationen zu den Schulungen, den Veranstaltungsorten und -zeiten sowie zu den Anmeldeformalitäten unter www.blindenverband.org/wir-in-der-region/projekt-barrierefreiheit oder bei Tanja Aurich und Andrea Heppner, telefonisch unter Telefon

05 11 / 5 10 42 80 oder per E-Mail an tanja.aurich@blindenverband.org und andrea.heppner@blindenverband.org.

Heike Gronau
Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V.

Wenn am Empfang ein Oktopus sitzt ...

Einzigartige Aufklärung: Digitale Krankenhausführung für Kinder

Das Kinder- und Jugendkrankenhaus auf der Bult, eine Einrichtung der paritätischen Mitgliedsorganisation Stiftung Hannoversche Kinderheilanstalt, präsentiert eine völlig neue digitale Krankenhausführung speziell für Kinder. Liebevoll illustrierte Tierfiguren und

Seit dem 28.01.2014 sitzt im Kinder- und Jugendkrankenhaus auf der Bult am Empfang ein Oktopus, der Ambulanzzarzt ist ein Gepard und im OP ist ein Krebs am Werkeln. Sie heißen Olivia Oktopus, Dr. Latif Läufer und Dr. Gino Greifer – und sie gehören zu den Protagonisten des neuen digitalen Angebots des Kinder- und Jugendkrankenhaus auf der Bult, das es in dieser Form in Deutschland von keinem anderen Krankenhaus oder medizinischen Einrichtung gibt. Auf www.kunterbult.de stellen diese und weitere Tierfiguren den Ablauf eines Besuches im Kinder- und Jugendkrankenhaus vor. In aller Regel erhalten die Patienten der Bult von ihrem Kinderarzt eine Überweisung ins Kinder- und Jugendkrankenhaus, um sich zum Beispiel einer Mandeloperation zu unterziehen oder spezielle Untersuchungen wie ein EEG durchführen zu lassen. Diese Kinder wissen also, dass sie

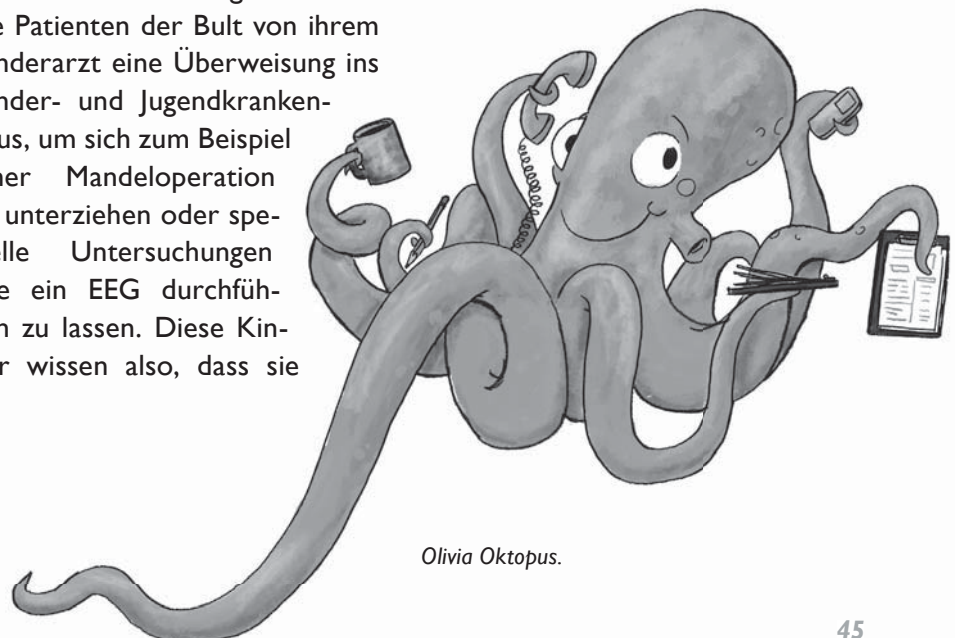
bald ins Krankenhaus müssen. Auf www.kunterbult.de können sie sich ab jetzt gemeinsam mit ihren Eltern vorab einen interaktiven Eindruck verschaffen, was sie im Kinder- und Jugendkrankenhaus auf der Bult erwartet.

Dafür wurden Tierfiguren erdacht und illustriert und unterhaltsame Geschichten entwickelt, die zu einer informativen Führung durch das Kinder- und Jugendkrankenhaus einladen. Die neue Erlebniswelt „Kunterbult“ ist gezielt für Kinder konzipiert. Dabei war es wichtig, die Umsetzung für Nutzer ab drei Jahren kindgerecht zu



Dr. Gino Greifer.

unterhaltsam aufgebaute Informationen führen durch den Krankenhausalltag. Das Angebot schafft eine in Deutschland einzigartige Aufklärung im Netz. Unter der eingetragenen Marke „Kunterbult“ sind weitere pädagogische Konzepte geplant. Die neue Webseite ist ab sofort zu erreichen unter www.kunterbult.de.



Olivia Oktopus.

gestalten, ganz ohne „Erwachsensprache“, lange medizinische Erläuterungen oder erhobenen Zeigefinger. Ein Krankenhausaufenthalt ist immer ein prägendes Erlebnis für junge Patienten und soll daher so angenehm und angstfrei wie möglich gestaltet werden. Das Kinder- und Jugendkrankenhaus auf der Bult geht mit der eingetragenen Marke „Kunterbult“ neue Wege.

Sinn und Zweck sind identitätsstiftende und pädagogische Konzepte, um jungen Patienten das Kinder- und Jugendkrankenhaus näher zu bringen, aber auch über den Genesungsprozess und die Berufe im Krankenhausalltag zu informieren.

Durch das Initiieren von positiven Erlebnissen im Bezug zum Kinder- und Jugendkrankenhaus soll Kindern (und Erwachsenen) mit neuen Ansätzen die Angst vor dem Krankenhausaufenthalt genommen werden. Die Webseite ist die erste Umsetzung in einer Reihe von weiteren geplanten Aktionen und Produkten rund um das Thema „Kunterbult“.

Die „Identitätsstiftung“, eine Agentur für Designmanagement, hat das Konzept im Auftrag des Vorstands der Stiftung Hannoverscher Kinderheilstalt, Dr. Thomas Beushausen, entwickelt und innerhalb eines halben Jahres realisiert. Kunterbult ist ausbaubar – schon seit Ende 2012 gibt es den

neuen Spielplatz vor dem Kinder- und Jugendkrankenhaus. Zukünftig sind weitere Einsätze mit den Figuren von Dr. Latif Läufer und Olivia Oktopus angedacht. Als erste Überlegung sollen die digitalen Seiten auch als Lesebuch umgesetzt werden, so dass die Kinder, die bereits im Kinder- und Jugendkrankenhaus auf der Bult sind, oder Kindergarten- und Grundschulgruppen darin lesen können. Dafür werden von der Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt noch weitere Sponsoren gesucht.

*Björn-Oliver Bönsch
Stiftung Hannoversche
Kinderheilstalt*

Hilfe in Trennungssituationen

Neue Informationsbroschüren des VAMV kurz vorgestellt

Zwei Landesverbände und der Bundesverband des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) haben eine Reihe neuer beziehungsweise überarbeiteter Publikationen veröffentlicht. Mit Ausnahme des Flyers zum Kindesunterhalt (siehe unten) können alle Hefte über den VAMV Landesverband Niedersachsen e.V., Arndtstr. 29 in 49080 Osnabrück, bestellt werden. Informationen dazu telefonisch unter 0541/25584 oder per E-Mail an info@vamv-niedersachsen.de.

Trennung – Was nun?

Ein Leitfaden in Trennungssituationen. In kurzen und prägnanten Kapiteln werden die Themenbereiche beleuchtet, die während des Trennungsprozesses

wichtig sind. Angesprochen werden Wohnungsfragen, Unterhalt, Grundsicherung, Sorge- und Umgangsrecht und vieles mehr. Ergänzt wird dieses kleine kompakte Heftchen im Taschenformat durch Informations- und Kontaktmöglichkeiten für Menschen in Niedersachsen. Herausgeber ist der VAMV Niedersachsen, die Kosten für ein Einzelexemplar betragen 2 Euro (incl. Porto).

Allein erziehend

Tipps und Informationen. Das umfangreiche Taschenbuch informiert über alle Bereiche des allein Erziehens. Unter anderem geht es um die finanzielle Absicherung, Arbeitsmarkt, Ausbildung, das Sorge- und Umgangsrecht, Kinderbetreuung, Wohnen, Behinderung oder

Migration. Herausgeber ist der VAMV Bundesverband e.V., im Rahmen eines Infopakets kostet ein Exemplar 5 Euro.

Neuregelung des Sorgerechts nicht miteinander verheirateter Eltern 2013

Handreichung für die Beratung. Angesprochen wird die Neuregelung zum gemeinsamen Sorgerecht für nichteheliche Väter, welches jetzt auch gegen den Willen der Mutter erstritten werden kann. Es wird benannt, worauf die Mütter in dem Verfahren achten müssen und welche formalen Wege durchlaufen werden. Herausgeber ist der VAMV Bundesverband, die Kosten für ein Einzelexemplar betragen 2 Euro (incl. Porto).

Kein Kindesunterhalt – was nun?

Flyer zur Beistandschaft durch das Jugendamt 2013. Alleinerziehende Eltern haben die Möglichkeit, sich beim Jugendamt über den Kindesunterhalt zu informieren oder eine Beistandschaft

für die Festlegung des Unterhalts einzurichten. Der Flyer erklärt die Inhalte und Möglichkeiten und ist für die Erstinformation sehr gut geeignet. Herausgeber ist der VAMV Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. Weitere Informationen und Möglichkeiten

für Bestellungen gibt es auf der Homepage des Landesverbands www.vamv-nrw.de.

Monika Placke
 Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Niedersachsen e.V.

Gleiche Chancen trotz MS

Die DMSG gibt dem Welt MS Tag 2014 Gesicht und Stimme

Zum sechsten Mal – nach 2009 – stellt der Welt MS Tag rund um den Globus Multiple Sklerose und die Menschen, die an dieser bislang noch immer unheilbaren Erkrankung leiden, in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Schirmherrschaft für den Welt MS Tag 2014 hat Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig übernommen. In Deutschland steht der 28. Mai 2014 unter dem Motto „Gleiche Chancen trotz MS. Wir arbeiten dran. Helfen Sie mit.“ Die mehr als 130.000 MS-Erkrankten in Deutschland, nach neuesten Zahlen des Bundesversicherungsamtes sind es möglicherweise deutlich mehr, haben einen Anspruch auf Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen. Dazu gehören auch der ungehinderte, einfache Zugang zu den Leistungen des Gesundheitswesens und der Sozialversicherung sowie der Abbau von Barrieren in der Realität und in den Köpfen.

Der Bundesverband der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG) hat Materialien

Beruf, im gesellschaftlichen und familiären Leben haben wie gesunde Menschen auch. Um dies zu realisieren, müssen die Schwierigkeiten und Hürden benannt werden. Es muss Aufklärung betrieben werden, um Vorurteile auszuräumen. Es müssen Unterstützungsmöglichkeiten aufgezeigt und gegeben werden. Die DMSG setzt sich mit allen Mitteln für die Umsetzung der Chancengleichheit ein, darüber hinaus aber ist auch jeder einzelne aufgefordert, dafür einzutreten.



– Plakate, Postkarten und einen Flyer – entwickelt, die auf den Welt MS Tag hinweisen und die Botschaft, die hinter dem Motto steckt, transportieren: MS-Erkrankte müssen die gleichen Chancen in Schule, Ausbildung,

Weitere Informationen zu Veranstaltungen und Aktionen der DMSG, ihrer Landesverbände und Kontaktgruppen, die rund um den Welt MS Tag am 28. Mai 2014 geplant sind, finden Sie unter www.dmsg.de.

Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft
 Bundesverband e.V.



Bank
für Sozialwirtschaft



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Fundraising. Generieren Sie Spenden im Internet mit unserem BFS-Net.Tool XXL. Automatisieren Sie Ihre Spendenströme direkt auf Ihr Konto. Sie brauchen keine Programme zu installieren oder Ihre Homepage umzubauen.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

Und dieses Jahr legen wir sogar noch einen drauf.
Der Jubiläums-Bonus der BFS zum 90-jährigen Geburtstag.



www.sozialbank.de

Geschäftsstelle Hannover, Podbielskistraße 166, 30177 Hannover
bfshannover@sozialbank.de

Offene Hilfen als wichtiger Schlüssel

Lebenshilfe Niedersachsen veröffentlicht Impulspapier

Die Offenen Hilfen sind im Rahmen von Inklusion ein wichtiger Schlüssel, um die Lücke zwischen bestehenden und neuen personenzentrierten Angeboten zu schließen. Unter dem Titel „Impulspapier zur Weiterentwicklung der Offenen Hilfen“ hat die Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e.V. ein Papier veröffentlicht, das verdeutlicht, in welchen Bereichen die Offenen Hilfen mittlerweile in Niedersachsen tätig sind. Der Lan-

desvorsitzende Franz Haverkamp sagte im Rahmen der Vorstandssitzung am 12.02.2014 dazu: „Es ist eindrucksvoll, wie sich dieser Bereich in den letzten Jahren entwickelt hat. Im Rahmen der Inklusion werden die Offenen Hilfen umso mehr gebraucht. Wichtig ist dabei, dass sie auch die adäquate finanzielle Ausstattung erhalten.“

Die Broschüre wurde von der Lebenshilfe Niedersachsen veröffent-

licht und kann auf der Homepage www.lebenshilfe-nds.de heruntergeladen oder kostenlos bei der Lebenshilfe Niedersachsen bestellt werden, telefonisch unter 05 11 / 9 09 25 70 oder per E-Mail an landesverband@lebenshilfe-nds.de.

Frank Steinsiek
 Lebenshilfe Landesverband
 Niedersachsen e.V.

Willkommen im Paritätischen Wohlfahrtsverband

Niedersachsen e.V.

Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat auf seiner Vorstandssitzung am 25. November 2013 die Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen beschlossen. Die jüngsten Mitglieder des Paritätischen Niedersachsen möchten wir Ihnen an dieser Stelle kurz vorstellen. Weiterführende Informationen und Links über unsere Mitgliedsorganisationen sowie Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme finden Sie auf unserer Homepage www.paritaetischer.de, Rubrik „Mitglieder“.

Ambulante Begleitung und Beratung Aurich (ABBA) e.V.

ABBA e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der im Rahmen des ambulant betreuten Wohnens nach SGB XII Menschen begleitet, berät und unterstützt. Es werden Dienstleistungen im Bereich des persönlichen

Budgets nach §17 SGB IX angeboten und Familien durch das Fachpersonal in allen Fragen um das Thema Hilfe zur Selbsthilfe unterstützt. Anders als stationäre Einrichtungen, in denen behinderte Menschen unter sich bleiben und häufig an eine Bezugsperson gebunden werden, verfolgt ABBA das Ziel der Inklusion: Behinderte Menschen leben in einer eigenen Wohnung und werden ambulant unterstützt. Je zwei Betreuer mit komplementären Fähigkeiten fördern die individuelle Selbstständigkeit. Ehrenamtliche Mitglieder unterstützen die professionellen Mitarbeiter des Vereins. Die Angebote des Vereins richten sich an Menschen, welche geistig, seelisch und/oder körperlich behindert oder von einer Behinderung bedroht sind. Zudem richtet sich die Hilfeleistungen an Menschen, die Hilfe benöti-

gen, vor allem an Personen, die vorübergehend oder für längere Zeit Unterstützung bei der selbstständigen Lebensgestaltung benötigen. Die ambulante Begleitung und Beratung ist ein freiwilliges Angebot für erwachsene Menschen im Landkreis Aurich, die eine angemessene, selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensweise in einer eigenen Wohnung oder einer anderen Wohnform wünschen. Hinsichtlich des persönlichen Budgets bietet der Verein all denjenigen Hilfe an, die bei der Umsetzung und Durchführung der Budgetverordnung Hilfe benötigen.

Für Eltern, die eine individuelle Beratung wünschen, steht unser Fachpersonal zur Verfügung. Nach dem Vereinsmotto „Füreinander – Miteinander“ werden im pädagogisch/

therapeutischen Alltag unter anderem folgende Bereiche abgedeckt: Alltägliche Lebensführung (Einkaufen, Umgang mit Geld etc.), Individuelle Basisversorgung (Körperpflege, Ernährung), Gestaltung sozialer Beziehungen (Partnerschaft, Verwandte etc.), Teilnahme am gesellschaftlichen Leben (Arbeits-/ Ausbildungsplatzsuche & -erhalt, Wohnungssuche & -erhalt etc.), Psychische Entwicklung (Umgang/Bewältigung von Ängsten, Selbst- & Fremdgefährdende Verhaltensweisen, Stärkung des Selbstbewusstseins etc.), Gesundheitsförderung & -erhalt (Umgang mit ärztlichen und therapeutischen Verordnungen, Arzttermine etc.), Gruppenaktivitäten („Klönabende“, Tauschbörse, „Frauen- bzw. Männerabende, Zoo-Theaterbesuche, Kochkurse etc.).

Baumhaus Inklusion gGmbH, Oldenburg

Die Baumhaus Inklusion gGmbH wurde am 28. Februar 2013 von der Baumhaus Stiftung gegründet. Geschäftsführerin der neuen Gesellschaft ist Bettina Unruh. Die Gesellschaft hat den Zweck, Integrationsunternehmen für Menschen mit Behinderung aufzubauen, mit dem Ziel, Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu schaffen und Maßnahmen für die Eingliederung durchzuführen. Die Gesellschaft hat im Jahr 2013 eine alte Stadtvilla in Oldenburg erworben um dort den Betrieb eines Integrationshotels aufzubauen. Zurzeit wird das Unternehmenskonzept entwickelt und Möglichkeiten der Bezuschussung durch Aktion Mensch überprüft. In dem Betrieb sollen im ersten Jahr zehn Arbeitsplätze geschaffen werden und davon die Hälfte für Menschen

mit Behinderung zur Verfügung stehen. Geplant ist die Eröffnung des Hotels für das Jahr 2016.

BUBIS e.V. Betreuung und Beratung in Schaumburg, Stadthagen

Bereits seit 2011 gibt es im Landkreis Schaumburg den Betreuungsverein BUBIS e.V. (Betreuung und Beratung in Schaumburg). Der Verein betreut, berät, unterstützt und vertritt erwachsene Menschen, die durch Krankheit oder aufgrund einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung beeinträchtigt sind und ihre Angelegenheiten nicht ausreichend selbst wahrnehmen können. Betreuung beruht immer auf Freiwilligkeit und hat keinen Einfluss auf die Geschäftsfähigkeit: Betreuung heißt nicht Entmündigung! Zum Team gehören derzeit sechs hauptamtliche BetreuerInnen mit qualifizierter Ausbildung (diplomierter Sozialarbeiter/Sozialpädagogen, Sozialwissenschaftler und Betriebswirte mit umfassenden Kenntnissen in allen relevanten Fachgebieten). Die Mitarbeiter des Betreuungsvereins übernehmen rechtliche Betreuung (eingesetzt durch die hiesigen Amtsgerichte), schulen und informieren zum Betreuungsrecht, beraten zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen, informieren zu Patientenverfügungen und sind für die Gewinnung, Beratung, Begleitung und Schulung von ehrenamtlichen Betreuern zuständig. Im Verein achten alle Mitarbeiter auf die Würde und Individualität der zu betreuenden Menschen, der Wille und das Wohl des/der Betreuten stehen im Vordergrund. Die Mitarbeiter verfolgen das Ziel, dass die betreuten Menschen ihre eigenen Wünsche und Vorstellungen

selbstbestimmt verwirklichen können. Demokratisches Denken und Handeln wird gefördert und alle Mitarbeiter setzen sich in diesem Sinne konsequent für die Interessen der Betreuten ein. BUBIS e.V. bietet eine hohe Qualität in seiner Arbeit. Diese wird ständig überprüft und reflektiert, um auf gesellschaftliche und individuelle Prozesse kurzfristig reagieren zu können. BUBIS ist ein unabhängiger Verein in politischer und religiöser Neutralität. Durch die fachliche, innovative und verlässliche Kompetenz der Mitarbeiter wird die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit des Vereins bewahrt.

Mosaik gemeinnützige GmbH inklusiv Leben, Hannover

Die Mosaik gem. GmbH inklusiv Leben wurde im Mai 2013 unter der Geschäftsführung von Vera Neugebauer und Manfred Willems gegründet. Zum Team gehört weiterhin eine Sozialpädagogin mit langjähriger Erfahrung in der ambulanten und stationären Arbeit. Die Mosaik hat sich zum Ziel gesetzt, Menschen mit einer Behinderung oder einer Lernschwierigkeit ein inklusives Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Dazu entwickelt die Einrichtung individuell angepasste, kundenorientierte Dienstleistungsangebote in den Bereichen Wohnen, Arbeiten und Freizeit. Im aktuellen Projekt wird eine „Wohnschule“ gegründet. Die Wohnschule ist eine ambulante Beratungs- und Unterstützungsleistung für Menschen mit einer Behinderung, die das selbstständige und selbstbestimmte Leben in ihrer gewünschten Wohnform erlernen und erproben möchten. Es wird im ambulanten Rahmen die Möglichkeit geboten, ein möglichst selbstverantwortliches Leben in ei-

ner Einzel- oder Gruppenwohnung zu führen. Häufig fehlen für diesen Schritt die notwendigen lebenspraktischen oder sozialen Handlungskompetenzen. Die Wohnschule setzt an diesem Punkt an. Anhand von theoretischen und praktischen Seminareinheiten und schließlich durch Probeübernachtungen wer-

den die Teilnehmenden innerhalb eines Jahres auf das eigenständige und selbstbestimmte Leben vorbereitet. Ergänzt wird das Angebot durch eine intensive Einbeziehung der Angehörigen, um den Lernprozess ganzheitlich zu begleiten und zu stützen. Am Ende der Maßnahme kann ein Auszug aus der häus-

lichen Umgebung stehen, bei dem die Teilnehmenden von der Mosaik begleitet und unterstützt werden. Weitere Projekte, wie eine Beratungsstelle von Menschen mit einer Behinderung für Menschen mit einer Behinderung und eine selbstbestimmte Wohngemeinschaft sind bereits in der Planung.

Angebot für Tagesgäste und Entlastung für Angehörige

Eröffnung der Tagespflege des Paritätischen in Bad Pyrmont

Nach Monaten der Vorbereitung war es endlich soweit: Am 8. Januar 2014 hat der Paritätische Hameln-Pyrmont eine neue Einrichtung, die Tagespflege in Bad Pyrmont, eröffnet. Sie stellt eine Ergänzung zur ambulanten Versorgung dar, die eine maßgeschneiderte Betreuung durch qualifizierte Mitarbeiter bietet und für eine abwechslungsreiche Tagesgestaltung sorgt.



Die neue Tagespflege des Paritätischen in Bad Pyrmont.

„Unser Angebot richtet sich an Menschen, die Einschränkungen aller Art haben, sei es körperlich, geistig oder seelisch“, so die Leiterin der Tagespflege, Monika Meyer. Das Angebot, das mehr als nur Zeitvertreib sein soll, orientiert sich an den Interessen der Gäste, es soll Anregungen bieten, aber auch für Ruhe und Entspannung sorgen. Das gemeinsame Leben, gemeinsame Mahlzeiten und die Lebensfreude stehen im Vordergrund. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Entlastung der Angehörigen.

Zur offiziellen Eröffnung waren zahlreiche Gäste aus Politik und Wirtschaft erschienen und konnten sich einen Eindruck verschaffen von der angenehmen Atmosphäre der hellen, geschmackvoll eingerichteten

Räume, die genügend Platz für 16 Tagesgäste bieten. Nach den einführenden Worten des Geschäftsführers des Paritätischen Hameln-Pyrmont, Norbert Raabe, schloss sich Cornelia Rundt, Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, mit ihren Worten an und versicherte, dass sie als Ministerin das Thema Pflege intensiv beschäftige. Es folgten Grußworte von Landrat Tjark Bartels und der Bürgermeisterin der Stadt Bad Pyrmont, Elke-Christina Roeder. „Eine Tagespflege mit 16 Plätzen erfordert so viel Aufwand wie ein kleines Pflegeheim“ waren die Worte, mit denen Birgit Eckhardt, stellvertretende Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersach-

sen e.V., die Arbeit der Pflegedienstleitung Monika Meyer und ihrem Team anerkannte. Ein musikalischer Beitrag rundete die stimmungsvolle Veranstaltung ab.

Am Tag der offenen Tür am 14. Januar 2014 nutzten dann viele Pyrmontener Bürger die Gelegenheit, die neue Tagespflege und die Mitarbeiterinnen persönlich kennenzulernen. Auch die frischgebackene Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Gabriele Lösekrug-Möller, und der Landtagsabgeordnete Ulrich Watermann schauten vorbei und fanden anerkennende Worte.

Karin Teraske
Der Paritätische Hameln-Pyrmont

Alle Plätze in kürzester Zeit belegt

Neue Paritätische Kita MEIN WEG in Braunschweig

nun auch offiziell eingeweiht

Platz für 95 Kinder bietet die neue Kita MEIN WEG in der Braunschweiger Weststadt. Träger der Kita ist die Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig mbH (Paritätischer Braunschweig). Rund 2,7 Millionen Euro hat die Stadt Braunschweig mit einem Landeszuschuss von 315.000 Euro in den Neubau investiert. Das eingeschossige Gebäude umfasst rund 950 Quadratmetern und bietet Platz für insgesamt fünf Gruppenräume mit jeweils einem Nebenzimmer, einem großen Mehrzweckraum sowie Verwaltungs- und Funktionsräume.



Einrichtungsleiterin Kathrin Schulz (rechts) und das Team der neuen Kita MEIN WEG.

Am 29.11.2013 wurde die Kita, die seit dem neuen Kita-Jahr 2013/2014 ihre Türen geöffnet hat, offiziell eingeweiht. Der Geschäftsführer des Paritätischen Braunschweig, Henning Eschemann, begrüßte die zahlreichen Gäste, unter ihnen Braunschweigs Sozialdezernent und Erster Stadtrat Ulrich Markurth, Bürgermeisterin Cornelia Rohse-Paul, etliche Ratsmitglieder, den Bezirksbürgermeister und Mitglieder des Bezirksrates sowie die Fachbereichsleiter für Kinder, Jugend und Familie, für Hochbau und Gebäudemanagement, Elternvertreter und Architekten.

„Wir freuen uns, mit der Trägerschaft der neuen Kita in der Weststadt angekommen zu sein und wollen einen langjährigen, partnerschaftlichen Dialog zu allen Menschen, Gruppen und Organisationen in diesem Stadtteil aufnehmen

und mit Leben füllen“, sagte Henning Eschemann und erklärte: „Gemeinsam wollen wir die Kinder unserer Kita auf einem Stück des Weges begleiten, bevor sie ihren eigenen, individuellen Weg finden und begehen. Deshalb: MEIN WEG – Kindertagesstätte des Paritätischen in der Weststadt.“

Bürgermeisterin Cornelia Rohse-Paul überbrachte die Grüße der Stadt und hob die Bedeutung der Schaffung familienfreundlicher Strukturen hervor, die für Kommunen ein entscheidender Standortfaktor seien. Inzwischen bieten rund 130 Einrichtungen knapp 6.500 Kita-Plätze an. Damit liege die Versorgungsquote in Braunschweig bei bedarfsgerechten 92,4%. Für Kinder unter drei Jahren ist die Quote von 2003 bis 2013 von 6,5 auf über 38% gestiegen. Dazu beigetragen hat auch die neue Kita MEIN WEG, die mit drei Krippengruppen gleich die Betreuung von 45 Kindern im Alter

von Null bis drei Jahren gewährleisten kann und so dem Bedarf am wohnortnahen Krippenplätzen in der Weststadt Rechnung trägt. Wie notwendig der Neubau war und wie begehrt Kita- und Krippenplätze sind, zeigt die Tatsache, dass innerhalb kürzester Zeit alle Plätze belegt waren.

Kita-Leiterin Kathrin Schulz erklärte den Namen der Kita MEIN WEG, die am Mainweg liegt: „Dieses Wortspiel haben wir uns zum Motto gemacht.“ Ein selbst gedichtetes Lied, das vom eigenen Weg handelt, sangen die Kita-Kinder, bevor Architekt Martin Vollmer den symbolischen Schlüssel überreicht. Und dieser präsentierte sich besonders schön und lecker als ein mit Zuckerguss verzierter Kuchen.

Anke Meyer
Gemeinnützige Gesellschaft
für Paritätische Sozialarbeit
Braunschweig mbH

Ein Brunnen, der die Zeit misst

Karin und Rudolf Neugebauer Stiftung unterstützt den Bau einer Wasseruhr

Der neuste Zeitmesser im Eingangsbereich der Montessorischule in der hannoverschen Südstadt tickt nicht, sondern plätschert munter vor sich hin und sieht dabei auch tatsächlich eher aus wie ein Brunnen als eine Uhr. Es gibt zwar ein Ziffernblatt mit Zeiger, an dem man die Zeit auf herkömmliche Weise ablesen kann. Doch der Blick des Betrachters bleibt hauptsächlich an anderen Dingen hängen, die man sonst nicht unbedingt als Bestandteile einer Uhr erwartet: Etwa an den Becken, die sich nach und nach mit Wasser füllen, den Schwimmern, die auf der Wasseroberfläche aufwärts treiben, oder den kleinen Hähnchen, die durch diese Bewegungen langsam gespannt werden – genau so lange, bis der voreingestellte Pegel erreicht ist, sich die Wasserbecken mit einem kräftigen „Platsch“ entleeren und der Messzyklus wieder von vorne beginnt.

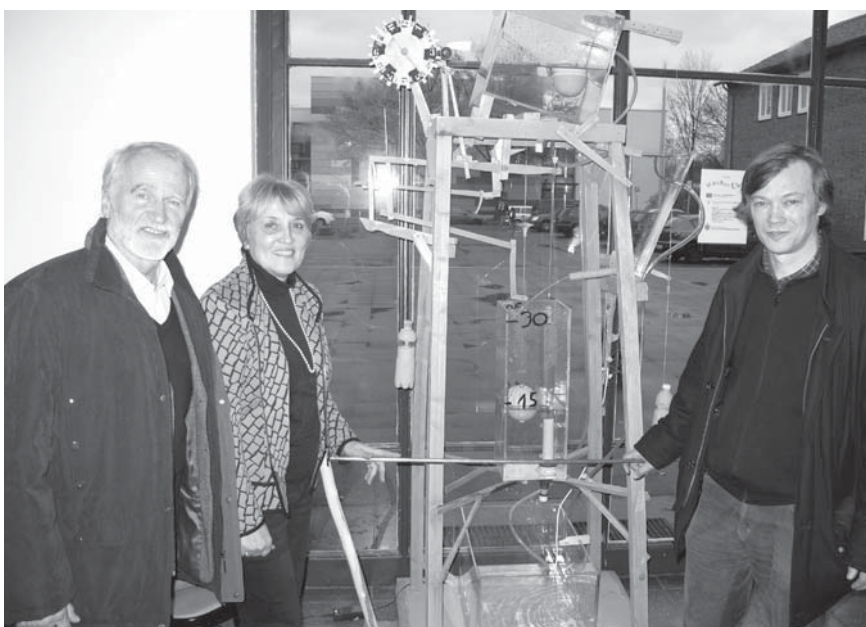
Schüler und Lehrer der Montessorischule sind begeistert von ihrer neuen Wasseruhr, die im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft unter Leitung des Künstlers Ludvig Celp gebaut und am 29. November 2013 mit einer kleinen Feierstunde offiziell eingeweiht wurde. Ermöglicht wurde das Projekt durch Förderung der Karin und Rudolf Neugebauer Stiftung, einer Unterstiftung von der Transparenz-Stiftung im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. und des Vereins ForscherGeist (Verein zur Förderung junger Forscher e.V.).

Karin Neugebauer, ehemalige Lehrerin für Mathematik und Physik, unterstützt mit ihrer Stiftung seit Jahren Projekte, die Schüler auf spielerische und anschauliche Art für Naturwissenschaften begeistern.

Der Bau der Wasseruhr, den sie mit rund 2000 Euro für Material- und Personalkosten unterstützt hat, erfüllt diesen Zweck sehr gut, meint die Stifterin: „Die Schüler haben beim Bau viel über Physik gelernt und gleichzeitig ein kleines Kunstwerk geschaffen.“ Rund anderthalb Jahre hat der Künstler Ludvig Celp mit verschiedenen Schülergruppen am Entwurf und Bau der Uhr gearbeitet. „Ich hatte zuvor schon mal ein ähnliches Projekt umgesetzt, dies aber den Schülern absichtlich nicht vorher gezeigt“, erklärt er. Die Schüler sollten durch eigenes Ausprobieren selbst herausfinden, wie so eine Uhr funktionieren könnte. „Die Schüler sollten ihre eigene Version dieser Uhr schaffen, das experimentelle Gestalten war dabei fast wichtiger als das Ergebnis.“

Das Experimentieren hat den Schülern nicht nur viel Spaß gemacht, sondern auch gut geklappt. Und die Uhr ist nicht nur funktional, sondern auch hübsch anzusehen: Das Wasserspiel und die raffinierte und komplizierte Holzmechanik, die das Konstrukt zusammenhält, machen neugierig. Interessierte Betrachter können die Uhr im Eingangsbereich der Schule in Ruhe studieren, Sitzgelegenheiten laden zum längeren Verweilen ein. So kann man ganz bequem dabei zuschauen, wie die Zeit vergeht – im wahrsten Sinne des Wortes.

Anika Falke
 Pressereferentin Paritätischer
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.



Von links: Martin Stupperich, Vorsitzender von ForscherGeist e.V., Stifterin Karin Neugebauer und Künstler Ludvig Celp vor der Wasseruhr.



Christian Boenisch (von rechts), Kurt Spannig und Birgit Eckhardt verleihen Manfred Pfaus das Ehrenzeichen des Paritätischen Niedersachsen.

„Ein toller Chef“ verabschiedet sich

Nach 39 Jahren bei der GPS wechselte Manfred Pfaus in den Ruhestand

Am 18. Dezember 2013 wurde der Geschäftsführer der Gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH Wilhelmshaven (GPS), Manfred Pfaus, im Rahmen einer Feierstunde in den Ruhestand verabschiedet. Etwa 100 geladene Gäste aus Politik, Verwaltung und Sozialwesen waren im festlichen Saal von „Le Patron am Meer“ versammelt. Das Folk-Ensemble der Musikschule Ammerland sorgte für stimmungsvolle Musik. Es folgten viele Reden, die das berufliche Wirken von Manfred Pfaus würdigten.

Christian Boenisch, der Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., würdigte vor allem, dass Manfred Pfaus vorausschauend für Kontinuität bei der GPS gesorgt habe. Es sei ihm geglückt, ein gut zusammenarbeitendes Team an die künftigen Auf-

gaben heranzuführen. Er bezog sich damit auf die Vorkehrungen, die Manfred Pfaus mit der GPS-Leitung und dem Gesellschafter seit mehr als einem Jahr für seine Nachfolge getroffen hatte: zum einen sein Vorschlag, Jürgen Hoffmann und Petra Mingo als seine Nachfolger zu benennen, zum anderen die Erarbeitung eines neuen Geschäftsverteilungsplanes als Grundlage für die künftige Zusammenarbeit der neuen Geschäftsleitung. Seitens des Paritätischen Niedersachsen gab es noch eine besondere Ehrung, nämlich die Verleihung des Ehrenzeichens. Die stellvertretende Vorsitzende Birgit Eckhardt und Kurt Spannig als Vorsitzender des Verbandsrates verlasen die Urkunde und fanden die passenden Worte.

Die niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt, die bis vor einiger Zeit selbst Vorstand des

Paritätischen und Vorsitzende des Verwaltungsrats der GPS war, berichtete über die aktuellen Maßnahmen ihres Ministeriums und der neuen Landesregierung zur Förderung der Inklusion. Seitens der Kommunen würdigten Landrat Sven Ambrosy (Friesland) und Bürgermeister Holger Barkowsky (Wilhelmshaven) die gute Zusammenarbeit, die Bedeutung der Arbeit der GPS in der Region und einige innovative Projekte der letzten Jahre. Immer wieder wurde betont, wie wichtig die Person Manfred Pfaus bei all diesen Leistungen war: ein Mensch, der immer wieder neue Ideen entwickelte und in Projekte umsetzte; ein Mann, der geduldig zuhörte und ernsthaft an den Meinungen seiner Gesprächspartner interessiert war. Schließlich trugen Katrin Nock für die Belegschaft und Jürgen Hoffmann für die Leitung der GPS vor, was Manfred Pfaus für sie

hinterlassen hat. „Ein toller Chef“ war er, betonten beide.

Das letzte Wort hatte Manfred Pfaus. „Sie können mir glauben, das war nie langweilig“, fasste er seine 39 Jahre bei der GPS zusammen. „Die GPS hat mir eine Entwicklung geboten, die ich sonst nirgends gefunden hätte.“ Und dann kam noch einmal der Kämpfer für soziale Gerechtigkeit zu Wort: „Sozialpolitik ist eine zentrale Aufgabe des Staates – und nicht nur ein Kostenfaktor. Wir sind ein reiches Land – wofür wir unser Geld ausgeben, darüber müssen wir streiten!“

Dr. Christian Andrae
 Gemeinnützige Gesellschaft
 für Paritätische Sozialarbeit mbH
 Wilhelmshaven

Abschied vom Fachbereich

Bereits am 26.09.2013 hatte sich Manfred Pfaus im Rahmen einer Sitzung vom Fachbereich Soziale Psychiatrie des Paritätischen Niedersachsen verabschiedet, für den er seit dem 14.09.1995, also mehr als 18 Jahre lang, als vorsitzender Sprecher tätig war.

Fachberater Bernhard Döring bedankte sich für die langjährige Mitarbeit mit einem Präsent. Während der letzten Sitzung des Sprechergremiums des Fachbereichs musste sich Manfred Pfaus dann doch noch einem „sehr persönlichen“ Hilfeplangespräch stel-

len: Geprüft wurde die Frage, ob die zukünftigen Sozialleistungen nicht doch besser als Sachleistungen gewährt werden sollten.

Vorgetragene Bedenken gegen die Gewährung einer Geldleistung (Rente) konnte der künftige Ruheständler letztendlich zerstreuen.

Bernhard Döring
 Fachberater
 Soziale Psychiatrie

Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen · Rosenwall 1 · 38300 Wolfenbüttel
 Fon: 05331-905460 · Fax: 05331-9054611 · jugendwerk@paritaetischer.de · www.pjw-nds.de

 paritätisches
 JUGENDwerk



kraftvoll



lautstark



dynamisch

für Teilhabe, Solidarität,
 soziale Gerechtigkeit

Professor Klaus Schüler erhält Ehrennadel Auszeichnung für 25 Jahre ehrenamtliches Engagement

Mit einer Urkunde und der Ehrennadel des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. hat die stellvertretende Vorsitzende Birgit Eckhardt am 6.12.2013 Professor Klaus Schüler für seinen 25-jährigen Vorstandseinsatz bei der paritätischen Mitgliedsorganisation Jugendberatung, -therapie und -weiterbildung e.V. ausgezeichnet. Birgit Eckhardt lobte ausdrücklich das lange und besondere ehrenamtliche Engagement des Jubilars. Neben seinem langjährigen ehrenamtlichen Engagement war der heute 73-jährige unter anderem als Professor für empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Oldenburg und Senior Commissioner (Leitender Kommissär) für China des Präsidiums der Universität tätig.

Professor Klaus Schüler wurde 1986 in den Vorstand der Jugendberatung gewählt. 1991 legte er sein Amt zunächst nieder, wurde aber schon 1994 erneut berufen. Diesmal war er bis zum Jahr 2005 im Vorstand tätig, der Umzug nach München beendete diese Tätigkeit. Im Folgejahr 2006 kam es zu Unstimmigkeiten und „Putschversuchen“ im Verein. Klaus Schüler eilte dem Vorstand erneut zu Hilfe, sicherte sich das Vertrauen wichtiger Mitglieder und holte den Dachverband Paritätischer Niedersachsen „mit ins Boot“ um künftig gemeinsam eine starke Front zu bilden und gegen das in Oldenburg stark vertretene Diakonische Werk auf Augenhöhe verhandeln zu können. Um dies zu erreichen, wurde 2009 die PARLOS gemeinnützige GmbH gegründet, eine Gesellschaft



Birgit Eckhardt, Prof. Klaus Schüler und Christian Berthe vor der PARLOS.

des Paritätischen Niedersachsen und des Vereins Jugendberatung, -therapie und -weiterbildung e.V. Oldenburg, die im April 2010 das operative Geschäft des Vereins Jugendberatung, -therapie und -weiterbildung e.V. übernahm.

„Er half, große, manchmal auch nur vermeintlich große Gefahren von seinem Verein abzuwenden, vermittelte stets Verlässlichkeit und

Kontinuität“, lobte Christian Berthe vom Vorstand des Oldenburger Vereins. Mit dem Übergang des Vereins in die Gesellschaft PARLOS verabschiedete Professor Klaus Schüler sich in den Ruhestand.

Anika Falke

Pressereferentin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Werben im Parität Report

Sie möchten in den nächsten Ausgaben des Parität Report eine Anzeige schalten?

Wir beraten Sie dazu gerne. Fordern Sie einfach unter presse@paritaetischer.de

unverbindlich unsere gültige Anzeigenpreisliste an.

Ehrenabzeichen für Söncke Sönnichsen

Kuratoriumsmitglied der Stiftung Waldheim Cluvenhagen scheidet aus

25 Jahre lang war Söncke Sönnichsen für den Einrichtungsverbund Stiftung Waldheim Cluvenhagen in Langwedel, einer Mitgliedsorganisation des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., tätig. Zu diesem besonderen Jubiläum hat der Paritätische Niedersachsen dem 69-jährigen anlässlich seiner feierlichen Verabschiedung aus dem Kuratorium der Waldheim Gruppe, die am 17.01.2014 im Café Clüverhaus in Achim stattfand, für das stets ideenreiche Engagement gedankt und ihn geehrt. Abteilungsleiterin Lara Sebo überreichte Söncke Sönnichsen eine Urkunde und das neue Ehrenzeichen des Paritätischen Niedersachsen.

„Wir danken Herrn Sönnichsen nochmals ausdrücklich für sein beispielgebendes Wirken in den verschiedensten Positionen“, sagte Lara Sebo in ihrer Laudatio und blickte zurück ins Jahr 1988, als der Jubilar als Verwaltungsleiter der Stiftung Waldheim Cluvenhagen begann. Im Laufe der Jahre übernahm er unter anderem die Geschäftsführung der Albertshof gGmbH, einer Gesellschaft im Einrichtungsverbund, war Ein-



Lara Sebo überreicht Söncke Sönnichsen das Ehrenabzeichen des Paritätischen.

richtungsleiter, Stiftungsvorstand und seit 2002 Geschäftsführer der Waldheim Werkstätten. „Auch nach seinem Ruhestand 2004 engagierte sich Söncke Sönnichsen weiter für unsere Mitgliedsorganisationen und pflegte stets eine aktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Niedersachsen“, erklärte Lara Sebo.

Trotz seiner vielen Ämter und Aufgaben habe Söncke Sönnichsen nie den Kontakt zu den Mitarbeitern abreißen lassen, sagte Dieter Haase, Geschäftsführer der Wald-

heim Werkstätten und Vorstand der Stiftung: „Du warst jederzeit für sie ein korrekter und menschlicher Ansprechpartner, der immer zuerst das Gute im Menschen gesehen oder auch gesucht hat!“ Sowohl Dieter Haase als auch Gerhard Wilters, der Söncke Sönnichsen Nachfolge im Kuratorium der Stiftung antrat, betonten die kommunikative und gesellige Ader des Jubilars.

Anika Falke

Pressereferentin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V

Konzert zum 139. Geburtstag eines Nobelpreisträgers

Albert Schweitzer begeistert in der Kreuzkirche –

mitten in der Landeshauptstadt!

Anlässlich des 139. Geburtstages von Albert Schweitzer hat die paritätische Mitgliedsorganisation

Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V. (mit Sitz in Uslar) ein Konzert mit Lesung in Hannover organi-

siert. Die Gäste in der voll besetzten Kreuzkirche der Marktkirchengemeinde in der Stadtmitte

staunten nicht schlecht, als sie diese betraten, denn die Bestuhlung der Kirche war nicht, wie gewohnt, zum Altar ausgerichtet, sondern der Orgel zugewandt. Pastorin Hanna Kreisel-Lieberman war darüber freudig überrascht: „So geht die Musik direkt ins Herz und in die Beine“, erklärt sie. Nach einer engagierten Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzenden des Albert-Schweitzer-Familienwerks, Dr. med. Omar Mahjoub, spielte Organist Axel Ladeur verschiedene Stücke von

Bach. Die Zuschauer waren begeistert von der Klangfülle und Leichtigkeit des Orgelspiels und spendeten entsprechend einen anhaltenden Applaus.

Zwischen den vier Orgelstücken lasen der Sozialdezernent der Landeshauptstadt Hannover, Thomas Walter, und die Pastorin der Marktkirchengemeinde, Hanna Kreisel-Liebermann, Texte von Albert Schweitzer. Dies geschah so lebhaft und bildhaft, dass man als Zuhörer fast das Universalge-

nie Albert Schweitzer selbst vor Augen hatte. Der erfolgreiche Arzt, Musiker, Theologe, Philosoph und Forscher ist Friedensnobelpreisträger. Durch das Programm führte der Pressesprecher des Vereins, Jörg Grabowsky. Es gelang ihm mit seiner unterhaltenden Art, einen Bogen aus den Zeiten von Johann Sebastian Bach über Albert Schweitzer bis in die Gegenwart zu schlagen. Martin Kupper, Geschäftsführer des Albert-Schweitzer-Familienwerks, empfand nicht nur das gesamte Arrangement als besonders gelungen, sondern war auch vom Interesse der Besucher am Familienwerk selbst begeistert. Er habe in den Gesichtern der Besucher gesehen und bei sich selbst gespürt, wie gut dieser Abend getan habe: „Es war tolle Musik, etwas fürs Herz, so dass man Gänsehaut bekam!“

Das Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V. ist eine starke Gemeinschaft, in der 900 Mitarbeiter über 2.500 Menschen in ambulanten und stationären Einrichtungen betreuen. Der Name ist Konzept: In elf niedersächsischen Städten vom Solling bis an die Elbe werden regionale Dienstleistungszentren für Menschen betrieben. Der gemeinnützige Verein bietet individuelle Hilfen für Kinder und Jugendliche sowie für alte, kranke und behinderte Menschen.

Simone Bergerhausen
Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V.



Die Kreuzkirche der Marktkirchengemeinde Hannover war zum Geburtstag von Albert Schweitzer gut besucht von begeisterten Orgel- und Albert Schweitzer Freunden.

ACHTUNG

Für die Ausgabe 02/2014 des Parität Report ist **Redaktionsschluss** am

Montag, 5. Mai 2014

Bitte schicken Sie Ihre Beiträge und Bilder in druckfähiger Größe (ab 1 MB, Einzeldatei) an presse@paritaetischer.de

15 Jahre MOBILE e.V. in Pattensen

Ein Mehrgenerationenhaus, von dem die meisten Gemeinden nur träumen können

Zu einer fröhlichen Jubiläumsfeier hatte der Verein MOBILE e.V. für den 15. Februar 2014 eingeladen. Wie beliebt und wie wichtig das Mehrgenerationenhaus des Vereins ist, hatte sich schon vor der Jubiläumsfeier gezeigt: Es waren so viele Gäste angemeldet, dass kurzfristig überlegt wurde, den Empfang räumlich zu verlegen. Doch dann wurde das Haus einfach ausgeräumt und alle geladenen Besucher fanden Platz.

Regionspräsident Hauke Jagau hatte den Grund für die Beliebtheit des Hauses schnell benannt: Unter den eigenständigen Gemeinden in der Region Hannover sei Pattensen eine der kleinsten, aber unter den Mehrgenerationenhäusern im ganzen Land sei MOBILE eine der größten Einrichtungen. Er wies auch darauf hin, dass der Verein schon sehr früh auf den demografischen Wandel reagiert und entsprechende Angebote konzipiert habe. Die Bundestagsabgeordneten und Paten des Hauses, Dr. Maria Flachsbarth (CDU) und Dr. Matthias Miersch (SPD), begleiten die Entwicklung bereits seit vielen Jahre und versprochen Unterstützung und Hilfe auf Bundesebene,



Von links: Die Bundestagsabgeordneten und Paten des Hauses, Dr. Matthias Miersch (SPD) und Dr. Maria Flachsbarth (CDU), versprochen auf der Geburtstagsfeier Unterstützung und Hilfe auf Bundesebene, um den Fortbestand des Hauses zu sichern.

um den Fortbestand des Hauses zu sichern.

Das umfangreiche Angebot des Vereins richtet sich an Krippen-, Kindergarten- und Hortkinder, dazu kommen zahlreiche Angebote im Bereich Familien- und Erwachsenenbildung. Große Nachfrage ist auch bei den Kursen und Veranstaltungen für SeniorInnen zu verzeichnen. Besonders die Alt-Jung-Angebote wie Handy- und Computerkurse erfreuen sich gro-

ßer Beliebtheit. Im Rahmen der Demenzbetreuung „Zeitlos“ wird an zwei Vormittagen eine Tagesbetreuung für demenzerkrankte Menschen angeboten. Abgerundet wird dieses bunte Programm mit einem offenen Treffpunkt – dem Café MOBILE. Hier begegnen sich Jung und Alt zum gemeinsamen essen, klönen, spielen und mehr.

Elke Eicke
MOBILE e.V. –
Mehrgenerationenhaus

Ministerin zeichnet ehrenamtliches Engagement aus

Neujahrsempfang des Paritätischen Hameln-Pyrmont am 7. Januar 2014

Der traditionelle Neujahrsempfang des Paritätischen Hameln-Pyrmont

am 7.01.2014 wurde wie gewohnt von dem Beiratsvorsitzenden Dr.

Hermann Niederhut mit einem Rückblick auf Erreichtes und einer

Vorausschau auf neue Aufgaben eröffnet. Etwa 150 Gäste folgten anschließend den Grußworten von Landrat Tjark Bartels sowie der Oberbürgermeisterin der Stadt Hameln, Susanne Lippmann.

Die Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, Cornelia Rundt, hielt eine Grundsatzzrede zur sozialpolitischen Neuausrichtung im Land Niedersachsen. Sie ging ausführlich

auf den Bereich Pflege ein und sprach über Fachkräftemangel und das Ziel, für die Zukunft die Attraktivität der Altenpflegeausbildung und des Berufsbildes insgesamt zu steigern. Weitere Themen waren die Novellierung des Niedersächsischen Heimgesetzes sowie Maßnahmen zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Stärkung von Teilhabe und Integration. In diesem Bereich wird ab 2014 die Einrichtung von Koordinierungsstellen in al-

len Landkreisen der Region Hannover, kreisfreien Städten sowie der Landeshauptstadt Hannover gefördert.

Mit ihren Ausführungen zum Thema Ehrenamt und Selbsthilfe beendete Cornelia Rundt ihre Rede, um anschließend sechs Personen für ehrenamtliches Engagement auszuzeichnen: Nicola Kraus (Gründung einer Stillgruppe und langjährige Tätigkeit im Kinderschutzbund), Franz Theilen (Gründung der Alzheimer Gesellschaft Hameln-Pyrmont), Renate Höpner (für vielseitiges Engagement und Gründung der Suchtkrankenhilfe e.V. in Hameln), Milian-Erik Retkowski und Baris Karakoc (Teilnahme am Schulprojekt „Soziales Lernen“ und aktive Betreuung von Senioren) sowie Annegret Webel (Projekte für Jung und Alt und Mitglied des Seniorenbeirats der Stadt Bad Pyrmont). Zum Abschluss der Veranstaltung zeigten zwei Tänzerinnen der Tanzgruppe Tamilalayam aus Göttingen Tamilische Tempeltänze.



Der Geschäftsführer des Paritätischen Hameln-Pyrmont, Norbert Raabe, (2. von links), Niedersachsens Sozialministerin Cornelia Rundt (4. von links) und Beiratsvorsitzender Dr. Hermann Niederhut (rechts) mit den geehrten Engagierten.

Karin Teraske
Der Paritätische Hameln-Pyrmont

Gemeinsamer Spaß am Spiel

Hannover Korbjäger und Hannoversche Werkstätten starten Unified-Projekt

Am Mittwoch, 4. Dezember 2013, trafen sie sich zur ersten gemeinsamen Trainingseinheit: Die Spieler vom Basketball-Regionalligisten Hannover Korbjäger, ihr Trainer Thorsten Freiheit und zehn Basketballamateure der paritätischen Mitgliedsorganisation Hannoversche Werkstätten gem. GmbH

(HW). Im Rahmen der Europäischen Basketballwoche von Special Olympics starteten die Mannschaften Hannovers erstes „Special Olympics Unified-Projekt“. Unified – also gemeinsam – zu spielen ist das Credo der Teilnehmer. Special Olympics Niedersachsen fördert als gemeinnützige Sportbe-

wegung die sportlichen Aktivitäten von Menschen mit geistiger Behinderung. Dazu gehören Organisation von Sportwettbewerben und Trainingsmöglichkeiten ebenso wie das Unified-Programm.

„Als wir zum ersten Mal von Special Olympics hörten, wussten wir gleich, dass wir genau so et-



Gruppenbild zum
Auftritt des
gemeinsamen
Training:
Die Mannschaft
der Hannoverschen
Werkstätten und
die Spieler der
Korbjäger

Foto:
Michael Siebert
Fotografie

was gesucht hatten. Wir wollten gerne ein soziales Projekt starten und freuen uns jetzt sehr auf das erste Kennenlernen und Trainieren“, sagt Aleksandar Tunjic, Vorsitzender der Hannover Korbjäger. „Zwischen uns hat gleich die Chemie gestimmt“, bestätigt Ilias Symeonidis, Basketballtrainer der Hannoverschen Werkstätten. „Mit den Korbjägern haben wir die Chance, unser Spiel wesentlich zu verbessern. Sie können uns viel beibringen, aber sicher auch einiges von uns lernen. Dank ihrer Vermittlung trainieren wir bereits seit einigen Monaten in einer

echten Basketballhalle. Bei uns in den Werkstätten war aufgrund der fehlenden Raumhöhe kein vernünftiges Spiel möglich.“

Zur ersten Trainingseinheit im Dezember 2013 hatte Special Olympics Niedersachsen im Rahmen seiner Europäischen Basketballwoche in die Sporthalle des Niedersächsischen LandesSportBundes eingeladen. Auf dem Trainingsprogramm stand neben Dribbel-, Konditions- und Wurfübungen natürlich auch ein gemeinsames Abschlussspiel. Das gemeinsame Training bildete den Auftakt einer Partnerschaft,

regelmäßige Termine werden folgen und irgendwann natürlich auch ein Special Olympics Unified-Basketball-Turnier. „Dazu müssen sich natürlich noch weitere Profi- und Amateur-Mannschaften mit und ohne Behinderung zusammen tun. Wir hoffen, dass die Hannoverschen Werkstätten und die Korbjäger ein Vorbild für andere Einrichtungen und Vereine in Niedersachsen sein werden,“ wünscht sich Richard Kolbe, Geschäftsführer von Special Olympics Niedersachsen.

Richard Kolbe
Special Olympics Niedersachsen e.V.

Bewegung – Inklusion – Sport

Lauftreff der Lebenshilfe gestaltet Workshop

Am 09. November 2013 nahm der Lauftreff „Lebenshilfe – Wir bewegen uns!“ der Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg gemeinnützige GmbH aktiv am Bremer Kongress für Bewegung, Inklusion und Sport teil. Im Vor-

dergrund stand vor allem die Frage, wie sich gemeinsam Sport unter dem Inklusionsgedanken gestalten lässt. Hierzu wurde der Lauftreff vom Kooperationspartner Special Olympics Bremen e.V. eingeladen. Gemeinsam mit Utz Bertschy (Or-

ganisator verschiedener Laufveranstaltungen in Bremen) gestaltete Ludger Norrenbrock (Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg) den Workshop „Gemeinsam läuft's besser“ mit dem Schwerpunkt: „Wie setze ich das

gemeinsame Sport treiben von Menschen mit und ohne Behinderung in der Leichtathletik um“. In der Veranstaltung wurde den interessierten Teilnehmern des Workshops aufgezeigt, wie möglichst viele Menschen mit und ohne (geistige) Behinderung langfristig für den gemeinsamen Laufsport begeistert werden können. Edith Vogt, Peter Reisinger, Thorsten Ebert und Erich Moldenhauer vom Lauftreff der Lebenshilfe haben zu diesem Zweck ihre persönlichen Erfahrungen als Teilnehmer am gemeinsamen Laufsport mitgeteilt.



Ludger Norrenbrock

Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg gemeinnützige GmbH

Von links: Utz Bertschy, drei Sportlerinnen vom Martinshof Bremen, Edith Voigt, Peter Reisinger, Thorsten Ebert, Erich Moldenhauer, Ludger Norrenbrock und Christian Dirbach (Special Olympics).

Ehrungen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes, in Kreisgruppen wie Mitgliedsorganisationen konnten in den letzten Wochen für langjährige Verbandszugehörigkeit ausgezeichnet werden:

Urkunde:

- Gabriele Westerfeld, Paritätischer Nienburg
- Karin Siegmund, Paritätischer Wolfsburg
- Hermann-Bernd Harms, Bundesverband für Rehabilitation und Interessenvertretung Behinderter Aurich
- Albert Göhn, Blindenverein Ostfriesland Gruppe Aurich
- Roman Siewert, Sozialwerk Nazareth Norden-Norddeich
- Annemarie Heuer, Paritätischer Landesverband
- Manfred Pfaus, Gemeinnützige Gesellschaft für Sozialarbeit Wilhelmshaven
- Söncke Sönnichsen, Stiftung Waldheim Cluvenhagen
- Helene Sartisohn, Paritätischer Lüneburg

Ehrenzeichen des Verbandes:

- Helga Weitemeyer, Paritätischer Alfeld
- Prof. Klaus Schüler, Jugendhilfe, -therapie und -weiterbildung e.V. Oldenburg

Der Paritätische Stellenmarkt



FÜR SOZIALES | S&S gemeinnützige Gesellschaft für Soziales mbH ist anerkannter Träger der Jugendhilfe und Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband LV Hamburg e.V.

Im Rahmen der §§ 27ff. SGB VIII bieten wir stationäre, teilstationäre, ambulante und projektorientierte Hilfen zur Erziehung als Angebot für Kinder, Jugendliche und deren Familien an. Auf Grund ihrer persönlichen und fachlichen Qualifikation und ihren Erfahrungen im Umgang mit gefährdeten Kindern und Jugendlichen gehen unsere Mitarbeiter individuell auf Problemlagen ein und entwickeln passgenaue, dem Bedarf entsprechende Betreuungsmodelle.

Für intensiv betreute Wohngruppen (gem. §34 SGB VIII) in Hamburg und Norderstedt suchen wir ab sofort oder später

Sozialpädagogen (w/m)- Diplom / B.A.

in Vollzeit / Teilzeit

Wir bieten:

- einen interessanten Arbeitsplatz
- fachlich kompetente und gut ausgebildete Kolleginnen und Kollegen
- engagierte Führungskräfte
- kollegiale Beratung
- regelmäßige Dienstbesprechungen
- Teamtage
- regelmäßige externe Supervision, team- und fallbezogen
- In House Fortbildungen, z.B. Traumapädagogik
- eine mögliche Förderung von individuellen Fortbildungswünschen
- eine Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis nach Ablauf von 24 Monaten ist möglich
- ein offenes Ohr für neue innovative und kreative Konzepte und Ideen

Wir wünschen uns Fachkräfte die:

- ein abgeschlossenes pädagogisches Studium haben
- über Erfahrungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung verfügen
- Erfahrungen und Sicherheit in der Arbeit mit belasteten Kindern und Jugendlichen haben
- über Kenntnisse systemischen Arbeitens verfügen
- sich sicher im Bereich SGB II, VIII und XII bewegen können
- Erfahrungen in der Falldokumentation haben
- Wert legen auf gute Teamarbeit
- engagiert arbeiten und Freude an Fort- und Weiterbildungen haben
- Supervisionen konstruktiv gegenüberstehen

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, freuen wir uns darauf, Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen entgegenzunehmen!

Gerne per Mail unter bewerbung@fuersoziiales.de

oder per Post an


Adenauerallee 3-6
20097 Hamburg



Lammetal-Werkstätten Lamspringe GmbH

Ein Unternehmen mit sozialem Auftrag
Gemeinnützige Lebenshilfe-Einrichtungen

Unser Unternehmen ist eine Reha-Einrichtung und anerkannte Werkstatt für Menschen mit Behinderung mit angeschlossenen Wohnstätten, Wohngruppen und dem Ambulant unterstützten Wohnen.

Wir suchen zum **01.07.2014**

einen Qualitätsmanagementbeauftragten - QMB (w/m)

Dieser Bereich umfasst Gestaltung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagementsystems. Koordination der Qualitätsplanung und -kontrolle, sowie ganzheitliche Erfassung und Analyse der im Unternehmen erstellten Qualität. Koordination und Steuerung systematischer Verbesserungsmaßnahmen.

Ihre Aufgabenschwerpunkte:

- Mitwirkung und fachliche Anleitung bei der Planung und Umsetzung der unternehmensspezifischen Qualitätspolitik und Qualitätsziele
- Kommunikation der Qualitätsgrundsätze zur Förderung des Qualitätsbewusstseins im Unternehmen
- Ständige Überprüfung und Bewertung der Weiterentwicklung des Qualitätsmanagementsystems
- Koordinierung, Beratung und Schulung der Führungskräfte und der operativen Mitarbeiter/innen in allen Fragen des Qualitätsmanagements
- Koordination der Erarbeitung, Aktualisierung und Weiterentwicklung der QM-Vorgabedokumente: QM-Handbuch und sonstigen operativen Dokumente
- Prüfung und Freigabe von internen/externen qualitätsrelevanten Dokumenten
- Information der Führungskräfte über qualitätsbezogene Daten und Koordination von Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung
- Sicherstellung der QM-Nachweisdokumentation (Aufzeichnungen)
- Mitwirkung an der Bewertung von Prüfergebnissen und Kundenbefragungen
- Überwachung von system- und produktbezogenen Korrektur- und Vorbeugungsmaßnahmen

Ihr Profil:

- Abgeschlossene Fortbildung zum Qualitätsmanagementbeauftragten
- Mindestens 3-5 Jahre Berufserfahrung im Bereich Qualitätsmanagement
- Nachweisbare Erfahrungen im Aufbau eines Qualitätsmanagements
- Unternehmerisch denkende und handelnde Persönlichkeit mit „Hands-on-Mentalität“, Analytisches Denkvermögen, ergebnisorientiertes und selbstständiges Arbeiten
- Einsatzbereitschaft, Flexibilität, Teamfähigkeit runden Ihr Profil ab

Unser Angebot:

- ein interessantes und vielseitiges Aufgabengebiet
- eine Vollzeitbeschäftigung von 38,5 Stunden/Woche
- eine Vergütung und sämtliche Sozialleistungen in Anlehnung an den TVöD
- betriebliche Altersvorsorge

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internet-Seite: www.lammetal.net.
Schauen Sie mal rein.

Aussagekräftige Bewerbungen richten sie bitte schriftlich bis zum 01.05.2014 an:



Lammetal Werkstätten Lamspringe GmbH

- Geschäftsführung -
An der Pferdewiese 1
31195 Lamspringe

... seit 1971 Erfahrung in sozialer Arbeit

Die Lebenshilfe Celle gGmbH sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine

Bereichsleitung

für den Kinder- und Jugendbereich in Vollzeit

Das Aufgabenfeld umfasst die Schulleitung der trägereigenen Tagesbildungsstätte und die Unterstützung der Leitung des Heilpädagogischen Kindergartens (jeweils ca. 70 Plätze).

Wir erwarten die Organisation und kreative Weiterentwicklung der unterschiedlichen Hilfsangebote in beiden bisher getrennt geführten Bereiche vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention, dem niedersächsischen Schul- und Kindertagesstättengesetzes und der Inklusionsdiskussion.

Ihre Aufgaben:

- Fachliche Leitung
- Umsetzung der Ziele, Lehrinhalte und amtlichen Vorgaben für Schulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung unter Berücksichtigung des Profils des Trägers
- Außenvertretung der Schule und des Kindergartens gegenüber Behörden und anderen Institutionen
- Mitarbeiterführung
- Budgetverantwortung
- Strategische und konzeptionelle Weiterentwicklung der Schule und des Kindergartens vor allem im Hinblick auf neue Ansätze in der Bildungspolitik (Inklusion)

Sie haben

- ausreichend Kenntnisse der einschlägigen Gesetzes- und Verordnunggrundlagen und der kommunalen Verwaltungsstrukturen
 - praktische Berufs- und möglichst Leitungserfahrung in der Behindertenhilfe bzw. in der Lehrtätigkeit an Schulen
 - konzeptionelle Fähigkeiten
 - Durchsetzungskraft
 - betriebswirtschaftliche Kompetenz
 - Motivation, Initiative und Freude bei der Gestaltung und Weiterentwicklung des Aufgabenbereichs
 - sowie Erfahrung in der Personalführung von qualifiziertem Lehr- und Betreuungspersonal
- Idealerweise verfügen Sie über einen qualifizierten Abschluss im Lehramt für Grund- und Hauptschulen oder einen qualifizierten Hochschulabschluss im erziehungswissenschaftlichen Bereich (Diplompädagogik, Sonderpädagogik, Heilpädagogik).

Wir bieten

eine interessante, vielseitige Tätigkeit mit hoher Eigenverantwortung und sehr viel Gelegenheit Neues zu gestalten, eine adäquate Vergütung nach TVöD sowie eine zusätzliche Altersversorgung. Sie finden eine motivierte und flexible, moderne und zukunftsorientierte Mitarbeiterschaft, sowie klare Organisationsstrukturen.

Weitere Angaben finden Sie auf der Internetseite der Lebenshilfe Celle www.lhcelle.de

Bitte schicken Sie Ihre Bewerbung bis 14.03.2014 an
 Lebenshilfe Celle gGmbH
 Geschäftsführung
 Alte Dorfstr. 4
 29227 Celle



Der Paritätische Stellenmarkt

Senden Sie eine Kurzbewerbung (zwei bis drei Sätze)
 oder ihre Ausschreibung an
 E-Mail presse@paritaetischer.de
 oder Fax 05 11 5 24 86-3 33.

Die Veröffentlichung ist kostenlos!

Gemeinsam für Alle



Lebenshilfe Gifhorn

gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Wir sind seit mehr als 50 Jahren Träger von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung im Landkreis Gifhorn und betreuen in Frühförderung/Stützpädagogik, Kindergärten und Schulen, Werkstätten und Wohnheimen sowie in verschiedenen ambulanten Diensten mit ca. 500 Mitarbeitern über 1300 Menschen mit Behinderung.

Für unseren Berufsbildungsbereich in der WfbM suchen wir in Vollzeit ab sofort eine(n)

Diplom-Sozialarbeiter/in

oder

Diplom-Sozialpädagoge/in

Aufgaben und Profil für diese Stelle entnehmen Sie bitte unserer Internetseite www.lebenshilfe-gifhorn.de

Wir bieten Ihnen:

- Eine abwechslungsreiche und verantwortungsvolle Tätigkeit
- Ein motiviertes und engagiertes Team
- Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- Eine tarifliche Vergütung nach TVöD VKA
- Eine Altersvorsorge nach VBLU

Die Stelle ist zunächst auf zwei Jahre befristet. Sie bietet die Perspektive der beruflichen Weiterentwicklung.

Ihre schriftliche Bewerbung richten Sie bitte an: Lebenshilfe Gifhorn gemeinnützige GmbH, Frau Katja Bungartz, Im Heidland 19, 38518 Gifhorn oder per E-Mail an: info@lebenshilfe-gifhorn.de.

Gemeinsam für Alle



Lebenshilfe Gifhorn

gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Wir sind seit mehr als 50 Jahren Träger von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung im Landkreis Gifhorn und betreuen in Frühförderung/Stützpädagogik, Kindergärten und Schulen, Werkstätten und Wohnheimen sowie in verschiedenen ambulanten Diensten mit ca. 500 Mitarbeitern über 1300 Menschen mit Behinderung.

Der Bereich Wohnen besteht aus insgesamt 4 Wohnanlagen und 4 ausgelagerten Wohngruppen in Gifhorn mit über 160 Plätzen und ca. 90 Mitarbeitern. Eine fünfte Wohnanlage mit 24 Plätzen ist in Planung. Wir suchen deshalb in Vollzeit zum nächstmöglichen Termin, eine(n)

Sozialpädagogen/Sozialpädagogin o. ä.

als

Heimleitung einer Wohnanlage

Aufgaben und Profil für diese Stelle entnehmen Sie bitte unserer Internetseite www.lebenshilfe-gifhorn.de

Wir bieten Ihnen:

- Eine abwechslungsreiche und verantwortungsvolle Tätigkeit
- Ein motiviertes und engagiertes Team
- Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- Eine tarifliche Vergütung nach TVöD VKA
- Eine Altersvorsorge nach VBLU

Die Stelle ist zunächst auf zwei Jahre befristet. Sie bietet die Perspektive der beruflichen Weiterbildung.

Ihre schriftliche Bewerbung richten Sie bitte an die Lebenshilfe Gifhorn gemeinnützige GmbH, z.H. Herrn Thorsten Artelt, Im Heidland 19, 38518 Gifhorn oder per E-Mail an: thorsten.artelt@lebenshilfe-gifhorn.de



Lebenshilfe Gifhorn

gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Wir sind seit 50 Jahren Träger von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung im Landkreis Gifhorn und betreuen in Frühförderung/Stützpädagogik, Kindergärten und Schulen, Werkstätten und Wohnheimen sowie in verschiedenen ambulanten Diensten mit ca. 500 Mitarbeitern über 1300 Menschen mit Behinderung.

Für unsere „Ambulanten Hilfen und Assistenz“ suchen wir in Teilzeit (30 Std./Woche) eine

examinierte Pflegefachkraft (m/w)

als Pflegedienstleitung für unseren Ambulanten Pflegedienst.

Ihre Aufgaben:

- Beratung unserer Kunden und deren Familien über Art und Umfang der erforderlichen Versorgung
- Mitbetreuung bei Freizeitaktivitäten, Urlaubs-, Ferien- und Wochenendreisen
- Grundpflegerische Tätigkeiten
- Planung und Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit
- Sicherstellen der rechtlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen
- Konzeptionelle Weiterentwicklung des Ambulanten Pflegedienstes

Ihr Profil:

- Qualifikation als examinierte Pflegefachkraft (Altenpfleger/-in, Gesundheits- und Krankenpfleger/-in, Heilerziehungspfleger/-in)
- Weiterbildung als Pflegedienstleitung bzw. die Bereitschaft sich entsprechend weiter zu qualifizieren
- Mind. 2 Jahre Berufserfahrung, davon ein Jahr im ambulanten Bereich
- Erfahrung in der Arbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung
- Soziale Kompetenz und kommunikative Fähigkeiten
- Fähigkeit zu planen, organisieren und koordinieren
- Flexibilität und Einsatzbereitschaft
- Sehr gute MS-Office-Kenntnisse
- Selbständiges Arbeiten und Teamfähigkeit
- Fahrerlaubnis, PKW

Wie bieten Ihnen:

- Eine abwechslungsreiche und verantwortungsvolle Tätigkeit
- Ein motiviertes und engagiertes Team
- Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- Eine unbefristete Stelle
- Eine tarifliche Vergütung nach TVöD
- Eine Altersversorgung nach VBLU

Weitere Informationen zum Aufgabengebiet des Ambulanten Pflegedienstes finden Sie auf unserer Website: www.lebenshilfe-gifhorn.de

Ihre schriftliche Bewerbung richten Sie bitte an:

**Lebenshilfe Gifhorn gemeinnützige GmbH
Ambulante Hilfen und Assistenz
Frau Nadine Boß
Im Heidland 19
38518 Gifhorn**



Lebenshilfe Gifhorn

gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Wir sind seit 50 Jahren Träger von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung im Landkreis Gifhorn und betreuen in Frühförderung/Stützpädagogik, Kindergärten und Schulen, Werkstätten und Wohnheimen sowie in verschiedenen ambulanten Diensten mit ca. 500 Mitarbeitern über 1300 Menschen mit Behinderung.

Unser Kind- und Jugendbereich mit seinen teilstationären Einrichtungen und ambulanten Diensten sucht zum nächstmöglichen Termin für unsere staatlich anerkannte Tagesbildungsstätte mit ca. 40 Schülerinnen und Schüler eine/n

Schulleiter/in

(Qualifikationen: Förderschullehrer/in, Diplom-Heilpädagoge/in, Diplompädagoge/in)

Sie möchten sich der Herausforderung stellen, unter Beachtung der Prämissen der UN-Behindertenrechtskonvention mit uns gemeinsam die Zukunft unserer Einrichtung zu gestalten. Sie sind es gewohnt, andere Menschen zu motivieren und für neue Ideen zu begeistern; sind dabei strukturiert und organisiert. Ein hohes Engagement für Menschen mit Behinderungen ist für Sie selbstverständlich. Dann können Sie die richtige Ergänzung für unser interdisziplinäres Team sein.

Wir erwarten von Ihnen

- Ein abgeschlossenes Hochschulstudium
- Berufserfahrung im Bildungswesen, möglichst auch in der Behindertenarbeit
- Führungserfahrung in ähnlichen Leitungsfunktionen
- Erfahrungen in Verwaltungstätigkeiten, Organisation und QM-Systemen
- Einen sicheren Blick für die wirtschaftliche Machbarkeit pädagogischer Konzepte
- Kenntnisse im Arbeitsrecht
- Sichere Anwendung von Standardsoftware und Weiterentwicklung des EDV-Einsatzes
- hohe Flexibilität und Belastbarkeit
- sehr gute Kommunikationsfähigkeiten auf allen Ebenen

Zu Ihren Aufgaben gehören

- Leitung der Einrichtung
- Konzeptionelle Weiterentwicklung der Einrichtung
- Personalführung von ca. 30 Mitarbeitern
- Elternarbeit
- Übernahme von Unterrichtseinheiten in angemessenem Umfang
- Budgetverantwortung
- Mitwirkung bei Planung und Steuerung
- Ansprechpartner für Bereichsleitung und Geschäftsführung
- Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit

Unser Angebot

- Sie sind der Bereichsleitung Kind und Jugend direkt unterstellt;
- arbeiten in einem kompetenten interdisziplinären Team;
- auf einer unbefristeten Vollzeitstelle mit Leitungsfunktion.
- Wir bieten eine tarifliche Vergütung nach TVöD
- sowie eine betriebliche Altersversorgung nach VBLU.

Sie sind interessiert? Dann freuen wir uns auf Ihre schriftliche Bewerbung, die Sie bitte richten an: Lebenshilfe Gifhorn gemeinnützige GmbH, z.Hd. Frau Dörte Willmann-Kuball, Im Heidland 19, 38518 Gifhorn oder per E-Mail an: Doerte.Willmann-Kuball@Lebenshilfe-Gifhorn.de richten. Weitere Auskünfte erteilt Ihnen Frau Willmann-Kuball unter der Telefonnummer: 05371/892-177.

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen

Die Ansprechpartner

Betriebswirtschaft

Entgeltkalkulation, Kostenträgerverhandlung, Interims- & Krisen-Management, Haushalts- und Wirtschaftsplanung, Kostenreduzierung durch Umstrukturierung, Personal- und Personaleinsatz-Planung, Managementtraining, Beratung in Wirtschaftlichkeitsfragen, Marketing-Beratung, Begleitung in Schiedsstellenverfahren, Konzeption von Leistungsangeboten, Leistungsbeschreibung

Lara Sebo

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

Eduard Schellenberg (Behindertenhilfe)

Tel. 05 11 / 5 24 86-367

Barbara Heidrich (Pflege)

Tel. 05 11 / 5 24 86-370

Baubetreuung

Baubetreuung oder Leitung, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Architektenverträgen, Gutachten

Lara Sebo

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

EDV

Kommunikationskonzepte, Softwareberatung, Auswahl und Installation von Hard- und Software, Softwareübersichten, Internet-Präsentationen

Dietmar Buck

Tel. 05 11 / 5 24 86-373

Finanzierung

Zuwendungen, Zuschüsse und Stiftungsmittel (z. B. Lotteriemittel, Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk, Glücksspirale), Finanzierungskonzeption, Kapitalmarktkredite, Vermittlung von Investoren

Christiane Schumacher

Tel. 05 11 / 5 24 86-395

Lara Sebo (Fundraising)

Tel. 005 11 / 5 24 86-376

Adelheid Dähne (Fundraising)

Tel. 05 11 / 5 24 86-347

Finanzbuchhaltung

Organisation der Finanzbuchhaltung, Unterstützung bei Fragen im umsatzsteuerlichen Bereich, Kontierungen, Abschreibungen, Jahresabschluss, Verwendungsnachweise

Lotteriemittel-Beihilfen

Monika Bullmann

Tel. 05 11 / 5 24 86-378

Christiane Häberle

Tel. 05 11 / 5 24 86-386

Erfassen der Buchhaltungsunterlagen; Beratung Jahresabschluss (entgeltlich)

Annemarie Heuer

Tel. 05 11 / 5 24 86-377

Fotokopien

Größere Kopieraufträgen einschl. Einbinden (entgeltlich)

Michael Schmunk

Tel. 05 11 / 5 24 86-375

Kfz

Astrid Schöne (Abrufscheine)

Tel. 05 11 / 5 24 86-397

Adelheid Dähne (Abrufscheine)

Tel. 05 11 / 5 24 86-347

Paritätisches Rechenzentrum

Abrechnung von Löhnen/Gehältern (entgeltlich)

Udo Mex

Tel. 05 11 / 5 24 86-357

Personal

Unterstützung bei personalrechtlichen Fragen; Unterstützung im Umgang mit BAT, AVR, AVB und TVöD/TV-L, Betriebsvereinbarung des Paritätischen Niedersachsen

Kirsten Schalinski

Tel. 05 11 / 5 24 86-379

Rahmenverträge

Vergünstigte Konditionen für Telefonie und Materialbeschaffung sowie Kopier-, Fax- und Drucksysteme

Ernst Spieß

Tel. 05 11 / 5 24 86-398

Recht

Beratung und Unterstützung bei arbeitsrechtlichen und sonstigen Rechtsfragen, Gutachten, Vertragsprüfung und -ausarbeitung, außergerichtliche Verhandlungen und Vergleiche, Vertretung vor Schiedsstellen

Lara Sebo

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

Christiane Schumacher

Tel. 05 11 / 5 24 86-395

Versicherungen

Ulrich Preisberger

Tel. 05 11 / 52486-348

Seminare

Interne und externe Schulungen

Astrid Schöne

Tel. 05 11 / 5 24 86-397

Fachbereiche des Paritätischen Niedersachsen

Die Fachberaterinnen und Fachberater

Altenselbsthilfe

Christine Köhler-Riebau
 Paritätischer Wolfsburg
 Saarstraße 10 a
 38440 Wolfsburg
 Tel. 0 53 61 / 29 50-15
 Fax 0 53 61 / 29 50-21
 christine.koehler-riebau@
 paritaetischer.de

Behindertenhilfe

Erwin Drefs
 Lebenshilfe Delmenhorst und
 Landkreis Oldenburg e.V.
 Bismarckstraße 21
 27749 Delmenhorst
 Tel. 0 42 21 / 15 25-0
 Fax 0 42 21 / 15 25-15
 erwindrefs.fb@
 lebenshilfe-delmenhorst.de

Bildung

Annette von Pogrell
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-342
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 annette.von.pogrell@
 paritaetischer.de

Eingliederungshilfe/Wohnen

Eduard Schellenberg
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-367
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 eduard.schellenberg@
 paritaetischer.de

Elementarerziehung

Klaus-Dieter Fortmeyer
 Paritätischer Cuxhaven
 Kirchenpauerstraße 1
 27472 Cuxhaven
 Tel. 0 47 21 / 57 93-12
 Fax 0 47 21 / 57 93-50
 klaus-dieter.fortmeyer@
 paritaetischer.de

Erziehungshilfe

Kathrin Wagner
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-387
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 kathrin.wagner@paritaetischer.de

Frauen und Familien

Andrea Zerrath
 Paritätischer Helmstedt
 Schuhstraße 1
 38350 Helmstedt
 Tel. 0 53 51 / 5 41 91-4
 Fax 0 53 51 / 5 41 91-66
 andrea.zerrath@paritaetischer.de

Jugendbildung/PJW

Karsten Maul
 Paritätischer Wolfenbüttel
 Rosenwall 1
 38300 Wolfenbüttel
 Tel. 0 53 31 / 9 05 46-50
 Fax 0 53 31 / 9 05 46-11
 karsten.maul@paritaetischer.de

Krankenhäuser

Birgit Eckhardt
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-365
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Kur- und Erholungshilfen

Lara Sebo
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-376
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 lara.sebo@paritaetischer.de

Migration/Integration

Regina Krome
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-383
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 regina.krome@paritaetischer.de

Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon
 Eurosozial e.V. – Paritätischer Verein
 für deutsch-polnische und
 europäische Zusammenarbeit
 Marienbruchstraße 61/63
 38226 Salzgitter
 Tel. 0 53 41 / 84 11 94
 k.balon@eurosozial.eu

Pflege

Barbara Heidrich
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-370
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 barbara.heidrich@paritaetischer.de

Schullandheime

Kathrin Wagner
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-387
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 kathrin.wagner@paritaetischer.de

Selbsthilfe

Barbara Heidrich
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-370
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 barbara.heidrich@paritaetischer.de

Soziale Psychiatrie

Bernhard Döring
 Paritätischer Nienburg
 Wilhelmstraße 15
 31582 Nienburg
 Tel. 0 50 21 / 97 45-17
 Fax 0 50 21 / 97 45-11
 bernhard.doering@paritaetischer.de

Sucht

Petra Bunke
 Paritätischer Braunschweig
 Jugend- und Drogenberatung
 Braunschweig DROBS
 Kurt-Schumacher-StraÙe 26
 38102 Braunschweig
 Tel. 05 31 / 2 20 90-0
 Fax 05 31 / 2 20 90-90
 petra.bunke@paritaetischer-bs.de

Überregionale

Mitgliedsorganisationen

Lara Sebo
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-376
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 lara.sebo@paritaetischer.de

Abteilungsleitungen des Paritätischen Niedersachsen

Leiterinnen und Leiter

Abteilung I: Kreisverbände/Sozialzentren

Harald Fischer
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-389
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 harald.fischer@paritaetischer.de

Abteilung III: Personalwesen

Holger Büttner
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-327
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 holger.buettner@paritaetischer.de

Abteilung V: Selbsthilfe/Pflege

Barbara Heidrich
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-370
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 barbara.heidrich@paritaetischer.de

Abteilung II: Finanzen/Verwaltung

Monika Bullmann
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-378
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 monika.bullmann@paritaetischer.de

Abteilung IV: Betriebswirtschaft/Recht

Lara Sebo
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-376
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 lara.sebo@paritaetischer.de

Arbeitskreise des Paritätischen Niedersachsen

Leiterinnen und Leiter

Arbeits- und Tarifrecht

Lara Sebo
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-376
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 lara.sebo@paritaetischer.de

Freiwilligen-Agenturen

Nadja Kunzmann
 Freiwilligen-Agentur des
 Paritätischen Hameln
 c/o Familie im Zentrum
 Osterstraße 46
 31785 Hameln
 Tel. 0 51 51 / 57 61-27
 nadja.kunzmann@paritaetischer.de

Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel
 Paritätischer Nienburg
 Wilhelmstraße 15
 31582 Nienburg
 Tel. 0 50 21 / 97 45-15
 Fax 0 50 21 / 97 45-11
 wolfgang.lippel@paritaetischer.de

Straffälligenhilfe

Annette von Pogrell
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-342
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 annette.von.pogrell@paritaetischer.de

Betreuungsvereine

Christiane Schumacher
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistrasse 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-395
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 christiane.schumacher@paritaetischer.de

**Kontakt- u. Beratungsstellen
 für Selbsthilfegruppen**

Regina Heller
 Paritätischer Hameln
 Kaiserstraße 80
 31785 Hameln
 Tel. 0 51 51 / 5 76-113
 regina.heller@paritaetischer.de

Sprachheilarbeit

Irmgard Fricke
 Lebenshilfe Hameln e.V.
 Sprachheilkindergarten
 Burgstraße 4
 31855 Aerzen
 Tel. 0 51 54 / 38 05
 Fax 0 51 54 / 7 09 00 08
 irmgard.fricke@lebenshilfe-hameln.de

Mitglieder des Verbandsrats

(Wahlperiode 2012 bis 2016)

Vorsitzende des Verbandsrates

(jährlich alternierend)

Dorothea Pitschnau-Michel

(2014, 2016)

c/o Deutsche Multiple Sklerose
Gesellschaft Bundesverband e.V.
Küsterstraße 8
30519 Hannover
Tel. 05 11 / 9 68 34 13
Fax 05 11 / 9 68 34 50
dmsg@dmsg.de

Kurt Spannig (2013, 2015)

Psychiatrische Klinik Uelzen
An den Zehn Eichen 50
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 38 95-301
Fax 05 81 / 38 95-309
info@pk-uelzen.de

Andreas Bergen

c/o pro familia Landesverband
Niedersachsen e.V.
Lange Laube 14
30159 Hannover
Tel. 05 11 / 30 18 57 81
andreas.bergen@profamilia.de

Brigitte Blümel

Herzlaker Straße 53
30539 Hannover
Tel. 05 11 / 5 38 94 37
b_bluemel@t-online.de

Klaus Dickneite

Ostergrube 2
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 51 49 51 (privat)
Tel. 01 73 / 6 22 02 00 (mobil)
Fax 05 11 / 51 49 51
kdickneite@online.de

Silke Gerike

Am Mesterwinkel 19
30952 Ronnenberg
Tel. 05 11 / 46 93 19
Silke@torstengerike.de

Holger Gerken

c/o Göttinger Werkstätten gGmbH
Elliehäuser Weg 20
37079 Göttingen
Tel. 05 51 / 50 65-100
H.Gerken@Goe-We.de

Bernd Göddertz

Luisenstraße 9
31141 Hildesheim
Tel. 05 11 21 / 3 20 05 (privat)
Tel. 05 11 21 / 9 99 07 87 (dienstlich)
b.goeddertz@ijgd.de

Tina Hellmann

Diedrich-Steilen Straße 27
28755 Bremen-Vegesach
Tel. 01 76 / 92 19 18 16 (mobil)
Tina.Hellmann@web.de

Ulla Klapproth

Im Siek 10
37191 Gillersheim
Tel. 055 56 / 15 66 (werktags)
Fax 055 56 / 50 78
ulla.klapproth@paritaetischer.de

Anneliese König

Südweg 8a
26135 Oldenburg
Tel. 04 41 / 20 13 17
Fax 04 41 / 2 04 91 15
anneliese-koenig@t-online.de

Martin Kupper

c/o Albert-Schweitzer-
Familienwerk e.V.
Jahnstraße 2
37170 Uslar
Tel. 0 55 71 / 92 43-0 (dienstlich)
kupper@familienwerk.de

Monika Lehmann

Glünderstraße 2
30167 Hannover
Tel. 05 11 / 70 21 52 (privat)
Monika.Lehmann@
nld.niedersachsen.de

Jörn Jan Leidecker

Brüggemannhof 3
30167 Hannover
Tel. 01 77 / 3 07 27 24
jan.leidecker@gmail.com

Monika Placke

Walter-Haas-Straße 32
49088 Osnabrück
Tel. 05 41 / 7 63 87 (privat)
Tel. 01 70 / 8 14 10 37 (mobil)
monika.placke@freenet.de

Berlind Rosenthal-Zehe

c/o Studentenwerk Göttingen
PF 3851
37028 Göttingen
Tel. 0 55 46 / 13 79 (privat)
Tel. 05 51 / 39 51 79 (dienstlich)
Fax 05 11 / 39 51 70 (dienstlich)
Berlind.Rosenthal-Zehe@
studentenwerk-goettingen.de

Dietmar Schlüter

Bergweg 8
38527 Meine
Tel. 0 53 04 / 39 77
Fax 0 53 04 / 52 90
053043977-0001@t-online.de

Landesverband

Hauptamtlicher Vorstand

Christian Boenisch, Vorsitzender
Birgit Eckhardt, stellv. Vorsitzende

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5a
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-0
Fax 05 11 / 5 24 86-333
landesverband@paritaetischer.de

Ehrenvorsitzende

Karin Rut Diederichs

Eilenriedestift e.V.
Haus A1, App. 107
Bevenser Weg 10
30625 Hannover
Tel. 05 11 / 54 04 21 07

Wolfgang Neubelt

GDA Wohnstift
Osterfelddamm 12
Haus 3, App. 3207
30627 Hannover
Tel. 05 11 / 5 70 54 37
wneubelt@hotmail.de

Günter Famulla

Davenstedter Straße 227
30455 Hannover
Tel. 05 11 / 49 88 31

Johannes Schmidt

Bahnhofsstraße 14
21745 Hemmoor
Tel. 0 47 71 / 64 34 95 (privat)
Tel. 01 71 / 2 13 75 28 (mobil)
Fax 0 47 71 / 64 34 34
Neusicht@aol.com

Paritätische Kreisverbände in Niedersachsen

Paritätischer Aurich

Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax.: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Braunschweig

Saarbrückener Straße 50
38116 Braunschweig
Tel.: (05 31) 4 80 79-0
Fax.: (05 31) 4 80 79-14
GF: Henning Eschemann
henning.eschemann@paritaetischer.de

Paritätischer Celle

Lauensteinplatz 1a
29225 Celle
Tel.: (0 51 41) 93 98-0
Fax.: (0 51 41) 93 98-19
GFin: Waltraud Anders
waltraud.anders@paritaetischer.de

Paritätischer Cloppenburg

Beethovenstraße 11
49661 Cloppenburg
Tel.: (0 44 71) 20 46 (VdK)
Fax: (0 44 71) 95 89 03 (VdK)
GF: Hans-Jürgen Lehmann
gs-cloppenburg@vdk.de

Paritätischer Cuxhaven

Kirchenpauerstraße 1
27472 Cuxhaven
Tel.: (0 47 21) 57 93-0
Fax: (0 47 21) 57 93-50
GF: Klaus-Dieter Fortmeyer
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Paritätischer Delmenhorst

Bismarckstraße 21
27749 Delmenhorst
Tel.: (0 42 21) 15 25-50
Fax: (0 42 21) 15 25-15
GFin: Irma-H. Michel
irma.michel@paritaetischer.de

Paritätischer Diepholz

Wilhelmstraße 15
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Emden

Friedrich-Naumann-Straße 11
26725 Emden
Tel.: (0 49 21) 93 06-0
Fax: (0 49 21) 93 06-16
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Emsland

Lingener Straße 13
49716 Meppen
Tel.: (0 59 31) 1 80 00
Fax: (0 59 31) 1 22 80
GFin: Barbara Germer-Grote
barbara.germer-grote@paritaetischer.de

Paritätischer Friesland

Zum Jadebuden 12
26316 Varel
Tel.: (0 44 51) 91 46-0
Fax: (0 44 51) 91 46-11
GF: Wolf-Dieter Kulawik
wolf-dieter.kulawik@paritaetischer.de

Paritätischer Gifhorn

Sprachtherapeutischer Kindergarten
Kindergarten
Am Sportplatz 10
38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 9 44 99-0
Fax: (0 53 71) 9 44 99-73
GFin: Sandra Helbing
shg-gifhorn@paritaetischer-bs.de

Paritätischer Goslar

Von-Garßen-Straße 6
38640 Goslar
Tel.: (0 53 21) 2 10 11
Fax: (0 53 21) 1 82 29
GF: Sven Dickfeld
sven.dickfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Göttingen

Zollstock 9 a
37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 9 00 08-10
Fax: (05 51) 9 00 08-19
GF: Dr. Volker Bullwinkel
volker.bullwinkel@paritaetischer.de

Paritätischer Graftsch. Bentheim

Große Gartenstraße 14
48529 Nordhorn
Tel.: (01 60) 44 04 02-4
GFin: Anja Jankowsky
anja.jankowsky@paritaetischer.de

Paritätischer Hameln

Kaiserstraße 80
31785 Hameln
Tel.: (0 51 51) 57 61-0
Fax: (0 51 51) 5 99 77
GF: Norbert Raabe
norbert.raabe@paritaetischer.de

Paritätischer Hannover

Gartenstraße 18
30161 Hannover
Tel.: (05 11) 9 62 91-0
Fax: (05 11) 9 62 91-13
GF: Ralf Hohfeld
ralf.hohfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Harburg

Schanzenring 8
21423 Winsen / Luhe
Tel.: (0 41 71) 88 76-0
Fax: (0 41 71) 88 76-29
GFin: Bettina Wichmann
bettina.wichmann@paritaetischer.de

Paritätischer Helmstedt

Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel.: (0 53 51) 54 19-0
Fax: (0 53 51) 54 19-66
GFin: Andrea Zerrath
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Lilly-Reich-Straße 5
31137 Hildesheim
Tel.: (0 51 21) 74 16-0
Fax: (0 51 21) 74 16-20
GFin: Elisabeth Fokken
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Kalandstraße 7
31061 Alfeld
Tel.: (0 51 81) 84 35-0
Fax: (0 51 81) 84 35-20
GFin: Elisabeth Fokken
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

Paritätischer Holzminden

Wallstraße 2
37603 Holzminden
Tel.: (0 55 31) 93 27-0
Fax: (0 55 31) 93 27-90
GF: Daniel Leonhardt
daniel.leonhardt@paritaetischer.de

Paritätischer Leer

Pferdemarktstraße 59
26789 Leer
Tel.: (04 91) 9 25 31-0
Fax: (04 91) 9 25 31-31
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Lüchow-Dannenberg

Schlossgraben 3
29451 Dannenberg
Tel.: (0 58 61) 88 53
Fax: (0 58 61) 87 50
GFin: Susanne Guhl
susanne.guhl@paritaetischer.de

Paritätischer Lüneburg

Altenbrücker Damm 1
21337 Lüneburg
Tel.: (0 41 31) 86 18-0
Fax: (0 41 31) 86 18-40
GF: Ralf Gremmel
ralf.gremmel@paritaetischer.de

Paritätischer Nienburg

Wilhelmstraße 15
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Northeim

Friedrich-Ebert-Wall 1
37154 Northeim
Tel.: (0 55 51) 9 76 90
Fax: (0 55 51) 16 04
GFin: Roswitha Voß
roswitha.voss@paritaetischer.de

Paritätischer Oldenburg-Ammerland

Ziegelhofstraße 125 – 127
26121 Oldenburg
Tel.: (04 41) 7 79 00-0
Fax: (04 41) 7 79 00-22
GF: Norbert Adolf
norbert.adolf@paritaetischer.de

Paritätischer Osnabrück

Kurt-Schumacher-Damm 8
49078 Osnabrück
Tel.: (05 41) 4 08 04-0
Fax: (05 41) 4 08 04-25
GF: Jörg Echterhoff
joerg.echterhoff@paritaetischer.de

Paritätischer Osterholz

Loger Straße 35
27711 Osterholz-Scharmbeck
Tel.: (0 47 91) 94 15-0
Fax: (0 47 91) 94 15-10
GF: Olaf Bargemann
bargemann@lebenshilfe-ohz.de

Paritätischer Osterode

Abgunst 1
37520 Osterode
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax: (0 55 22) 90 77-28
GFin: Annette Nikulla
annette.nikulla@paritaetischer.de

Paritätischer Peine

Virchowstraße 8 a
31226 Peine
Tel.: (0 51 71) 77 70-0
Fax: (0 51 71) 77 70-21
GFin: Jürgen Hoffmann-Brandt
heike.horrmann-brandt@paritaetischer.de

Paritätischer Rotenburg

Bahnhofstraße 15
27432 Bremervörde
Tel.: (0 47 61) 7 11 01
Fax: (0 47 61) 7 11 91
GF: Dietrich Neubauer
neubauer@lebenshilfe-bremervorde.de

Paritätischer Salzgitter

Marienbruchstraße 61 – 63
38226 Salzgitter
Tel.: (0 53 41) 84 67-0
Fax: (0 53 41) 84 67-24
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Schaumburg

Dammstraße 12 a
31675 Bückeburg
Tel.: (0 57 22) 95 22-0
Fax: (0 57 22) 95 22-18
GF: Georg Steimann
georg.steimann@paritaetischer.de

Paritätischer Seesen

Jacobsonstraße 36
38723 Seesen
Tel.: (0 53 81) 9 48 06-0
Fax: (0 53 81) 9 48 06-7
GF: Sven Dickfeld
sven.dickfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Stade c/o Die Börne gGmbH

Claus-von-Stauffenberg-Weg 10
21684 Stade
Tel.: (0 41 41) 53 43-50
Fax: (0 41 41) 53 43-26
GFin: Susanne Frost
susanne.frost@paritaetischer.de

Paritätischer Uelzen

Veerßer Straße 92
29525 Uelzen
Tel.: (05 81) 97 07-0
Fax: (05 81) 97 07-20
GF: Stefan Müller-Teusler
stefan.mueller-teusler@paritaetischer.de

Paritätischer Verden

Helene-Grulke-Straße 5
27299 Langwedel
Tel.: (0 42 35) 89-0
Fax: (0 42 35) 89-111
GF: Dieter Haase
d.haase@stiftung-waldheim.de

Paritätischer Wesermarsch

Bürgermeister-Müller-Straße 13
26919 Brake
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax: (0 44 01) 45 88
GFin: Hannelore Bohlken
hannelore.bohken@paritaetischer.de

Paritätischer Wilhelmshaven

Banter Weg 12
26389 Wilhelmshaven
Tel.: (0 44 21) 2 06-0
Fax: (0 44 21) 2 06-2 88
GF: Jürgen Hoffmann
juergen.hoffmann@paritaetischer.de

Paritätischer Wittmund

Wallstraße 21 t
26409 Wittmund
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfenbüttel

Kommissstraße 5
38300 Wolfenbüttel
Tel.: (0 53 31) 92 00-0
Fax: (0 53 31) 92 00-79
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfsburg

Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel.: (0 53 61) 29 50-0
Fax: (0 53 61) 29 50-21
GFin: Christine Köhler-Riebau
christine.koehler-riebau@paritaetischer.de